

SCHWEIZERISCHE
NATIONALBANK

1964

SIEBENUNDFÜNFZIGSTER
GESCHÄFTSBERICHT DER
SCHWEIZERISCHEN
NATIONALBANK

1964

BERICHT DES DIREKTORIUMS
UBER DIE TÄTIGKEIT
DER SCHWEIZERISCHEN NATIONALBANK
IM JAHRE 1964

ALLGEMEINE BETRACHTUNGEN

Die *internationale Wirtschaftsentwicklung* stand im Jahre 1964 überwiegend im Zeichen eines weiter anhaltenden Konjunkturanstieges. In manchen Ländern verstärkte sich die wirtschaftliche Expansion, wobei deren Beschleunigung auf steigenden Einkommen und Konsumausgaben wie auch auf zunehmenden Investitionen beruhte. In den Vereinigten Staaten von Amerika gewann die Prosperität unter dem Einfluss kräftiger Auftriebstendenzen an Breite. Unterschiedlich war die Konjunktur in Westeuropa. Hier setzte sich in der Mehrzahl der Länder, vor allem in der Bundesrepublik Deutschland, der wirtschaftliche Aufschwung fort. In Frankreich hat sich das Wachstum verlangsamt. In Grossbritannien machte sich eine gewisse Stagnation bemerkbar, während in Italien Liquiditäts- und Absatzschwierigkeiten auftraten. Die wirtschaftliche Entwicklung in den Rohstoffländern Asiens, Afrikas und Südamerikas wurde durch die lebhafte Nachfrage aus den Industriestaaten begünstigt, obwohl die Weltmarktpreise für Agrar- und Rohprodukte im Berichtsjahr, gesamthaft betrachtet, sich nicht über das Vorjahresniveau hoben.

Die Expansion war manchenorts mit Störungen des wirtschaftlichen Gleichgewichtes verbunden. Während in den Vereinigten Staaten die noch vorhandenen freien Produktionskapazitäten und die beträchtliche Reserve an Arbeitskräften im Sinne einer verhältnismässig ruhigen Preis- und Lohnentwicklung wirkten, verstärkten sich in einigen westeuropäischen Ländern die Inflationskräfte. Als Folge davon gingen die Überschüsse der Handels- und Zahlungsbilanzen zurück oder machten Fehlbeträgen Platz. Verschiedene Länder sahen sich daher veranlasst, die schon 1963 eingeleitete Restriktionspolitik zu verschärfen und neue Vorkehren zur Mässigung des Konjunkturauftriebes und der Teuerung zu treffen. Teils bedingt durch geld- und kreditpolitische Massnahmen, teils als Folge des wachsenden Kapitalbedarfes der Wirtschaft hoben sich die Zinssätze im westeuropäischen Bereich. Die Preisbewegung war uneinheitlich. Während sich in einigen Ländern der Anstieg fortsetzte oder noch beschleunigte, zeigte namentlich in Frankreich und Italien der vordem besonders ausgeprägte inflationistische Auftrieb eine Abschwächung.

Auf dem Gebiet der *wirtschaftlichen Integration* Europas konzentrierten sich die Anstrengungen innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) auf die Eindämmung der Preis- und Kosteninflation. Zu diesem Zwecke wurde vor allem die Zusammenarbeit im Bereich der monetären

und fiskalischen Konjunkturpolitik verstärkt. Ferner wurden Massnahmen zur Förderung der Freizügigkeit der Arbeitskräfte im EWG-Raum getroffen. Im Sommer trat der Assoziationsvertrag zwischen der EWG und einer grösseren Zahl afrikanischer, ehemals dem französischen und belgischen Kolonialreich zugehöriger Staaten in Kraft. Mit dem Nahen des Jahresendes wurden wichtige Entscheidungen, namentlich auf dem Gebiete der Agrarwirtschaft, spruchreif, wobei dank weitgehenden Konzessionen der Bundesrepublik Deutschland in der Getreidepreisfrage eine Einigung erzielt werden konnte. Unerwartet sah sich in den letzten Monaten des Jahres auch die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA), in welcher sich bisher der Zollabbau reibungslos und bei erfreulicher Steigerung des Warenaustausches vollzogen hatte, vor schwierige Probleme gestellt, weil die neue englische Regierung mit der Einführung einer Einfuhrabgabe auf Fabrikaten eine Massnahme verfügte, die im Widerspruch zu den Bestimmungen des EFTA-Vertrages stand und den in der Freihandelszone im Laufe der Jahre erzielten Zollabbau britischerseits rückgängig machte.

Im Bereich der *internationalen Währungsverhältnisse* verzeichnete die Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Zahlungsverkehr zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa weitere Fortschritte. Die amerikanische Zahlungsbilanz zeigte im ersten Quartal 1964 ein ausserordentlich gutes Ergebnis, wogegen im westeuropäischen Raum im ganzen gesehen der aussenwirtschaftliche Verkehr sich ungünstig entwickelte. In der Folge waren aber verschiedene europäische Länder bemüht, durch energische Stabilisierungsmassnahmen der Verschlechterung der Zahlungsbilanz- und Währungslage entgegenzuwirken. Das Defizit der amerikanischen Zahlungsbilanz nahm in den folgenden Quartalen wieder zu, blieb aber gesamthaft unter den Fehlbeträgen der Vorjahre.

Anlass zu Kapitalbewegungen gaben zeitweilige Währungsunruhen, die Zinsausgleichsteuer in den Vereinigten Staaten sowie die Ankündigung einer Kapitalertragssteuer für Gebietsfremde in der Bundesrepublik Deutschland. Ferner führte die Verknappung der Geldmärkte in einigen Ländern zu Mittelverlagerungen und zur Heimschaffung von Geldern. Das traf namentlich auch für die Schweiz zu.

In der *schweizerischen Wirtschaft* überwogen weiterhin die expansiven Kräfte. Das Wachstum der Inlandnachfrage hielt an. Die Bautätigkeit war ausserordentlich lebhaft, wobei insbesondere die Bauten der öffentlichen Hand kräftig zunahmen. Die Nachfrage des Auslandes nach schweizerischen Erzeugnissen blieb rege. Ein- und Ausfuhr verzeichneten wiederum beträchtliche Steigerungen. Da das Wachstum der Importe grösser war, erhöhte sich das Handelsbilanzdefizit auf einen neuen Rekordstand von über 4 Milliarden Franken. Die Ertragsbilanz dürfte mit einem Fehlbetrag von ungefähr 2 Milliarden Franken – verglichen mit 1,6 Milliarden im Jahre 1963 – abgeschlossen haben, was zeigt, dass sich das Ungleichgewicht im laufenden Wirtschaftsverkehr mit dem Ausland erneut verstärkt hat. Im binnenwirtschaftlichen Bereich machten sich die durch die Konjunkturübersteigerung bewirkten Störungen vor allem in der andauernden Anspannung am Arbeitsmarkt, im wachsenden Missverhältnis zwischen der inländischen Ersparnisbildung und dem Kapitalbedarf der Wirtschaft sowie in der anhaltenden Preis- und Kostensteigerung bemerkbar. Die Verteuerung der Lebenshaltungskosten, gemessen am Index der Konsumenten-

preise, war allerdings mit 2,3% geringer als die im Jahre 1963 festgestellte Teucrungsrate von 3,9%.

Die Sorge um das wirtschaftliche Gleichgewicht, die Erhaltung des Geldwertes und die Sicherung der Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland gaben dem Bundesrat Anlass, ein Programm zur Konjunkturdämpfung und zur Bekämpfung der Teuerung aufzustellen. Am 17. März 1964 traten zwei dringliche Bundesbeschlüsse in Kraft, mit welchen die gesetzlichen Grundlagen für Massnahmen auf dem Gebiete der Bauwirtschaft (Baubeschluss) sowie des Geld- und Kapitalmarktes und des Kreditwesens (Kreditbeschluss) geschaffen wurden. Die beiden Bundesbeschlüsse wurden auf zwei Jahre befristet, mit der Möglichkeit, sie durch die Bundesversammlung um ein weiteres Jahr zu verlängern. Sie müssen aber, da sie auf Art. 89 bis Abs. 3 der Bundesverfassung beruhen, innerhalb von 12 Monaten der Abstimmung von Volk und Ständen unterbreitet werden. Die Abstimmung wurde vom Bundesrat auf den 28. Februar 1965 festgesetzt. Durch einen Bundesratsbeschluss vom 21. Februar 1964 war bereits eine stärkere Beschränkung der Zulassung ausländischer Arbeitskräfte verfügt worden.

Mit dem Baubeschluss wird das Ziel verfolgt, die Nachfrage nach Bauleistungen durch Zurückstellung weniger dringlicher Projekte in eine bessere Übereinstimmung mit der Kapazität des Baugewerbes zu bringen und damit den im Bausektor besonders ausgeprägten Teuerungsprozess zu bremsen. Der Abbau des Nachfrageüberhanges wird durch eine Kombination von Bauverbot und Baubewilligungspflicht angestrebt. Für weniger dringliche, aufschiebbare Bauvorhaben ist ein auf ein Jahr befristetes Bauverbot erlassen worden. Bauten erster Priorität, wie insbesondere der soziale und allgemeine Wohnungsbau sowie bestimmte dringliche öffentliche Bauten, können weiterhin frei ausgeführt werden. Alle übrigen Bauvorhaben unterstehen der Bewilligungspflicht, wobei die Kantone ermächtigt sind, im Rahmen der ihnen zugeteilten Plafonds, die sich nach der effektiven Bautätigkeit im Jahre 1963 bemessen, Bewilligungen zu erteilen.

Der Kreditbeschluss bezweckt, ein besseres Gleichgewicht zwischen Sparen und Investieren zu erreichen und die Geld- und Kreditschöpfung einzudämmen. In diesem Sinne wurde der Bundesrat ermächtigt, Vorkehren gegen das Eindringen ausländischer Gelder in die schweizerische Wirtschaft zu treffen. Ferner erhielt er die Kompetenz, die Kredittätigkeit der Banken zu beschränken, Belehnungsgrenzen für Baukredite und Hypothekendarlehen festzusetzen, die Ausgabe von Immobilien-Anteilscheinen zu limitieren und die zeitliche Staffelung von Obligationen- und Aktienemissionen zu verfügen. Dabei soll die Schweizerische Nationalbank, die mit der Durchführung des Beschlusses betraut ist, die gesteckten Ziele soweit möglich im Wege freiwilliger Vereinbarungen zu erreichen suchen.

Gestützt auf den Kreditbeschluss traf die Nationalbank am 31. März 1964 mit den Banken, im Anschluss an das frühere Gentlemen's Agreement, eine Vereinbarung über die ausländischen Gelder, in welcher sich die angeschlossenen Institute verpflichteten, ausländische, auf Schweizerfranken lautende Gelder, die seit dem 1. Januar 1964 zugeflossen sind, nicht zu verzinsen und den Gegenwert solcher Gelder bei der Nationalbank auf ein Sonderkonto einzuzahlen, soweit er nicht

im Ausland in fremder Währung angelegt wird. Im weiteren haben die Banken die Mitwirkung bei der Anlage ausländischer Gelder in schweizerischen Grundstücken und Hypotheken zu unterlassen. Inländische Wertschriften dürfen sie nur in dem Umfange an Ausländer abgeben, als solche Titel von Ausländern bei der betreffenden Bank verkauft wurden. Nach der Unterzeichnung durch die Mehrheit der Banken wurde die Vereinbarung vom Bundesrat mit Wirkung ab 1. Mai 1964 für alle in Betracht fallenden Institute allgemeinverbindlich erklärt. Gleichzeitig fand sie ihre Ergänzung in einer Verordnung des Bundesrates über die Anlage ausländischer Gelder, mit welcher sämtliche weiteren Personen und Gesellschaften, die sich mit der Anlage von Geldern befassen, gleichlautenden Vorschriften wie die Banken unterstellt wurden.

Auf dem Gebiet der Kreditbegrenzung konnte die Nationalbank an eine seit Frühjahr 1962 mit den Banken bestehende Vereinbarung anknüpfen. Die neue Vereinbarung, die vom Bundesrat auf den 5. Juni 1964 allgemeinverbindlich erklärt wurde, brachte eine Kürzung der Zuwachsraten für Debitoren, Vorschüsse an öffentlich-rechtliche Körperschaften und Wechsel um rund 5 % auf 79 % der Kreditzunahme in den Jahren 1960 oder 1961, wogegen die Zuwachsrate für Hypothekaranlagen von 108 % bestehen blieb. Im übrigen wurden die wesentlichen Bestimmungen der früheren freiwilligen Vereinbarung über die Kreditbegrenzung in die neue Regelung übernommen.

Durch eine Verordnung des Bundesrates vom 24. April 1964 wurde die Meldepflicht für alle öffentlichen Emissionen von Schuldverschreibungen, Aktien, Genussscheinen und Papieren ähnlicher Art im Betrage von 5 Millionen Franken und mehr eingeführt. Eine aus Vertretern der verschiedenen Bankengruppen zusammengesetzte und unter dem Vorsitz der Nationalbank tätige Kommission erhielt den Auftrag, die Emissionen soweit nötig zeitlich zu staffeln, mit dem Ziel, das Emissionsprogramm auf die Tragfähigkeit des Kapitalmarktes abzustimmen und eine übermässige Marktbeanspruchung zu vermeiden.

Von der Kompetenz, Belehnungsgrenzen im Baukredit- und Hypothekargeschaft festzusetzen und die Ausgabe von Immobilienfonds-Zertifikaten einzuschränken, machte der Bundesrat im Jahre 1964 nicht Gebrauch, da sich als Folge der Mittelverknappung Massnahmen dieser Natur erübrigten.

Eine rasche und spürbare Beeinflussung des Wirtschaftsgeschehens konnte von den konjunkturpolitischen Massnahmen angesichts des grossen, in verschiedenen Bereichen noch zunehmenden Nachfragedruckes nicht erwartet werden. Immerhin zeigten sich einige Merkmale der Beruhigung, so insbesondere in der Beschäftigungsentwicklung, wo sich der Anstieg verlangsamte und in einigen wichtigen Industriebranchen sogar einer Stabilisierung Platz machte. Auch der Zustrom ausländischer Arbeitskräfte schwächte sich ab. Ein Wandel trat namentlich am Liegenschaftensmarkt ein. Die Nachfrage liess hier merklich nach. Die Spekulation kam weitgehend zum Stillstand. Bei den bis anhin unaufhaltsam angestiegenen Bodenpreisen bahnte sich eine Beruhigung an. Die veränderte Stimmung widerspiegelte sich auch in der Kursentwicklung an den Aktienbörsen.

Was die unmittelbaren Wirkungen der getroffenen Vorkehren anbelangt, konnte auf Grund der im Baubeschluss aufgestellten Verbotsliste sowie der Bewilligungspflicht ein namhafter Teil des

Nachfrageüberhangs im Bausektor vom Markte ferngehalten werden. Es zeigte sich aber in der Folge, dass die den Kantonen eingeräumten Baukontingente über die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsmöglichkeiten hinausgingen, indem nicht alle Bauvorhaben, die entweder keiner Bewilligung bedurften oder von den zuständigen Behörden zur Ausführung freigegeben wurden, finanziert werden konnten. Die Selektion der Projekte erfolgte daher zu einem erheblichen Teil bei den Banken, die sich mit Rücksicht auf die nur beschränkt verfügbaren Mittel sowie wegen der Kreditbegrenzung ausserstande sahen, allen Gesuchen um Gewährung von Baukrediten und Hypotheken zu entsprechen. Der Kreditbeschluss entfaltete auch hinsichtlich der Abwehr und Neutralisierung der Zuflüsse ausländischer Gelder die angestrebte Wirkung. Der Inflationsdruck von dieser Seite her konnte weitgehend eingedämmt werden. Die Regelung der Emissionstätigkeit erwies sich im Interesse der Aufrechterhaltung eines geordneten Emissionsmarktes als notwendig und zweckmässig.

Die schweizerische Währungslage wurde im Berichtsjahr zeitweise durch umfangreiche internationale Kapitalbewegungen beeinflusst. Bei den Mittelzuflüssen in unser Land handelte es sich überwiegend um die Heimschaffung schweizerischer Gelder. Die Ursache lag zum Teil in der inländischen Marktentwicklung, zum Teil in neuen Währungsunruhen. Die zunehmende Liquiditätseinengung veranlasste die Banken im April, fällig werdende Frankenanlagen im Ausland nicht mehr zu erneuern. Die dadurch am Eurofrankenmarkt geschaffene Verknappung liess den Zinssatz für solche Vorschüsse sprunghaft ansteigen, was wiederum dazu führte, dass ausländische Banken Frankenverpflichtungen abbauten. Der Dollarzufluss hielt mit Unterbrechungen bis zum Juni an, in welchem Monat er sich im Zusammenhang mit den Vorbereitungen der Banken für den Semesterultimo noch verstärkte. Insgesamt hatte die Nationalbank vom April bis zur Jahresmitte Dollars im Gegenwert von mehr als 1,2 Milliarden Franken vom Markt zu übernehmen. Ein Teil davon floss für Überweisungen an das Ausland wieder ab, doch verblieb eine erhebliche Verflüssigung des Marktes, die den Bestrebungen zur Eindämmung der monetären Auftriebskräfte zuwiderlief. Die Nationalbank war daher bemüht, Mittel bei den Banken abzuschöpfen.

Anfangs August vermittelte die Nationalbank den Grossbanken durch die erstmalige Abgabe von dreimonatigen, verlängerbaren Bundesreskriptionen im Gesamtbetrag von 225 Millionen Franken eine Anlage im Inland. Der Gegenwert dieser Papiere wurde von der Nationalbank in einer Schatzanweisung der Vereinigten Staaten, auf Schweizerfranken lautend, placiert, wobei der Zinsertrag aus dieser Anlage es dem Noteninstitut möglich machte, die Verzinsung der Bundesreskriptionen zu übernehmen. Die amerikanischen Währungsbehörden verwendeten die ihnen anfallenden Franken zum Rückkauf von Dollars bei der Nationalbank.

Diese Operation führte nicht nur zur angestrebten Mittelabschöpfung und Herabsetzung des Dollarbestandes der Nationalbank, sondern sie bezweckte auch die Schaffung von Geldmarktpapieren, was den Banken erlaubt, ihre Liquidität an den Bilanzstichtagen durch Rückgabe derartiger Papiere an die Nationalbank zu verstärken, ohne Auslandsanlagen liquidieren zu müssen. Dadurch sollten die internationalen Geldbewegungen, die sich auf die wichtigeren Bilanztermine

hin ergeben und oft Störungen an den Devisenmärkten hervorrufen, eingedämmt werden können. In der Tat wurden bereits Ende August und wiederum am Ende des dritten Quartals sowie am Jahresende derartige Geldmarktpapiere der Nationalbank eingereicht.

Im Berichtsjahr setzte sich der durch die Entwicklung am schweizerischen Geld- und Kapitalmarkt bedingte Anstieg der Zinssätze fort. Mitte April erhöhten die Banken den privaten Diskontsatz für erstklassige Wechsel von 2 auf $2\frac{1}{2}\%$, womit der offizielle Diskontsatz der Nationalbank, der sich seit 26. Februar 1959 auf 2% stellte, überschritten wurde. Auch die übrigen Sätze am kurzfristigen Markt lagen deutlich über der offiziellen Rate. Es bestand daher die Gefahr einer verstärkten Inanspruchnahme des Notenbankkredits durch Banken und Wirtschaft, was zu einer inflatorisch wirkenden Geldschöpfung geführt hätte. So entschloss sich das Direktorium, mit Wirkung ab 3. Juli 1964 den offiziellen Diskontsatz von 2 auf $2\frac{1}{2}\%$ und den Lombardsatz von 3 auf $3\frac{1}{2}\%$ heraufzusetzen. Die Satzerhöhung hatte bei den gegebenen Zinsverhältnissen den Charakter einer markttechnisch bedingten Korrektur. Gleichzeitig bedeutete die Massnahme aber auch eine Mahnung an die Banken, ihre Kreditfähigkeit unter strenger Kontrolle zu halten. Kurz vor Jahresende schritten die Banken zu einer weiteren Heraufsetzung des privaten Diskontsatzes von $2\frac{1}{2}\%$ auf 3% , um den Satz für die Diskontierung von Wechseln und Akzepten den veränderten Marktbedingungen anzupassen.

Auch am mittel- und langfristigen Markt zogen die Zinssätze an, weil das Kapitalangebot nicht ausreichte, um die in rascher Zunahme begriffene Nachfrage nach längerfristigen Finanzierungsmitteln für Bauinvestitionen zu decken. Im Sinne der Bestrebungen zur Mässigung des Konjunkturauftriebes waren die dämpfenden Wirkungen der Zinssatzsteigerung, wie sie sich insbesondere am Liegenschaftenmarkt geltend machten, durchaus erwünscht. Andererseits bestand die Gefahr, dass durch die Kapitalknappheit und den Anstieg des Hypothekarzinsfusses der Wohnungsbau beeinträchtigt werden könnte. Ein Rückgang der Wohnbautätigkeit war zwar im Berichtsjahr noch nicht festzustellen; doch begegnete die Mittelbeschaffung für ausführungsfähige Projekte wachsenden Hemmnissen. Insbesondere bereitete es vermehrte Schwierigkeiten, Zusicherungen für Hypothekendarlehen zu erhalten. Auf Wunsch des Bundesrates stellte daher der Ausgleichsfonds der Alters- und Hinterlassenenversicherung den beiden Pfandbriefinstituten langfristige Darlehen von je 100 Millionen Franken zur Verfügung, um dergestalt einen Beitrag zur Überbrückung von Finanzierungsschwierigkeiten im sozialen und allgemeinen Wohnungsbau zu leisten. Die Darlehensgewährung war durch die vorzeitige Rücknahme von Anlagen des AHV-Fonds beim Bund ermöglicht worden. Eine Vorlage des Bundesrates über weitere Finanzhilfen für den Wohnungsbau wurde in der Dezembersession vom Nationalrat verabschiedet. Begehren auf eine weitgehende Entsterilisierung von Bundesmitteln oder die Wiederezulassung ausländischer Gelder für Anlagen am schweizerischen Kapitalmarkt konnten dagegen nicht erfüllt werden, da dies inflatorisch gewirkt hätte. Die Sorge um die Aufrechterhaltung der Wohnbautätigkeit durfte nicht zu einer Abkehr von den Zielen der Inflationsbekämpfung verleiten.

Bei der *Untersuchung über das Weltwährungssystem und die internationale Liquiditätsversorgung* gelangten im Sommer die *Minister und Notenbankgouverneure* der zehn an den «Allgemeinen Kreditvereinbarungen» vom Januar 1962 beteiligten Industriestaaten zum Schluss, dass ein System, das wie das jetzt vorhandene auf festen Wechselkursen und dem festgelegten Goldpreis beruht, seinen Wert als Fundament erwiesen hat, auf dem man für die Zukunft bauen kann. Auf längere Sicht aber müsse die Schaffung zusätzlicher internationaler Liquiditäten geprüft werden. Zu denselben Ergebnissen kam im wesentlichen auch der Internationale Währungsfonds. An seiner Jahresversammlung, die im September in Tokio abgehalten wurde, fand der Vorschlag einer generellen Erhöhung der Mitgliederquoten um 25% die grundsätzliche Zustimmung der dem Fonds angeschlossenen Staaten. Auf diesem Weg sollen die Mittel des Währungsfonds der starken Ausweitung des Welthandels angepasst werden.

Die *Zusammenarbeit der Notenbanken* hatte sich auch im Berichtsjahr zu bewähren. Im März wurde eine vom Internationalen Währungsfonds, den Vereinigten Staaten sowie einigen europäischen Notenbanken getragene Hilfsaktion zugunsten der italienischen Währung organisiert, die – ohne den späteren schweizerischen Beitrag – mehr als 1,2 Milliarden Dollar erreichte. Im Laufe des Sommers geriet das Pfund Sterling wegen der Verschlechterung der britischen Zahlungsbilanz unter Druck. Zudem warfen die auf den Monat Oktober festgesetzten Parlamentswahlen ihre Schatten voraus. Um spekulativen Angriffen auf das Pfund vorzubeugen, erklärten sich im September mehrere kontinentaleuropäische Notenbanken – darunter auch die Schweizerische Nationalbank – sowie die kanadischen Währungsbehörden bereit, der Bank of England kurzfristige Stützkredite einzuräumen. Diese Kredite, die sich insgesamt auf 500 Millionen Dollar beliefen, wurden im Verlaufe der Herbstmonate in Anspruch genommen. Ausserdem nützte Grossbritannien zeitweilig die zwischen der Bank of England und der Federal Reserve Bank of New York bestehende Swap-Vereinbarung von 500 Millionen Dollar aus. Kurz nach den Wahlen verfügte die neue Regierung im Hinblick auf das für das Jahr 1964 auf 700 bis 800 Millionen Pfund geschätzte Zahlungsbilanzdefizit die Erhebung einer Importabgabe von 15% und führte Ausfuhrerleichterungen, die sich im Sinne einer Exportprämie von durchschnittlich 1½% auswirken, ein. Gleichzeitig wurde bekanntgegeben, dass Grossbritannien auf Grund des im August 1964 erneuerten Stand-by-Abkommens mit dem Internationalen Währungsfonds, das zu Ziehungen bis zu 1 Milliarde Dollar ermächtigt, einen Kredit des Fonds in dieser Höhe beanspruchen werde. Diese Ziehung, die noch im Berichtsjahr erfolgte, war dazu bestimmt, die erwähnten kurzfristigen Notenbankkredite zurückzuzahlen. Anlässlich dieser Hilfe für das Pfund Sterling machte der Währungsfonds erstmals seit Bestehen der «Allgemeinen Kreditvereinbarungen» von der für den Fall grösserer Ziehungen vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch, sich auf dem Kreditwege zusätzliche Beträge in den Landeswährungen der an den Kreditvereinbarungen beteiligten Staaten zu beschaffen. Gestützt darauf bezog

er von acht der zehn Mitgliedsländer nationale Währungen im Gegenwert von 405 Millionen Dollar.

Gegen Ende November sah sich die britische Regierung einer ernststen Vertrauenskrise gegenüber, die starke Abzüge von Geldern aus dem Pfundraum auslöste. Die Heraufsetzung des Diskontsatzes der Bank of England von 5 auf 7% am 23. November vermochte die Misstrauenswelle nicht einzudämmen. In Anbetracht der zunehmenden Verluste an Währungsreserven wurde eine weitergehende Hilfe zugunsten des Pfundes notwendig. Auf Ersuchen der Bank of England fanden sich elf ausländische Notenbanken sowie die amerikanische Export-Import-Bank und die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) bereit, Grossbritannien einen kurzfristigen Währungskredit im Umfange von rund 3 Milliarden Dollar zur Stärkung der britischen Währungsposition zur Verfügung zu stellen.

Die *Schweiz* nahm an der internationalen Zusammenarbeit im Bereich der Währungen aktiven Anteil. An den Konferenzen der Mitgliedstaaten der « Allgemeinen Kreditvereinbarungen » war sie durch Beobachter der Nationalbank vertreten. Im Rahmen der bereits erwähnten Währungshilfe für die italienische Lira überliess die Nationalbank im Juni der Banca d'Italia auf Swap-Basis 432 Millionen Schweizerfranken gegen annähernd 63 Milliarden Lire. Soweit die Swap-Verpflichtungen mehr als drei Monate liefen, gewährte der Bund der Nationalbank, gestützt auf den Bundesbeschluss vom 4. Oktober 1963 über die Mitwirkung der Schweiz an internationalen Währungsmassnahmen, eine Rücknahmegarantie. Die italienische Notenbank erwarb mit den Schweizerfranken 100 Millionen Dollar bei der Federal Reserve Bank of New York, die sie zur Rückzahlung von Schulden gegenüber den Vereinigten Staaten und Deutschland verwendete. Die amerikanischen Währungsbehörden benützten den erwähnten Schweizerfrankenbetrag zur vollständigen Abtragung der in gleicher Höhe gegenüber der Nationalbank bestehenden Swap-Verpflichtungen. Die Swap-Kredite der Nationalbank wurden daher durch die Hilfe an Italien nicht vergrössert; es erfolgte lediglich ein Schuldnerwechsel. Die Nationalbank trat die im Rahmen des Swaps kursgesicherten Lirebeträge zum Teil an Grossbanken ab, um liquide Mittel vom Markt abzuschöpfen; zum grösseren Teil überliess sie die erhaltenen Lire der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich gegen Gold auf Swap-Basis. Die Frankenverpflichtungen der Banca d'Italia konnten bis zum Jahresende um nahezu drei Viertel abgebaut werden, da die Nationalbank für Lohnüberweisungen der in der Schweiz tätigen italienischen Arbeiter in ihr Heimatland laufend erhebliche Lirebeträge benötigte.

Die 1963 zwischen der Schweiz und dem Internationalen Währungsfonds getroffene Vereinbarung, mit welcher die Grundlage für bilaterale Kreditabmachungen (Implementing Agreements) zwischen der Schweiz und den zehn Partnerländern der « Allgemeinen Kreditvereinbarungen » geschaffen wurde, trat am 11. Juni 1964 in Kraft. Ein erstes « Implementing Agreement » wurde von der Nationalbank im November mit der Federal Reserve Bank of New York abgeschlossen. Im Dezember wurde eine ähnliche Abmachung mit der Bank of England unterzeichnet. Die Nationalbank verpflichtete sich in diesen Abkommen, im Falle des Inkrafttretens der « Allgemeinen

Kreditvereinbarungen » Kredite bis zum Höchstbetrag von 865 Millionen Franken auf Swap-Basis oder in anderer geeigneter Form zur Verfügung zu stellen. Von dieser Zusage der Schweiz wurde erstmals im Zusammenhang mit der bereits erwähnten Ziehung Grossbritanniens auf den Internationalen Währungsfonds Gebrauch gemacht. Gestützt auf das « Implementing Agreement » mit der Bank of England gewährte die Nationalbank dieser einen Swap-Kredit von 345 Millionen Franken auf drei Monate, mit der Möglichkeit einer Verlängerung des Swaps im Einklang mit der Dauer der Beanspruchung der « Allgemeinen Kreditvereinbarungen ». Gleichzeitig wurde von der Bank of England der kurzfristige Stützungskredit, den die Nationalbank, wie bereits ausgeführt, im Rahmen der Notenbankhilfe für das Pfund Sterling eingeräumt hatte, zurückerstattet. Ausserdem bezahlte Grossbritannien das 1961 vom Bund gewährte Darlehen von 215 Millionen Franken zurück. Auch an der zusätzlichen internationalen Hilfsaktion zur Stützung des Pfundes, die Ende November erforderlich wurde, beteiligte sich die Schweiz. Die Nationalbank räumte zu diesem Zwecke der Bank of England einen Stand-by-Kredit in der Höhe von weiteren 345 Millionen Franken ein, der kurz vor Jahresende im Ausmass von 86,3 Millionen Franken in Anspruch genommen wurde. Der Bund gewährte der Nationalbank für den gesamten Betrag von 690 Millionen Franken eine Rücknahmegarantie im Sinne des erwähnten Bundesbeschlusses vom 4. Oktober 1963.

DER KONJUNKTURVERLAUF IN DER SCHWEIZ

Die schweizerische Wirtschaft stand unter dem Einfluss eines starken Nachfragedruckes. Die Produktivkräfte wurden weiterhin überfordert, so dass die konjunkturelle Anspannung anhielt. Immerhin verlangsamte sich, zum Teil als Auswirkung der Massnahmen zur Bekämpfung der Teuerung, die Expansion in Teilbereichen der Wirtschaft. Symptome hiefür waren unter anderem der verminderte Anstieg der Beschäftigung sowie der Rückgang des Arbeitsvorrates in wichtigen Industriezweigen. Auch schwächte sich die Neigung der Unternehmer zur Ausdehnung der Produktionsstätten ab.

Die *Beschäftigung* lag nach der Statistik des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit Ende September um 1,8% über dem entsprechenden Vorjahresstand. In den einzelnen Wirtschaftsgruppen verlief die Entwicklung jedoch unterschiedlich. Während sich die Zuwachsrate in Gewerbe, Handel und Verkehr auf 2,3% stellte und in der Bauwirtschaft 6% mehr Arbeiter und Angestellte tätig waren als ein Jahr zuvor, nahm der Personalbestand in der Industrie um 0,6% zu. Diese bescheidene Steigerung war zudem ausschliesslich auf einen Zuwachs der Angestellten zurückzuführen. Demgegenüber unterschritt die Zahl der Arbeiter jene von Ende September 1963 um 0,3%. Die Abnahme hing weitgehend mit der Abwanderung einheimischer Arbeitskräfte in Dienstleistungs- und Kleinbetriebe sowie mit der Belegschaftsbegrenzung zusammen.

Da die Nachfrage am Arbeitsmarkt keine Abschwächung aufwies, setzte sich der Rückgriff auf *ausländische Arbeitskräfte*, wenn auch in geringerem Ausmass, fort. Die vom Bundesrat im Februar

1964 verfügte Beschränkung in der Beschäftigung ausländischer Erwerbstätiger, wonach ein Betrieb neue Fremdarbeiter nur noch einstellen durfte, wenn dadurch sein gesamter Personalbestand 97% des bei Inkraftsetzung des Bundesratsbeschlusses erreichten Niveaus nicht überschritt, vermochte keine Senkung der Gesamtzahl der in der Schweiz beschäftigten ausländischen Arbeitskräfte, die der Kontrollpflicht unterstehen, herbeizuführen. Diese nahm vielmehr weiter zu und erreichte im August mit 721 000 eine neue Rekordhöhe, was den Bundesrat zu einer Verschärfung der Zulassungspraxis veranlasste. Indessen fiel die Vergrößerung des Bestandes an kontrollpflichtigen Fremdarbeitern nicht mehr so kräftig aus wie in den vorangegangenen Jahren. Der Anstieg innert Jahresfrist belief sich auf 31 000 oder 4,5%, verglichen mit einer Zunahme um 7% in der Zeit von August 1962 bis August 1963 bzw. von 17,6% in der Vergleichsperiode 1961/62.

Ein Herd der inflationistischen Entwicklung der schweizerischen Wirtschaft lag in der andauernden Übernachfrage am *Baumarkt*. Anhaltspunkte zur Ermittlung des Überhanges lieferten die Ergebnisse der Erhebungen über die Bautätigkeit 1963 und die Bauvorhaben 1964, wobei zu beachten ist, dass die Bauwirtschaft bereits im erstgenannten Jahr überlastet war. Für die Berichtszeit beliefen sich die Bauvorhaben auf 13,9 Milliarden Franken und übertrafen die effektiven Bauausgaben des Jahres 1963 von 10 Milliarden um nahezu 40%. 4 656 Millionen entfielen auf den öffentlichen und 9 233 Millionen Franken auf den privaten Bau, welche Beträge die entsprechenden Bauausgaben 1963 um 47 bzw. 35% überstiegen. Bei den Wohnbauvorhaben in der Höhe von 5 359 Millionen Franken ergab sich eine Zunahme um 50%. Die von Industrie und Gewerbe projektierten Bauten lagen um 16% über den Bauaufwendungen des vorangegangenen Jahres. Diese Zahlen zeigen, dass die Anspannung sowohl vom öffentlichen als auch vom privaten Bau ausging. Eine Begrenzung der Baunachfrage auf die landeseigene Kapitalkraft, die der Zinssatzsteigerung entgegengewirkt hätte, wäre, bei gleichzeitiger Begünstigung des Wohnungsbaues, nur durch eine entsprechende Kürzung vorab des öffentlichen, aber auch des gewerblich-industriellen Baues zu erreichen gewesen.

Im ganzen Berichtszeitraum lief die Bautätigkeit auf hohen Touren. Die Bauausgaben dürften den Vorjahresbetrag beträchtlich überschritten haben; dies nicht nur wegen der Baukostenverteuerung, sondern auch angesichts der Tatsache, dass die Bautätigkeit, die in den ersten Monaten 1963 durch eine anhaltende Frostperiode weitgehend lahmgelegt worden war, zu Beginn des Jahres 1964 keine stärkere, witterungsbedingte Beeinträchtigung erfuhr. Im ersten Halbjahr wurden in den Gemeinden mit über 2 000 Einwohnern insgesamt 20 161 Wohnungen fertiggestellt. Dies entsprach der Produktion im ersten Semester 1963. Für die ganze Berichtsperiode waren die betreffenden Angaben im Zeitpunkt des Abschlusses dieses Berichtes noch nicht verfügbar. In den 65 Städten bezifferte sich die Zahl der im Jahre 1964 neu gebauten Wohnungen auf 20 873 und fiel damit um 3,5% höher aus als im vorangegangenen Jahre. Dabei ist zudem zu berücksichtigen, dass sich die Wohnbautätigkeit von den Städten in die Vororte verlagerte.

Eine unregelmässige Entwicklung zeigten die Wohnbauvorhaben. Nachdem im Hinblick auf die in Aussicht genommenen behördlichen Massnahmen in der Bauwirtschaft die Bewilligungsinstanzen

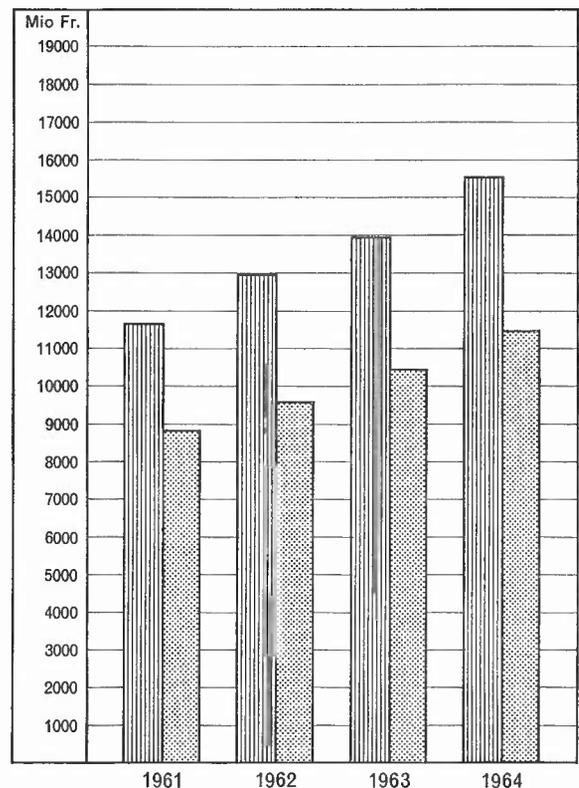
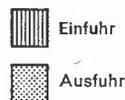
im ersten Quartal 1964 mit Gesuchen überhäuft worden waren, was die Zahl der zur Bauausführung freigegebenen Projekte weit über den Vorjahresstand hinaus ansteigen liess, hielten sich die Baugenehmigungen in der Folge, namentlich vom Sommer an, auf einem niedrigeren Niveau. Insgesamt wurden in den Städten indessen Bewilligungen für die Erstellung von 26 869 Wohnungen erteilt, verglichen mit 26 320 im Jahre 1963.

Im industriellen Bau zeichnete sich eine gewisse Beruhigung ab. Die Zahl der von den Fabrikinspektoren begutachteten Bauvorlagen wies im Laufe 1964 eine sinkende Tendenz auf, wobei im Zuge dieser Verminderung die mit Raumerweiterungen verbundenen Projekte einen deutlichen Rückgang zeigten und sich namentlich das Volumen des umbauten Raumes kräftig verringerte. Bei den gewerblichen und industriellen Bauinvestitionen kam mithin eine Verschiebung von Erweiterungsbauten auf neue Einrichtungen zur Rationalisierung und Verbesserung der Produktivität der Betriebe zum Ausdruck. Dies entsprach der Zielsetzung des Baubeschlusses.

Die ungeschwächte Güternachfrage im In- und Ausland fand im *Aussenhandel* ihren Niederschlag. Ein- und Ausfuhr verzeichneten höhere Zuwachsraten als im Jahre 1963. Durch den kräftig angestiegenen Import wurde wohl das Angebot an Waren vergrössert, was vom Standpunkt der Teuerungsbekämpfung aus gesehen grundsätzlich erwünscht war; doch liess das erneut starke Wachstum erkennen, dass der Nachfrageüberhang im Güterbereich keine Verringerung erfahren hatte. Die Ausfuhr dehnte sich etwas kräftiger aus als im vorangegangenen Jahre, weil die Exportindustrien noch immer über beträchtliche Auftragsbestände verfügten und die Produktivitätsfortschritte den schweizerischen Unternehmungen eine Verkürzung der Lieferfristen erlaubten.

Die Einfuhr stellte sich auf 15 541 Millionen Franken. Sie lag damit 1552 Millionen Franken oder 11,1% über dem Ergebnis des Vorjahres, in welchem sich der Zuwachssatz auf 7,7% belaufen hatte. Die Mehreinfuhr setzte sich vor allem aus Lebensmitteln und Fabrikaten zusammen, während der Import von Rohstoffen den Vorjahresstand nur wenig übertraf. So zeigte die Einfuhr von Lebensmitteln eine Steigerung um 316 Millionen oder 14,8% auf 2 449 Millionen Franken, die in erster Linie auf vermehrte Importe von Fleisch und Zucker zurückzuführen war. Der Anstieg der Einfuhr von Fabrikaten um 1 096 Millionen auf 9 305 Millionen Franken oder 13,3% beruhte vor allem auf einer erhöhten Nachfrage nach Investitions- und Verbrauchsgütern und widerspiegelte sowohl die anhaltende Investitionskonjunktur im Inland als auch die hohe Kaufkraft der breiten Bevölkerungsschichten. Der Import von Rohstoffen weitete sich um lediglich 140 Millionen oder 3,8% auf 3 787 Millionen Franken aus. Dies rührte weitgehend davon her, dass die Einfuhr von Heiz- und Brennstoffen hinter den hohen, witterungsbedingten Vorjahresimporten zurückblieb.

Die Ausfuhr nahm um 1 020 Millionen auf 11 462 Millionen Franken oder um 9,8% zu, verglichen mit 9% im Jahre 1963. Die grossen Zweige der schweizerischen Exportindustrie vermochten ihre Ausfuhr in verhältnismässig gleichem Umfang auszudehnen. Da die Steigerung der Einfuhr die Ausfuhrzunahme übertraf, stieg der Fehlbetrag der Handelsbilanz nochmals an. Mit 4 079 Mil-



lionen Franken erreichte er einen neuen Höchststand, der die wachsende Auslandabhängigkeit unserer Wirtschaft klar ersichtlich macht.

Was die Austauschverhältnisse im Aussenhandel anbelangt, stiegen die Preise der Einfuhrwaren vom 3. Quartal 1963 bis zum 3. Quartal 1964 um durchschnittlich 1%, wobei das mittlere Preisniveau der importierten Investitionsgüter einen Rückgang um 2% aufwies. Die Preise der ausgeführten Investitionsgüter nahmen dagegen um durchschnittlich 4% zu. Dank der regen Auslandsnachfrage konnten Kostensteigerungen vielfach auf die Abnehmer überwältigt werden.

Die Aufspaltung Europas in zwei Wirtschaftsblöcke, welche die Struktur des schweizerischen Aussenhandels bis zum Jahre 1963 nur wenig beeinflusst hatte, indem die auf die EFTA und die EWG entfallenden Anteile der schweizerischen Ein- und Ausfuhr eine nahezu parallele Entwicklung zeigten, wirkte sich in der Berichtszeit deutlicher aus. Zwar vergrösserten sich sowohl unsere Bezüge aus beiden Wirtschaftsräumen als auch die Lieferungen dorthin; allerdings schwächte sich die auf die EWG entfallende Quote des schweizerischen Imports gegenüber dem Vorjahr von 64 auf 62% ab, und ihr Anteil am Export ging von 42,3 auf 40,5% zurück. Andererseits partizipierte die EFTA an unserer Einfuhr mit 15% (13,7%). Gleichzeitig gingen 19,5% (17,8%) unserer Ausfuhrlieferungen in diesen Wirtschaftsraum. Der Güteraustausch der Schweiz mit der EWG zeitigte einen Einfuhrüberschuss von 5 Milliarden, derjenige mit der EFTA einen solchen von 88 Millionen Franken.

Die *Landwirtschaft* blickt auf ein gutes Erntejahr zurück. Da die Witterung für das Pflanzenwachstum günstig war, konnten im allgemeinen recht frühe und überdurchschnittliche Heu- und Getreideernten eingebracht werden. Allerdings verursachte im Hochsommer die Trockenheit da und dort Schäden auf Wiesen und Weiden und beeinträchtigte die Emdernte sowie den Ertrag des Gemüsebaus. Die Weinernte übertraf qualitativ jene der vorangegangenen Jahre. Die Milcheinlieferungen in den Sammelstellen blieben um 2,1% unter dem Vorjahresstand, den sie namentlich in der ersten Jahreshälfte stark unterschritten. In steigender Richtung entwickelte sich der Absatz von hochwertigen Milchprodukten. Die Fleischerzeugung bewegte sich auf Vorjahreshöhe, und der Absatz von Zucht- und Nutztvieh blieb rege. Der Index der Produzentenpreise landwirtschaftlicher Erzeugnisse stieg von 115,1 Ende 1963 (1948 = 100) auf 119 Ende 1964 oder um 3,4%. Die Erhöhung war namentlich auf die Verbesserung des Grundpreises der Milch um 3 auf 50 Rappen ab 1. April 1964 sowie auf Preissteigerungen für grosses Schlachtvieh zurückzuführen. Der Index der Preise landwirtschaftlicher Produktionsmittel zeigte einen Anstieg von 137,7 auf 146,3 oder um 6,2%. Die Zunahme beruhte vor allem auf steigenden Baukosten und Barlöhnen, auf der Verteuerung von Geräten und Maschinen und der Heraufsetzung des Hypothekarzinsfusses. Besonders angespannt war die Lage am landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt.

Die bereits im Winter 1963/64 beobachtete Aufwärtsbewegung des *Fremdenverkehrs* verstärkte sich im Laufe des Berichtsjahres. Sie stand nicht zuletzt mit der Schweizerischen Landesausstellung im Zusammenhang. Im Sommer erreichten die Frequenzen einen neuen Saisonhöchststand. Das Jahrestotal der Logiernächte in Hotels und Pensionen stieg auf 30,3 Millionen oder um 4,3%. Dabei verzeichneten die Übernachtungen von Besuchern aus dem Inland eine Zunahme um 3%, jene von Gästen aus dem Ausland eine solche von 5,2%. Allerdings verlief die Entwicklung nach Fremdenverkehrsgebieten sehr unterschiedlich. Da die Vergrösserung des Bettenangebots mit dem Zuwachs der Übernachtungszahlen Schritt hielt, blieb die durchschnittliche Besetzungsziffer praktisch unverändert.

Im Einklang mit dem allgemeinen Konjunkturverlauf entwickelte sich die Inanspruchnahme des *Transportgewerbes*. So erfuhr der Güterverkehr der Schweizerischen Bundesbahnen eine Steigerung um 4,6%, die ausschliesslich dem Binnenverkehr, insbesondere vermehrten Transporten von Materialien für den Bau der Nationalstrassen, zuzuschreiben war. Zu einer Abnahme des internationalen Transitverkehrs führte dagegen der in Italien eingetretene Importrückgang. Die Zahl der beförderten Personen stieg, namentlich infolge der durch die Landesausstellung bewirkten Belebung des Reiseverkehrs, um 3%. Die anhaltende Kostensteigerung hatte ungünstige Folgen für die Ertragslage der Schweizerischen Bundesbahnen. Um das Gleichgewicht von Einnahmen und Ausgaben zu gewährleisten, wurden die Tarife im Personenverkehr mit Wirkung ab 1. November 1964 erhöht.

Eine gewisse Beruhigung zeigte die *Preisentwicklung*. Während die Schweiz im Jahre 1963 der Gruppe der Industrieländer mit dem höchsten Geldentwertungssatz angehört hatte, ver-

langsamte sich nunmehr der Preisaufrtrieb. Das war vor allem auf die rückläufigen Preise einzelner Waren ausländischer Herkunft zurückzuführen.

Der Index der *Grosshandelspreise* hatte Ende 1963 den Stand von 235,1 (August 1939 = 100) erreicht und lag damit 3,1% höher als ein Jahr zuvor. In den ersten Monaten der Berichtszeit zeigte er einen Rückgang. Alsdann stieg der Grosshandelsindex in eher unsteter Bewegung auf 236,4 Ende Dezember, in welchem Zeitpunkt sich die am entsprechenden Vorjahresstand gemessene Verteuerung noch auf 0,6% belief. Weder das Preisniveau der Inlandwaren noch jenes der Waren ausländischer Herkunft liessen eine regelmässige Entwicklung erkennen. Der Preisindex der Grosshandelsgüter schweizerischer Erzeugung fiel bis Ende des ersten Quartals auf das entsprechende Vorjahresniveau zurück. Hierauf bewegte er sich über dem Vorjahresstand, und Ende der Berichtszeit betrug die Teuerungsrate 1,1%, verglichen mit 2% im Dezember 1963. Der Preisindex der Auslandswaren pendelte um das Ende 1963 erreichte Niveau, das er im Dezember 1964 um 0,1% leicht unterschritt. Ein Jahr zuvor hatte der Teuerungssatz 4,9% betragen.

Der *Landesindex der Konsumentenpreise* zeigte einen langsameren Anstieg als in den vorangegangenen Jahren, weil vorab inlandbedingte Preiserhöhungen durch rückläufige Preise einzelner Verbrauchsgüter ausländischer Erzeugung, wie Zucker, Importeier und Heizöl, zum Teil ausgeglichen wurden. Ende 1963 hatte der Index den Stand von 205 erreicht und lag damit 3,9% über jenem vor zwölf Monaten. Bis Ende Mai 1964 stieg er auf 208 und verblieb bis zum Spätsommer auf diesem Niveau. Die letzten Monate der Berichtszeit brachten eine erneute Steigerung auf 209,8 am Jahresende, was einer Teuerung innert Jahresfrist von noch 2,3% entsprach. Der Vergleich mit dem Vorjahr ist allerdings nicht ohne weiteres gegeben, weil im November 1963, nicht aber im Parallelmonat 1964, eine Zwischenerhebung über die Mietpreise durchgeführt wurde. An der Zunahme der Kosten der Lebenshaltung waren Preisaufschläge in den Verbrauchsgruppen Bekleidung und «Verschiedenes» sowie höhere Ausgaben für die Miete mit zusammen rund drei Viertel beteiligt, während der Anstieg der Nahrungsausgaben sich in engen Grenzen hielt und nur wenig zur Erhöhung der Lebenskosten beitrug.

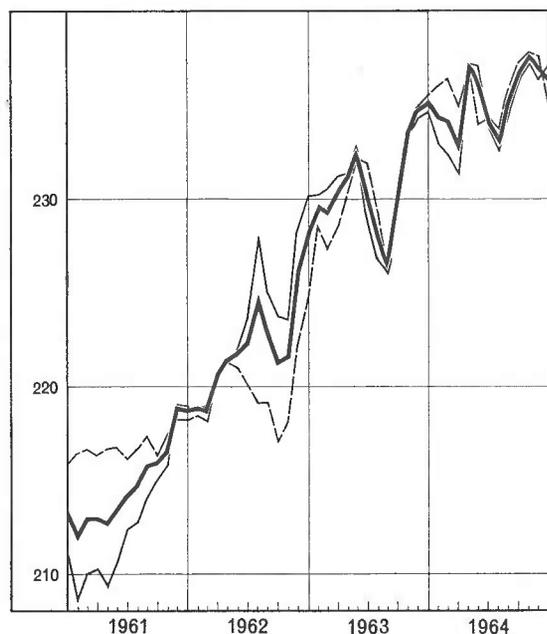
Der im Zuge der Konjunkturdämpfungsmassnahmen eingetretene Abbau des Nachfrageüberhan- ges in der Bauwirtschaft führte zu einer Verlangsamung im Anstieg der *Baukosten*. Nach den Berechnungen für die Stadt Zürich war deren Erhöhung in den Monaten April bis Oktober 1964 mit 1,5% weniger ausgeprägt als in den sechs vorangegangenen Monaten und blieb auch hinter der Baukostensteigerung von 2,4% in der entsprechenden Periode des Jahres 1963 zurück.

Die Anspannung am Arbeitsmarkt und der weitere, wenn auch abgeschwächte Preisanstieg hatten unvermeidlicherweise *Lohnerhöhungen* im Gefolge. In der Industrie und im Baugewerbe zeigten die Lohnsätze von Ende September 1963 bis Ende September 1964 eine Steigerung um 5,3%, gegenüber 6% in den vorangegangenen vier Quartalen. Der Anstieg der Lohnkurve vollzog sich somit gleichfalls in einem verlangsamten Tempo. Dabei ist allerdings zu beachten, dass die Statistik der Lohnsätze nur über die allgemeine Lohntendenz Aufschluss gibt, dagegen den Einfluss von individuellen Lohnverbesserungen, der Veränderungen der Arbeitszeit, der Akkordlöhne, der

Schweizerischer Grosshandelsindex

August 1939 = 100

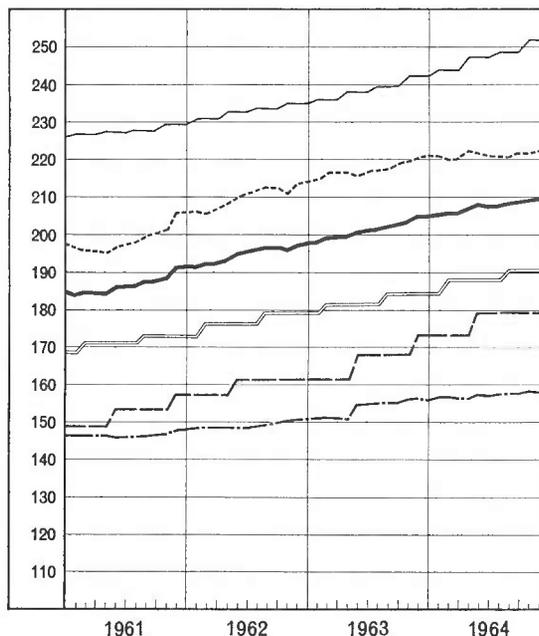
— Gesamtindex
 — Inlandwaren
 - - - Auslandwaren



Index der Konsumentenpreise

August 1939 = 100

— Gesamtindex - - - - - Nahrungsmittel
 — Bekleidung - - - - - Brenn- und Leuchtstoffe
 - - - - - Verschiedenes - - - - - Miete



Familienzulagen und der regelmässigen Nebenbezüge nicht berücksichtigt. Die effektiven Verdienste erfuhren demzufolge einen stärkeren Anstieg als die Lohnsätze. Die Steigerung der Lohnkosten dürfte den Produktivitätszuwachs in der Industrie überschritten haben.

Im Einklang mit der Bewegung der Beschäftigung und der Löhne schwächte sich die Zunahme der Konsumentennachfrage ab, ohne dass sich der Nachfragedruck bei den Konsumgütern und Dienstleistungen aber fühlbar verringert hätte. Die *Kleinhandelsumsätze* zeigten eine Ausdehnung um 7,9%, gegenüber einer solchen von 8,8% im Jahre 1963.

Auf dem Gebiete der *Bundesfinanzen* nähert sich die Periode namhafter Haushaltsüberschüsse ihrem Ende, indem die Finanzrechnung 1964 mit einem geringeren Einnahmenüberschuss abschliessen wird, als budgetiert war. Der Voranschlag für 1965 sieht in der Finanzrechnung Einnahmen von 4865 Millionen und Ausgaben von 4837 Millionen Franken vor, was einen Überschuss von lediglich 28 Millionen ergibt. Die Ausgabensteigerung gegenüber dem Budget 1964 dürfte damit 9% erreichen. Sie würde also über dem zu erwartenden Zuwachs des realen Sozialproduktes liegen, auf den sie nach den ursprünglichen Absichten des Bundesrates hätte beschränkt werden sollen. Der Reinertrag im Gesamtvoranschlag 1965, das heisst in der Finanzrechnung und der Rechnung der Vermögensveränderungen zusammen, beläuft sich auf 564 Millionen Franken. Der günstige Abschluss im Gesamtbudget ist zur Hauptsache darauf zurückzuführen, dass die über die Finanzrechnung zu leistenden Vorschüsse für den Nationalstrassenbau in der Höhe von 374 Millionen Franken in der Rechnung der Vermögensveränderungen aktiviert wurden.

WÄHRUNGSRESERVEN UND VALUTAMARKT

Das Ablaufende über Jahresende mit den Banken abgeschlossenen Devisen-Swaps führte anfangs 1964 zu einem raschen Rückgang der *Währungsreserven* der Nationalbank. Ende Januar lag der Bestand an Gold und Devisen mit 11 983 Millionen Franken um rund 1,3 Milliarden Franken tiefer als Ende 1963. In der Folge zeigten die Währungsreserven auch weiterhin eine rückläufige Tendenz. Trotz einer leicht erhöhten Devisennachfrage kam die Notenbank im ersten Quartal nicht in die Lage, Dollars an den Markt abzugeben. Hingegen konnte sie ihren Devisenbestand für die Befriedigung laufender Bedürfnisse von Bund und Postverwaltung – insbesondere für Lohnüberweisungen der Fremdarbeiter – zusehends abbauen.

Bereits gegen Ende März begann sich die Situation am Devisenmarkt im Zusammenhang mit den Liquiditätsvorbereitungen der Banken auf den Quartalsultimo zu ändern. Indessen gingen die Währungsreserven bis Mitte April noch weiter leicht zurück. Am 15. April erreichten sie mit 11 803 Millionen Franken den tiefsten Stand des Berichtsjahres. Von diesem Zeitpunkt an setzten bedeutende Mittelzuflüsse ein, weil die zunehmende Verknappung des Geldmarktes die Banken veranlasste, ihre Liquidität durch Rücknahme von Auslandsanlagen zu verbessern.

Der zwischen der Federal Reserve Bank of New York und der BIZ ausstehende Währungs-Swap im Umfange von 100 Millionen Dollar wurde grösstenteils im Mai durch Abgabe einer auf Schweizerfranken lautenden Schuldverschreibung der Vereinigten Staaten im Betrage von 300 Millionen Franken (rund 70 Millionen Dollar) an die BIZ liquidiert. Den Rest (rund 30 Millionen Dollar) bezahlte die Federal Reserve Bank der BIZ Ende Juni in Schweizerfranken zurück, welche sie sich gegen Abtretung von Gold bei der Nationalbank beschaffte.

Von Mitte April bis Ende Juni ergab sich eine Zunahme der Währungsreserven um 934 Millionen auf 12 737 Millionen Franken. Sie lagen damit in diesem Zeitpunkt um 550 Millionen Franken unter dem Ende 1963 erreichten Stand.

Wie im Abschnitt « Allgemeine Betrachtungen » bereits erwähnt wurde, erwarb die Nationalbank zur Deckung der von ihr übernommenen Kosten für die Verzinsung der bei den Banken anfangs August placierten Geldmarktpapiere von den amerikanischen Währungsbehörden eine weitere auf Franken lautende Schuldverschreibung im Betrage von 225 Millionen Franken. Da die Vereinigten Staaten diese Franken zum Rückkauf eines entsprechenden Dollarbetrages von der Nationalbank verwendeten, führte die Abschöpfungsaktion zugleich zu einer Verminderung der Devisenreserven um 225 Millionen Franken. Dies hatte zusammen mit der Deckung laufender Bedürfnisse der Bundesverwaltung und der Post zur Folge, dass die Währungsreserven auf 12 277 Millionen Franken zurückgingen. Daraufhin traten keine grösseren Veränderungen mehr ein, bis anfangs November die Krise des Pfundes einen neuen Mittelzufluss in unser Land und zusammen mit sonstigen Dollarliquidationen eine weitere Zunahme der Währungsreserven im Umfange von gegen 600 Millionen Franken auslöste. Die aus dem Währungs-Swap mit der Bank of England anfangs Dezember entstandenen Pfundguthaben im Gegenwert von 345 Millionen Franken wurden

im Ausweis der Nationalbank unter einer neu geschaffenen Position «kursgesicherte Guthaben bei ausländischen Notenbanken» verbucht. Der Zufluss von Geldern aus dem Ausland während der Pfundkrise fiel mit den Liquiditätsvorbereitungen der Kreditinstitute auf das Jahresende zusammen, so dass die Vermehrung der Währungsreserven bis Ende Dezember anhielt. Insgesamt hat sich der Dollarbestand der Nationalbank um 1 425 Millionen Franken erhöht, wovon 1 078 Millionen auf Übernahmen von Banken per Kasse, 206 Millionen auf Übernahmen auf Swap-Basis und 122 Millionen auf die Abwicklung von Dollar-Termin-Kontrakten entfielen. Weitere 39 Millionen Franken rührten von der Liquidation einer Swap-Transaktion mit Banken her. Gleichzeitig ergab sich aus laufenden Zahlungen eine Verminderung um 20 Millionen Franken. Die Nationalbank trat die ihr auf Swap-Basis zedierten Dollars im Betrage von 206 Millionen Franken kurzfristig gegen Gold an die BIZ ab. Im weiteren erwarb die Bank of England von der Nationalbank Dollars im Gegenwert von 210 Millionen Franken. Im Zusammenhang mit diesen Operationen ergab sich per Saldo ein Anstieg der Währungsreserven auf 13 473 Millionen Franken am 31. Dezember 1964.

Der *Goldbestand* der Nationalbank hatte sich Ende 1963 auf 12 204 Millionen Franken belaufen. Durch die Auflösung der mit der BIZ über Jahresende kurzfristig vereinbarten Gold-Dollar-Swaps verminderte er sich bis Ende Januar auf 11 032 Millionen Franken. Bis Ende April ging er weiter auf 10 924 Millionen Franken zurück und erreichte damit den tiefsten Stand des Jahres. Der erwähnte Goldverkauf der Vereinigten Staaten im Betrage von 30 Millionen Dollar sowie die Abtretung eines Teils der aus dem Swap mit der Banca d'Italia angefallenen Lire gegen Gold an die BIZ liessen die Goldreserven bis zum Semesterultimo auf 11 247 Millionen Franken ansteigen. Vor allem während der ersten Hälfte des Jahres trugen grössere Goldkäufe des internationalen Goldpools der Zentralbanken, an dem auch die Nationalbank beteiligt ist, zur Erhöhung des Goldbestandes bei. Mit der Abtragung des Währungs-Swaps mit Italien und dem entsprechenden schrittweisen Abbau des Gold-Lire-Swaps mit der BIZ verminderten sich die Goldreserven im Juli und August sodann sukzessive auf 10 956 Millionen Franken. Auf dieser Höhe verharrten sie bis anfangs Dezember, als die Swap-Vereinbarung zwischen der BIZ und der Federal Reserve Bank of New York wieder aktiviert wurde. Im Rahmen dieser Transaktion stellte die Nationalbank der BIZ 432 Millionen Franken gegen Gold zur Verfügung. Die BIZ ihrerseits überliess diesen Frankenbetrag der Federal Reserve Bank gegen Dollars, wogegen diese die so erhaltenen Schweizerfranken zum Rückkauf von Dollars bei der Nationalbank verwendete. Mitte Dezember erwarb die Nationalbank gegen Dollars Gold in der Höhe von 197 Millionen Franken, und vor Jahresende brachte die kurzfristige Swap-Transaktion mit der BIZ einen weiteren Anstieg des Goldvorrates um 206 Millionen Franken. Am Jahresende wurden die Goldreserven mit 11 794 Millionen Franken ausgewiesen.

Die *Devisenreserven* zeigten grössere Veränderungen als der Goldbestand. Von 1 083 Millionen Franken am Jahresende 1963 gingen sie bis gegen Ende März auf 854 Millionen Franken zurück, stiegen aber bis zur Jahresmitte auf 1 490 Millionen Franken an. Im Zusammenhang mit der Krise

des Pfundes dehnte sich der Devisenvorrat im November auf 1894 Millionen Franken aus. Die Liquiditätsvorkehrungen der Banken auf das Jahresende hin brachten im Dezember zwar einen weiteren Zugang, doch nahmen als Folge der bereits vermerkten Swap-Transaktionen mit der BIZ und den ebenfalls erwähnten Goldkäufen die Devisenbestände im Dezember wieder ab und stellten sich am Jahresende auf 1679 Millionen Franken.

Die Kursentwicklung am schweizerischen *Valutamarkt* stand zu Beginn des Jahres, wie um diese Zeit üblich, im Zeichen einer etwas verstärkten Nachfrage nach ausländischen Währungen. Deren Notierungen befestigten sich dementsprechend. Der Kurs des US-Dollar hob sich, gemessen am Schweizerfranken, von 4.315 Ende 1963 bis auf 4.3315 gegen Ende Februar. Er erreichte indessen den im Frühjahr 1963 verzeichneten Höchstkurs von 4.332 nicht. Die Mitte April einsetzenden Mittelzuflüsse drückten erneut auf den Dollarkurs, der sich in der zweiten Hälfte April auf den Ankaufspreis der Nationalbank von 4.315 senkte. Erst gegen Ende Juni vermochte sich die Dollar-notiz von diesem Niveau wieder zu lösen, ohne jedoch in den beiden darauffolgenden Monaten auf den Stand vom Februar anzusteigen. Die Devisenzugänge im November liessen den Dollarkurs erneut auf den Interventionspunkt zurückgleiten, von dem er sich bis zum Jahresende nur mehr gelegentlich leicht abhob.

Die Notierungen der übrigen massgebenden Währungen des Auslandes folgten im wesentlichen der Entwicklung des Dollarkurses. Sonderbewegungen zeichneten sich vor allem im Kursverlauf der italienischen Lira und des englischen Pfundes ab. Es widerspiegelte sich darin die kritische Zahlungsbilanz- und Währungssituation, der sich die beiden Länder zu verschiedenen Zeiten des Berichtsjahres gegenüber sahen. Die Lira geriet Ende Februar unter Druck; doch konnte der Kursrückgang durch die umfangreiche Stützungsaktion des Währungsfonds und verschiedener Notenbanken Mitte März aufgefangen werden. In der Folge blieb der Lirekurs auf einem gegenüber Jahresanfang etwas tieferen Niveau weitgehend stabil. Auch der Pfundkurs begann sich schon während der ersten Monate des Jahres abzuschwächen. Im Juli sank er gegenüber dem US-Dollar erstmals seit 1961 unter 2.79, hielt sich jedoch auf diesem Niveau bis Ende September, um alsdann auf 2.7825 zurückzufallen. Eine bemerkenswerte Festigkeit zeigten während des ganzen Jahres die D-Mark sowie der französische und der belgische Franken. Der Kurs der D-Mark bewegte sich vor allem zu Beginn des Jahres unter dem Einfluss namhafter Kapitalzuflüsse auf einem hohen Stand. Die Ende März erfolgte Bekanntgabe einer Kapitalertragssteuer von 25% für Gebietsfremde brachte hierauf eine gewisse Abschwächung. Der kanadische Dollar zog in der zweiten Jahreshälfte wegen steigender kommerzieller Zahlungen und bedeutender Kapitalzuflüsse aus den Vereinigten Staaten beträchtlich an.

An den *internationalen Goldmärkten* bewegte sich die Geschäftstätigkeit bis gegen Jahresende in ruhigen Bahnen. Hiezu trug der Goldpool der Notenbanken wesentlich bei. Namentlich in der ersten Jahreshälfte übernahm er für Rechnung seiner Mitglieder in erheblichem Umfang Gold, als bedeutende russische Goldverkäufe das Angebot am Londoner Markt ansteigen liessen. Die Notiz für Barrengold ging von Ende 1963 bis Mitte März 1964 von 35,07 $\frac{1}{4}$ auf 35,05 $\frac{5}{8}$ Dollar

je Unze fein zurück. Alsdann zeigte der Goldpreis, von einer vorübergehenden Erhöhung auf 35,10 Dollar Ende März abgesehen, bis zum Spätsommer nur geringfügige Schwankungen. Im Herbst liessen die Entwicklungen der weltpolitischen Lage und hierauf die Störungen der britischen Währungsverhältnisse die Nachfrage nach Gold aber wieder reger werden. Die Umsatzsteigerungen waren von einer Erhöhung des Goldpreises begleitet, der Mitte Dezember mit 35,12³/₈ Dollar den höchsten Stand sowohl des Berichtsjahres als auch seit der Kubakrise vom November 1962 erreichte.

In der Schweiz lag der Preis für Barrengold wie schon im Vorjahr bei 4867 Franken das Kilogramm fein am niedrigsten, und zwar zu Beginn des Jahres sowie im Mai und Juni. Der höchste Preis von 4885 Franken wurde Ende Februar sowie anfangs April bezahlt. Die Preisentwicklung in unserem Lande stimmte nicht durchwegs mit jener am Londoner Markt überein.

Die im *zwischenstaatlichen Handels- und Zahlungsverkehr bestehenden Hemmnisse* erfuhren im abgelaufenen Jahr ausser der vorerwähnten Einführung zusätzlicher Importabgaben in Grossbritannien im allgemeinen keine nennenswerten Änderungen. Massnahmen zur Beschränkung der Importe wurden von Marokko und Paraguay getroffen. Die Bundesrepublik Deutschland andererseits nahm aus konjunkturpolitischen Gründen vorzeitige Zollsenkungen gegenüber den EWG-Ländern vor. Einer Verschärfung der Devisenbestimmungen und der Devisenkontrolle in Algerien, Argentinien, Marokko und Neuseeland standen Erleichterungen in Spanien und Grossbritannien gegenüber. In verschiedenen Ländern gaben die vielfach als störend empfundenen internationalen Kapitalbewegungen Anlass zu besonderen Massnahmen. Während in den Vereinigten Staaten die schon im Vorjahr angekündigte Zinsausgleichsteuer zur Erschwerung der Kapitalexporte im September rückwirkend auf den 18. Juli 1963 und gültig bis Ende 1965 in Kraft gesetzt wurde, trafen Deutschland, Dänemark, Italien, Holland und Kanada Vorkehren verschiedener Art, um den Zufluss ausländischer Gelder bzw. die Verschuldung der Banken oder des öffentlichen Sektors gegenüber dem Ausland zu begrenzen. Der gebundene Zahlungsverkehr zwischen der Schweiz und dem Iran wurde aufgehoben.

Das *Europäische Währungsabkommen* (EWA), dessen Geltungsdauer am 31. Dezember 1964 ablaufend, wurde wiederum unverändert um ein weiteres Jahr verlängert. Einzige Schuldnerin des Europäischen Fonds blieb die Türkei, der im April ein weiterer Kredit von 20 Millionen Rechnungseinheiten (RE) eingeräumt wurde, womit sich die Gesamtschuld dieses Landes nach Rückzahlungen von 10 Millionen auf 105 Millionen RE belief. Ende Oktober wurde sodann die Rückzahlungsfrist der ersten fällig werdenden Tranche von 10 Millionen RE des der Türkei im März 1963 gewährten Kredits von 50 Millionen RE um ein Jahr verlängert. Am Jahresende beauftragte der Ministerrat der OECD das Direktorium des EWA, das Abkommen, dessen Anpassung an die veränderten Verhältnisse schon seit längerer Zeit als notwendig empfunden wurde, bis Ende Juni 1965 einer gründlichen Neuüberprüfung zu unterziehen.

NOTENBANKKREDIT UND GELDMENGE

Angesichts des hohen Kreditbedarfs der Wirtschaft und der öffentlichen Hand, dessen Befriedigung die Leistungsfähigkeit des Bankenapparates stark belastete, wäre eine kräftigere Beanspruchung des Diskont- und Lombardkredits des Noteninstituts seitens der Banken zu erwarten gewesen. Eine solche Entwicklung blieb aber aus. Die Kredithingabe der Nationalbank nahm wohl zu, hielt sich im ganzen aber weiterhin in eher engen Grenzen. Dies hing einmal damit zusammen, dass die Banken ihre Liquidität durch die Heimschaffung von Geldern aus dem Ausland erhöhten. Im weiteren wählten sie bei der Inanspruchnahme der Dienste der Nationalbank nicht in erster Linie den Weg der Diskontierung von Wechseln und Obligationen auf die Schweiz oder der Aufnahme von Lombardvorschüssen, sondern gaben zur Überbrückung von Bilanzterminen der Notenbank vom August an Geldmarktpapiere, welche im Berichtsjahre geschaffen worden waren, vorübergehend zurück. Im weiteren ließ das Noteninstitut den Banken am Jahresende seine Hilfe durch die Übernahme von Dollars.

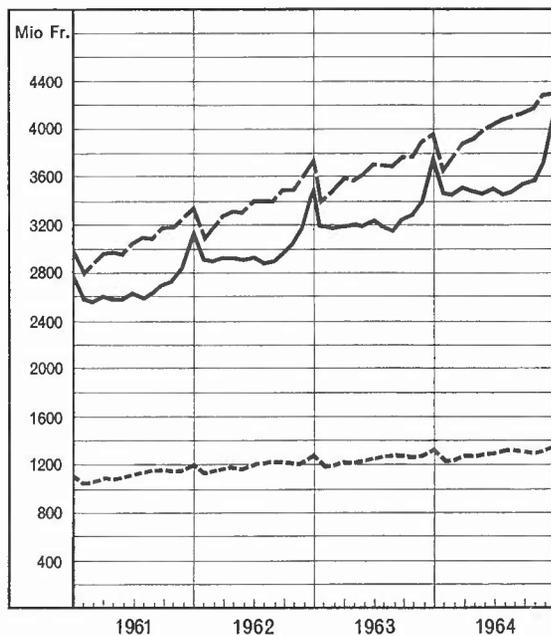
Im Januar 1964 verringerte sich der Rückgriff auf die Notenbank im *Diskonto und Lombard* von 240 Millionen auf 100 Millionen Franken. Auf diesem Niveau bewegte er sich bis vor dem Märzultimo, der einen Anstieg auf 251 Millionen Franken brachte. Alsdann betrug die Kredithingabe der Nationalbank, von einer Zunahme auf 210 Millionen Franken Ende September abgesehen, bis Ende November zwischen 94 und 136 Millionen Franken. Am 31. Dezember belief sie sich auf 240 Millionen Franken, wovon 162 Millionen auf das Inlandportefeuille und 78 Millionen auf Lombardvorschüsse entfielen.

Die erhöhte Beanspruchung des Kredits der Notenbank an den Quartalsenden widerspiegelte sich hauptsächlich in der Entwicklung des *Inlandportefeuilles*. Werden die Spitzenbelastungen ausser acht gelassen, so bewegte sich der Bestand an Schweizerwechseln zwischen 64 Millionen und 87 Millionen Franken, jener der diskontierten Obligationen zwischen 4 Millionen und 28 Millionen Franken. Schatzanweisungen des Bundes wurden von den Banken im Betrage von insgesamt 158 Millionen Franken zum Rediskont eingereicht. Der Bestand an Pflichtlagerwechseln, die in den Schweizerwechseln enthalten sind, nahm leicht zu, indem die Nationalbank als Folge der eingetretenen Markteinengung bestehende Kredite erhöhte und neue Kredite einzuräumen hatte. Es war ihr aber daran gelegen, den Anstieg der Pflichtlagerkredite in mässigem Rahmen zu halten. Im Jahresdurchschnitt stellte sich der Betrag an Pflichtlagerwechseln im Portefeuille der Bank auf 59 Millionen Franken. Bei einem Betrag von rund 9 Millionen handelte es sich um Brotgetreide-Wechsel. Die Haltung von Pflichtlagern seitens der Wirtschaft zeigte einen leichten Rückgang. Mit Einschluss der Zusatzlager in Brotgetreide standen Ende 1964 insgesamt 2881 Lagerverträge in Kraft. Der Wert der eingelagerten Waren belief sich auf 1402 Millionen Franken gegen 1507 Millionen ein Jahr zuvor. An der Finanzierung beteiligten sich die Banken mit 807 Millionen Franken, verglichen mit 729 Millionen Ende 1963.

Gliederung des Notenumlaufs

Am Monatsende

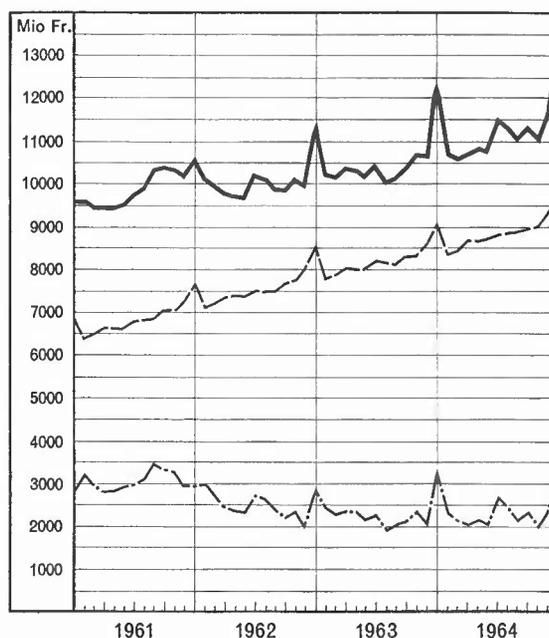
— Noten zu 1000 und 500 Franken
 - - - - - Noten zu 100 Franken
 ······ Noten zu 50, 20, 10 und 5 Franken



Notenumlauf und täglich fällige Verbindlichkeiten

Am Monatsende

— Notenumlauf
 - - - - - Täglich fällige Verbindlichkeiten
 — Zusammen



Im *Lombardgeschäft* stellte sich der Jahresdurchschnitt der ausstehenden Vorschüsse auf 29 Millionen Franken.

Die Steigerung der wirtschaftlichen Aktivität und die allgemeine Zunahme der Einkommen führten zu einem Anwachsen des Bedarfs an Zahlungsmitteln. Dementsprechend dehnte sich der *Notenumlauf* aus. Ende 1963 hatte er 9 035 Millionen Franken betragen. Die ersten Wochen 1964 brachten einen kräftigen Rückgang um eine Milliarde auf 8 038 Millionen Franken, welcher Stand Mitte Februar erreicht wurde. In der Folge zeigte der Betrag an ausstehenden Noten in seiner Grundtendenz eine stetige Aufwärtsbewegung. Er überschritt die Vorjahreszirkulation in der Regel um 600 bis 700 Millionen Franken. Stärker fiel die Erhöhung im Sommer aus, was mit dem regen Fremdenverkehr in dieser Hauptreisezeit zusammenhing. Am 31. Dezember 1964 stellte sich der Betrag der emittierten Noten auf 9 722 Millionen Franken; er lag damit 686 Millionen oder 7,6% über dem Stand vor Jahresfrist. Im Jahre 1963 hatte sich die Zuwachsrate auf 6,2% belaufen. Ende 1964 waren die ausstehenden Noten zu 121% durch Gold gedeckt.

Die Entwicklung der *täglich fälligen Verbindlichkeiten* wurde durch mannigfache Faktoren bestimmt. Die wichtigsten waren die Bewegungen des Notenumlaufs, die durch Devisenzuflüsse verursachte Frankenschaffung sowie die Devisenkäufe des Bundes und der Postverwaltung bei der Nationalbank, die Inanspruchnahme von Krediten des Emissionsinstituts und deren Abtra-

gung, die Massnahmen zur Abschöpfung von Marktmitteln und die Abwicklung von Swap-Operationen.

Die Auswirkungen dieser Bestimmungsfaktoren widerspiegelten sich insbesondere in den Veränderungen der *Giro Guthaben der Wirtschaft*. Nachdem diese Ende 1963 2700 Millionen Franken erreicht hatten, trat in den ersten Jahreswochen die sonst übliche, von Notenrückflüssen herrührende Zunahme dieser Sichtverbindlichkeiten des Noteninstituts kaum in Erscheinung, weil die Banken die der Notenbank vor Jahresultimo auf Swap-Basis abgetretenen Dollars sowie die ihr vorübergehend zedierten Sterilisierungsreskriptionen zurücknahmen und ihre Engagements im Lombardgeschäft abbauten. Die Verknappung des Geldmarktes führte in der Folge zu einer Verringerung der Guthaben der Wirtschaft auf 1692 Millionen Franken Ende Mai. In der ersten Juniwoche trat eine Wendung ein. Sie war im wesentlichen auf Dollarandienungen der Banken zurückzuführen, die bis zum 23. Juni den Bestand dieser Sichtverbindlichkeiten auf 2536 Millionen Franken anschwellen liessen. Anfangs August zeigten die Girogelder der Wirtschaft, im Zusammenhang mit den bereits erwähnten Abschöpfungsoperationen, wieder einen Rückgang. Dieser setzte sich, in allerdings abgeschwächtem Tempo und bei unregelmässiger Entwicklung, bis Ende Oktober fort. Eine erneute Umkehr trat im November ein, als der Bund Anleihensgelder an den Markt zurückzahlte und Schatzanweisungen einlöste, worauf nachstehend noch näher hingewiesen wird. Insbesondere führten die durch die Pfundkrise ausgelösten Dollarzessionen einen kräftigen Anstieg der Guthaben der Wirtschaft beim Noteninstitut herbei, und im Dezember flossen dem Markt aus der Aktion des Bundes zugunsten des Wohnungsbaues 200 Millionen Franken zu. Bis zum Jahresende dehnten sich die Guthaben der Wirtschaft im Zuge der Ultimovorbereitungen der Banken weiter aus und erreichten am 31. Dezember 2908 Millionen Franken. Auf die Banken entfielen 2721 Millionen oder 179 Millionen mehr als ein Jahr zuvor. Die Guthaben der Grossbanken zeigten eine Verminderung um 112 Millionen, jene der Kantonalbanken eine Steigerung von 238 Millionen. Die Guthaben der übrigen Banken lagen 53 Millionen über dem entsprechenden Vorjahresbetrag.

Beträchtliche Schwankungen wiesen die *Guthaben der Bundesverwaltungen* auf. Unmittelbar nach Jahresbeginn stiegen sie um 170 Millionen auf 526 Millionen Franken, fielen aber in der zweiten Hälfte April auf 86 Millionen zurück. Die hohen Einnahmen des Bundes brachten seine Kassensmittel dann bis anfangs Juni wieder auf rund 430 Millionen Franken. Die Rückzahlung der 3½% Eidg. Anleihe November 1944 im Betrage von 250 Millionen Franken beanspruchte nur 80 Millionen an Tresoreriemitteln, weil der Bund kurz vorher für 150 Millionen Franken zu 4% verzinsliche Kassenscheine ausgegeben hatte und 20 Millionen der zum Verfall gelangten Titel bereits in seinem Wertschriftenportefeuille lagen. Im weiteren löste der Bund Schatzanweisungen im Nettobetrag von 30 Millionen Franken ein. Andererseits gingen dem Bund aus der Auflösung von Depots bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich im Januar und November 125 Millionen Franken zu, und anfangs Dezember brachte die Rückzahlung eines Grossbritannien im Jahre 1961 gewährten Darlehens von 215 Millionen Franken den Stand der Bundesguthaben bei der National-

bank vorübergehend auf über eine halbe Milliarde Franken. Am 31. Dezember 1964 stellten sich diese Guthaben auf 292 Millionen Franken. Keine Veränderungen erfuhren in der Berichtszeit die Anlagen des Bundes in auf Schweizerfranken lautenden Schuldverschreibungen des amerikanischen Schatzamtes von 680 Millionen sowie die kursgesicherten Anlagen in Dollars und Pfund-Sterling von zusammen 227 Millionen Franken.

Vom 23. Mai 1964 an erschienen im Ausweis der Nationalbank als neue Position die *Pflichtdepots gemäss Bundesbeschluss vom 13. März 1964*. Es handelte sich um Einzahlungen von Banken, die seit dem 1. Januar 1964 einen Zuwachs an Schweizerfrankenverbindlichkeiten gegenüber Ausländern zu verzeichnen hatten. Der Gegenwert dieses Zuwachses war auf Sonderkonto einzuzahlen, soweit er nicht in fremder Währung im Ausland angelegt wurde. Da die Banken von dieser Möglichkeit der Kompensation weitgehend Gebrauch machten, bewegte sich der Stand dieses Sonderkontos lediglich zwischen 1,8 und 8,8 Millionen Franken.

GELD- UND KAPITALMARKT

Die schon seit dem Frühjahr 1963 beobachtete Verknappung am Geld- und Kapitalmarkt verstärkte sich in der Berichtszeit. Der Grundlinie der Marktentwicklung waren allerdings, vor allem im Frühsommer und gegen Jahresende, Verflüssigungstendenzen überlagert, die von der Steigerung der Sichtverbindlichkeiten der Notenbank hauptsächlich infolge von Dollarübernahmen herührten. Die dadurch bewirkte Erleichterung der Marktlage trat namentlich am Geldmarkt in Erscheinung. Sie machte sich aber auch am Kapitalmarkt bemerkbar, wo sie den Zinsanstieg zeitweise etwas verlangsamte.

Was die *Geldmarktsätze* anbelangt, ist in erster Linie die Heraufsetzung der offiziellen Raten der Nationalbank festzuhalten. Wie bereits erwähnt, erhöhte diese mit Wirkung ab 3. Juli 1964, im Sinne einer teilweisen Anpassung an die Zinsbedingungen des Marktes, ihren Diskontsatz von 2 auf $2\frac{1}{2}\%$ und den Lombardzinsfuss von 3 auf $3\frac{1}{2}\%$. Damit wurde die Diskontrate auf den Stand des Privatsatzes der Banken gebracht, welcher Mitte April angesichts der Marktversteifung auf $2\frac{1}{2}\%$ heraufgesetzt worden war. Im Gefolge der Änderung des offiziellen Diskontsatzes wurde am 6. Juli 1964 der Spezialdiskontsatz für die Finanzierung von Pflichtlagern in Lebens- und Futtermitteln auf $2\frac{1}{4}\%$, jener für andere Pflichtlager auf $2\frac{1}{2}\%$ erhöht. Im Dezember schritten die Banken zu einer weiteren Heraufsetzung des Privatsatzes auf 3% .

Von den übrigen Geldmarktsätzen blieb der Satz für Callgeld in Zürich bis zum Herbst mit 2 bis $2\frac{1}{2}\%$ stabil. Anfangs Oktober wurde Tagesgeld zu $2\frac{1}{2}\%$ und von Mitte November an zu $2\frac{3}{4}\%$ gehandelt. Die Verzinsung für Dreimonatsdepots bei Grossbanken ermässigte sich zu Jahresbeginn von $3\frac{1}{4}\%$ bis $3\frac{1}{2}\%$ auf $2\frac{7}{8}\%$ bis 3% . Alsdann zeigte sie steigende Tendenz. Mitte Juni wurden $3\frac{1}{2}\%$ vergütet. Nachdem sich der Satz im Zuge der Marktentspannung vorübergehend ermässigt hatte, lag er am Jahresende bei $3\frac{1}{2}\%$ bis $3\frac{3}{4}\%$. Seine Entwicklung wurde von der Satzgestaltung an den Märkten für Eurodevisen beeinflusst, da Banken hereingekommene Drei-

monatsgelder vielfach an diesen Märkten anlegten. Bei den vierteljährlichen Erneuerungen von Schatzanweisungen des Bundes wurden die Abgabesätze in drei Schritten – Mitte Januar, Mitte Juli und Mitte Oktober – um insgesamt $\frac{1}{2}$ bis $\frac{5}{8}\%$ heraufgesetzt. Im letztgenannten Zeitpunkt erfolgten die Begebungen zu Zinssätzen von $2\frac{1}{8}$, $2\frac{3}{8}$ und $2\frac{1}{2}\%$ für Laufzeiten von 1 Jahr, $1\frac{1}{2}$ und 2 Jahren.

Deutlich widerspiegelten sich die veränderten Marktverhältnisse in den *Zinsbedingungen am mittel- und langfristigen Markt*. Insbesondere wurden die Zinssätze für Kassenobligationen und die Ausgabebedingungen von Anleihsenemissionen zugunsten der Geldgeber fühlbar verbessert.

Angesichts des steigenden Bedarfs der Wirtschaft an Baukrediten und Hypotheken sowie an mittel- und längerfristigen Betriebskrediten waren die Banken bestrebt, sich die für die Finanzierung dieser Ausleihungen benötigten Mittel zu beschaffen. Da die Neuzeichnung von Kassenobligationen ins Stocken geriet, die Konversion fälliger Titel Hemmnissen begegnete und Publikums Gelder an den Emissionsmarkt abwanderten, sahen sich die Kreditinstitute veranlasst, den *Zinsfuß für Kassenobligationen* sukzessive zu erhöhen. Die Nationalbank wirkte diesen durch die Marktverhältnisse bedingten Tendenzen zu Satzsteigerungen grundsätzlich nicht entgegen. Im Interesse einer ruhigen Zinsfußentwicklung hielt sie indessen dafür, dass Satzerhöhungen jeweils zunächst auf die längerfristigen Titel beschränkt bleiben sollten, was den Banken die Möglichkeit bot, die Ausgabebedingungen bei einem Fortschreiten der Marktversteifung vorerst auf dem Wege einer Verkürzung der Mindestlaufzeit der Kassenobligationen an die Marktlage anpassen zu können, ohne sofort eine weitere Satzheraufsetzung vornehmen zu müssen.

Am Jahresbeginn erhöhten die Grossbanken und die Kantonalbanken den Zinsfuß um $\frac{1}{4}\%$ auf $3\frac{3}{4}\%$ für drei- bis vierjährige bzw. auf 4% für längerfristige Titel. Vorerst etwas zögernd, in der Folge aber auf breiter Basis zogen die Lokalbanken nach, indem sie die Laufzeit der 4% Titel auf 3 Jahre verkürzten und $4\frac{1}{4}\%$ Kassenobligationen auf 5 und mehr Jahre fest offerierten. Noch bevor diese Runde von Satzänderungen bei den lokalen Instituten zum Abschluss gekommen war, schritten Kantonalbanken, gefolgt von Grossbanken, im Mai zu einer Erhöhung des Zinsfußes um ein weiteres Viertelprozent. Die Lokalbanken sahen sich darauf ihrerseits zu einer Heraufsetzung des Zinssatzes veranlasst, um in der Verzinsung der Kassenobligationengelder die herkömmliche Spanne gegenüber den Staatsinstituten aufrechterhalten zu können. Im Hinblick auf die Rückwirkungen der Verteuerung der Fremdgelder auf die Aktivsätze und weil sie befürchteten, relativ teure Gelder auf längere Zeit hinaus an sich zu binden, entschlossen sich manche Institute allerdings nur zögernd zu diesem Schritt. Sie konnten einer Satzerhöhung aber nicht ausweichen, weil sie an andere Banken, die den Zinsfuß bereits heraufgesetzt hatten, Gelder verloren. Im Hochsommer nahmen die Satzanpassungen ihren Fortgang. Die Nationalbank stimmte Gesuchen von Kantonalbanken zur Verkürzung der Mindestlaufzeit ihrer $4\frac{1}{4}\%$ Titel auf 3 Jahre zu, worauf Lokalbanken ihrerseits zur Abgabe von $4\frac{1}{2}\%$ Kassenobligationen mit derselben Mindestlaufdauer übergingen. Gleichzeitig mussten Grossbanken feststellen, dass das Anlegerpublikum nicht mehr bereit war, zu den damals geltenden Bedingungen Kassenobligationen zu zeichnen

oder fällige Titel zu erneuern, was die strukturgerechte Finanzierung längerfristiger Kredite erschwerte. Gegen das Vorhaben, $4\frac{1}{2}\%$ Kassenobligationen auszugeben, erhob die Nationalbank keine grundsätzlichen Einwendungen, empfahl aber, die Zinsfusserhöhung noch etwas hinauszuschieben. Im Laufe November gingen die Grossbanken dann für fünfjährige Titel zum Satz von $4\frac{1}{2}\%$ über, unmittelbar gefolgt von den Kantonalbanken. Auch einzelne Lokalbanks zogen nach, indem sie den Zinsfuss für Kassenobligationen der genannten Laufzeit auf $4\frac{3}{4}\%$ erhöhten. Die Neufestsetzung der Ausgabebedingungen bewirkte wohl einen Anstieg des Bestandes an Kassenobligationen der Kreditinstitute; doch beruhte die Zunahme zu einem erheblichen Teil auf Umlagerungen von Geldern, die bereits in anderer Form bei den betreffenden Banken gelegen hatten.

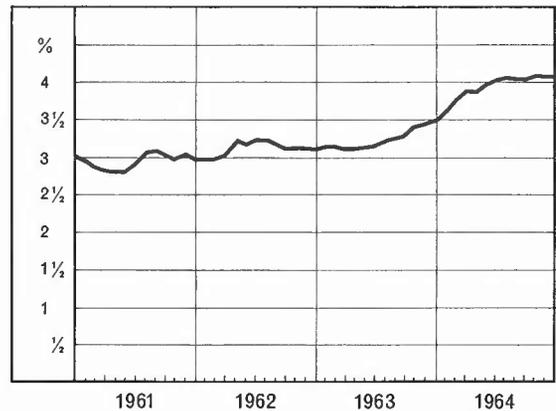
Von der allgemeinen Tendenz zu Satzsteigerungen wurde auch die *Verzinsung der Spareinlagen* erfasst. Ihr Anstieg vollzog sich aber in einem wesentlich langsameren Tempo als die Erhöhung der Zinsvergütung für Kassenobligationen, so dass sich die Spanne zwischen dem Spargeldsatz und der Verzinsung von Kassenobligationen zunehmend vergrösserte. Bei den Kantonalbanken kam am Jahresende in der Regel ein Satz von 3% zur Anwendung, der zu Jahresbeginn bereits von der Hälfte der Staatsinstitute appliziert worden war. Kantonalbanken, die den Zinsfuss für Spareinlagen auf $2\frac{3}{4}\%$ belassen hatten, nahmen im allgemeinen eine Erhöhung um $\frac{1}{4}\%$ auf den 1. Januar 1965 in Aussicht. Andere Staatsinstitute beschlossen, auf diesen Zeitpunkt auf $3\frac{1}{4}\%$ zu gehen, nachdem einzelne Kantonalbanken diesen Schritt bereits im Laufe der Berichtszeit getan hatten. Bei massgebenden Staatsinstituten stellte sich die durchschnittliche Verzinsung Ende Dezember auf $2,98\%$, verglichen mit $2,79\%$ ein Jahr zuvor. Eine Verbesserung der Konditionen für den Spareinleger trat auch bei den Lokalbanks und Sparkassen ein. Bei diesen Bankengruppen bildeten am Jahresende Zinsvergütungen von 3 bis $3\frac{1}{4}\%$ die Regel. Um vermehrt Spargelder an sich ziehen zu können, offerierten indessen einzelne Institute bereits im Berichtsjahr $3\frac{1}{2}\%$; weitere gaben bekannt, dass sie ab Neujahr 1965 zu diesem Satz übergehen werden.

Die Verteuerung sowohl der Publikumsfelder der Banken als auch der Geldaufnahmen am Emissionsmarkt wirkte sich zwangsläufig auf die *Aktivsätze* der Kreditinstitute aus. Die Sätze für Baukredite sowie für Ausleihungen im kommerziellen Geschäft wurden praktisch durchwegs erhöht. Keine Änderung erfuhr dagegen der Zinsfuss für Gemeindegeldern von Kantonalbanken, der im allgemeinen bei 4 bis $4\frac{1}{4}\%$ verblieb. In Ausnahmefällen wurden für neue Darlehen höhere Sätze verlangt.

Besonderes Interesse erheischte die Entwicklung des *Hypothekarzinsfusses*, der im schweizerischen Zinssatzgefüge eine zentrale Stellung einnimmt. Es bestätigte sich einmal mehr die Erfahrung, dass der Hypothekarsatz aus der allgemeinen Zinsfussentwicklung nicht ausgeklammert werden kann. Eine künstliche Tiefhaltung würde der Gefahr rufen, dass anlagesuchende Kapitalien dem Hypothekarmarkt nicht mehr zur Verfügung gestellt werden, worunter in erster Linie die Wohnungsproduktion leiden müsste. Im ganzen hielt sich der Anstieg des Hypothe-

Rendite schweizerischer Staatswerte

Monatsdurchschnitte



karsatzes, namentlich für Althypotheken, in mässigem Rahmen. Für bestehende erstrangige Darlehen im allgemeinen Wohnungsbau wurde der Satz von 4⁰/₁₀₀ zur Norm, nachdem der Zinsfuss während mehrerer Jahre auf dem Stand von 3³/₄⁰/₁₀₀ verharret hatte. Führende Kantonalbanken und einzelne weitere Institute kündeten die Satzerhöhung aber erst auf Beginn des Jahres 1965 an. Lokalbanken beschliessen, auf diesen Zeitpunkt auf 4¹/₄⁰/₁₀₀ zu gehen. Für Althypotheken auf grossgewerblichen und industriellen Objekten wurden im Berichtsjahr 4 bis 4¹/₂⁰/₁₀₀ verlangt. Mehrere Staatsinstitute nahmen von einer Heraufsetzung des Zinsfusses von 3³/₄⁰/₁₀₀ für Hypotheken auf landwirtschaftlich genutzten Liegenschaften noch Abstand. Für neue Darlehen im ersten Rang stellte sich der Hypothekensatz in den letzten Monaten 1964 bei den Kantonalbanken vornehmlich auf 4¹/₄⁰/₁₀₀, bei den privaten Hypothekarinstituten auf 4¹/₄ bis 4¹/₂⁰/₁₀₀. Für Darlehen auf industriellen Objekten verlangten einzelne Bodenkreditbanken allerdings auch Sätze bis 5⁰/₁₀₀.

Eine deutliche Satzverteuerung setzte sich am Obligationenmarkt durch. Unter dem Einfluss der Marktverknappung erlitten die Kurse in der ersten Hälfte des Berichtsjahres starke Einbussen. Entsprechend hob sich das Renditenniveau. Die *durchschnittliche Rendite eidgenössischer Staatswerte* erfuhr von Jahresbeginn bis Mitte Juni eine Steigerung von 3,54 auf 4,05⁰/₁₀₀. In den Sommermonaten führte die Marktentspannung eine vorübergehende leichte Senkung dieses Renditensatzes herbei. In den letzten Monaten hielt sich die durchschnittliche Rendite eidgenössischer Obligationen auf dem Stand von 4,07 bis 4,08⁰/₁₀₀, wobei die Nationalbank eine sorgfältige Kurspflege betrieb und damit zu dieser ruhigen Entwicklung beitrug.

Äusserst rege war die *Emissionstätigkeit*. Wie aus der ungewöhnlich grossen Zahl und dem einen neuen Rekordbetrag erreichenden Wert der zur öffentlichen Zeichnung aufgelegten inländischen Obligationen und Aktien ersichtlich ist, erwies sich der Markt als sehr leistungsfähig. Allerdings konnten die sich pausenlos folgenden Begebungen von Obligationenanleihen nur dank der Verbesserung der Ausgabebedingungen untergebracht werden. Der Markt sah sich namentlich in den ersten Monaten der Berichtszeit einer ausserordentlichen Belastung ausgesetzt, weil Anleihen im Hinblick auf die Massnahmen zur Dämpfung der konjunkturellen Übersteigerung vorsorglich begeben wurden. Vom Sommer an gelang es der auf Grund der Verordnung des Bundesrates über

die Meldepflicht für öffentliche Emissionen eingesetzten Kommission, die an den Markt gestellten Anforderungen besser mit dessen Leistungsfähigkeit in Einklang zu bringen.

Am öffentlichen Markt wurden 109 inländische Anleihen im Emissionswert von 2637 Millionen Franken begeben gegen 85 Anleihen und 2287 Millionen im vorangegangenen Jahr. Durch 76 Aktienemissionen wurden ihm 568 Millionen Franken entnommen, verglichen mit 73 Begebungen und 524 Millionen im Jahr 1963. Die Inanspruchnahme des Marktes durch öffentlich aufgelegte schweizerische Anleihen und Aktien stellte sich damit auf 3205 Millionen Franken oder auf 394 Millionen mehr als im Vorjahr. Werden die Konversionsanleihen und die Rückzahlungen von Obligationen und Aktien in Abzug gebracht, so resultierte eine Nettobeanspruchung von 2748 Millionen Franken gegenüber 2267 Millionen, was einer Zunahme von 481 Millionen oder 21 % entsprach.

Emittenten von Obligationenanleihen waren hauptsächlich Kantone und Gemeinden, Kantonalbanken, die beiden Pfandbriefinstitute sowie Kraftwerke. Insbesondere sahen sich Banken angesichts des wachsenden Bedarfs an langfristigen Mitteln veranlasst, am Kapitalmarkt direkt oder über die Pfandbriefinstitute 913 Millionen Franken aufzunehmen. Die übersteigerte öffentliche Bautätigkeit führte dazu, dass Kantone und Gemeinden mit Emissionen im Gesamtbetrage von 589 Millionen an den Markt gelangten. Die Kraftwerke schöpften, vor allem um Bankenkredite zu konsolidieren, 604 Millionen Franken ab.

Nachdem Kantonalbanken und deren Pfandbriefzentrale ihre Anleihen zu Jahresbeginn noch mit einem Zinsfuss von 4 %, Kraftwerke mit einem solchen von $4\frac{1}{4}$ % bei Ausgabekursen (ohne Stempel) unter pari ausgestattet hatten, mussten Kantone und Staatsinstitute bereits im Februar zum $4\frac{1}{4}$ %- und die Kraftwerke zum $4\frac{1}{2}$ %-Typus übergehen. Trotz des Zinsanstiegs war mancher im Frühjahr begebenen Anleihe kein Erfolg beschieden. Neue Obligationenanleihen notierten gleich nach Emissionsschluss unter den um pari gelegenen Ausgabekursen. Deshalb sahen sich Kantone und Gemeinden vom Juni an zu einer Heraufsetzung des Nominalzinsfusses auf $4\frac{1}{2}$ % veranlasst, und Kraftwerke mussten für ihre neuen Anleihen $4\frac{3}{4}$ % bewilligen. Diese Emissionen fanden beim Publikum Anklang. Da die gute Aufnahmefähigkeit des Marktes nach der Sommerpause anhielt und der Druck auf die Obligationenkurse nachliess, glaubten einige Emittenten, Anleihen zwar noch zu den letztgenannten Sätzen, aber mit einem Emissionskurs über pari herausbringen zu können. Diese Ausgabebedingungen wurden von Anlegerkreisen als nicht genügend attraktiv erachtet, so dass die betreffenden Anleihen nicht voll gezeichnet wurden. Kantone und Pfandbriefinstitute konnten Obligationenanleihen zwar weiterhin mit Erfolg zu einem Satz von $4\frac{1}{2}$ %, Kraftwerke zu einem solchen von $4\frac{3}{4}$ % ausgeben, mussten allerdings die Emissionspreise zum Teil erneut unter pari ansetzen. Gegen Jahresende gingen mehrere Städte zum $4\frac{3}{4}$ %-Typus über; einige Kraftwerke gelangten mit 5 % Anleihen an den Markt. Diese Emissionen schlossen ebenfalls durchwegs mit sehr guten Zeichnungsergebnissen ab.

Die Beanspruchung des Marktes durch Auslandsanleihen erfuhr eine deutliche Verringerung. Es wurden 12 Anleihen im Emissionswert von insgesamt 383 Millionen Franken öffentlich auf-

gelegt, verglichen mit 19 Anleihen und 588 Millionen im Vorjahr. Nach Abzug der Rückzahlungen und eines zur Konsolidierung eines Bankkredites verwendeten Teilbetrages einer Anleihe von zusammen 151 Millionen belief sich der Nettokapitalexport auf 232 Millionen Franken. Da unser Land auch im Berichtsjahr wiederum Devisenzuflüsse aufwies, war eine begrenzte Zulassung von ausländischen Anleihen am schweizerischen Markt nicht nur zu verantworten, sondern im Hinblick auf das Ziel der Inflationsbekämpfung auch geboten. Andererseits mussten Umfang und Rhythmus dieser Anleihen auf die inländische Kapitalversorgung abgestimmt werden.

Zum Zwecke einer umfassenderen Kontrolle des Kapitalexportes setzte die Nationalbank die Limite für genehmigungspflichtige Auslandsanleihen im Sinne von Art. 8 des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen im Mai von 10 Millionen auf 5 Millionen Franken herab.

Der Betrag der nicht öffentlich begebenen Anleihen, unter Einschluss der Darlehen des Ausgleichsfonds der Alters- und Hinterlassenenversicherung an die Pfandbriefinstitute, war mit 420 Millionen um 54 Millionen Franken grösser als im Vorjahr. Weniger umfangreich fielen die nicht öffentlich begebenen Aktienemissionen aus. Sie stellten sich auf 981 Millionen Franken, verglichen mit 1 028 Millionen im Jahre 1963.

Damit wurde der Kapitalmarkt durch öffentliche und nicht öffentliche Emissionen netto mit insgesamt 4,4 Milliarden Franken beansprucht. Das sind rund 250 Millionen Franken mehr als das schon sehr hohe Vorjahresbetreffnis.

Die *dem Ausland eingeräumten Bankenkredite*, soweit deren Gewährung gemäss Art. 8 des Bankengesetzes der Zustimmung der Nationalbank bedurfte, beliefen sich auf 196 Millionen Franken, verglichen mit 206 Millionen im Jahre 1963.

Der starke Nachfragedruck am Emissionsmarkt rührte zum Teil davon her, dass der *Ausgleichsfonds der AHV*, der 1963 dem Markt noch 440 Millionen Franken zugeleitet hatte, seine Anlagen infolge der zu Anfang des Berichtsjahres in Kraft getretenen Rentenerhöhungen nur noch um 129 Millionen ausdehnen konnte. Dies zwang namentlich Kantone, Gemeinden, Hypothekarbanken und Kraftwerke, denen früher in beträchtlichem Umfang AHV-Gelder zur Verfügung gestanden hatten, sich langfristige Mittel vermehrt am Kapitalmarkt zu beschaffen. Der Bund zahlte dem Ausgleichsfonds anfangs Dezember Schuldbuchforderungen und Schuldscheindarlehen im Kurswert von 202 Millionen vorzeitig zurück, wovon 200 Millionen den Hypothekarbanken über die beiden Pfandbriefinstitute zur Überbrückung von Finanzierungsschwierigkeiten auf dem Gebiete des allgemeinen Wohnungsbaues zugeleitet wurden. Der Zuwachs der Anlagen im genannten Betrag von 129 Millionen Franken ergab sich einerseits aus der Zunahme der Darlehen an die beiden Pfandbriefinstitute um 258 Millionen und jener an Kantonalbanken um 35 Millionen Franken. Weitere 48 Millionen gingen an Kantone und Gemeinden und 28 Millionen Franken an öffentlich-rechtliche Körperschaften und gemischtwirtschaftliche Betriebe. Andererseits verminderten sich die Anlagen beim Bund um insgesamt 240 Millionen Franken.

Eine Wendung vollzog sich in der Entwicklung der *Investmenttrusts*, insbesondere der Immobilienfonds. Diese hatten in den vergangenen Jahren durch eine intensive Propaganda und unter

Zusicherung von Renditen, welche die Verzinsung für Spargelder und den Renditensatz von Anleihen übertrafen, Ersparnisse in erheblichem Umfang an sich ziehen können. Mit dem Anstieg der Rendite der Staatsobligationen, der Erhöhung der Zinssätze für Kassenobligationen und des Nominalzinsfußes von neuen Anleihen kam der Absatz von Immobilien-Zertifikaten weitgehend zum Stillstand. Die Anlegerkreise wandten sich wieder vermehrt festverzinslichen Werten zu.

Von Jahresbeginn bis Ende des dritten Quartals stieg die Zahl der schweizerischen Investmenttrusts, welche der Nationalbank vierteljährlich Meldungen erstatten, um 5 auf insgesamt 112. Bei den neuen Fonds handelte es sich um zwei Immobilientrusts mit Anlagen im Inland, einen Wertschriftentrust mit Anlagen im Ausland sowie zwei Anlagefonds, die den Gegenwert der ausgegebenen Anteile in Immobilien in der Schweiz und im Ausland placieren. Die schweizerischen Immobilientrusts konnten die Zahl der umlaufenden Zertifikate im genannten Zeitraum um lediglich 172 000 erhöhen und sich hiedurch neue Mittel im Umfang von nur 88,3 Millionen beschaffen, verglichen mit 552 Millionen im Vorjahr. Weitere 454 000 Zertifikate im Betrage von 26,3 Millionen wurden von Trusts mit Anlagen in Wertschriften und Immobilien im In- und Ausland emittiert, gegenüber 55,4 Millionen im vorangegangenen Jahr. Andererseits hatten die reinen Wertschriftenfonds 1 069 000 Zertifikate im Kurswert von 165 Millionen Franken zurückzunehmen. Im Ergebnis verminderte sich die Gesamtzahl der von Investmenttrusts ausgegebenen Zertifikate von 24,8 auf 24,4 Millionen. Das gesamte Fondsvermögen der Trusts, das seit Ende der fünfziger Jahre einen sprunghaften Anstieg aufgewiesen hatte, zeigte einen Rückgang von 6 630 auf 6 565 Millionen Franken.

Eine Gesamtbetrachtung des Kapitalmarktes zeigt somit, dass einer im Vergleich zum Vorjahr erhöhten Inanspruchnahme durch öffentliche Anleihe- und Aktienemissionen eine Minderbeanspruchung durch ausländische Obligationenanleihen und Zertifikate von Investmenttrusts gegenüberstand.

Die Befriedigung des Kreditbedarfs der Wirtschaft und der öffentlichen Hand stellte an die *Banken* hohe Ansprüche. Es flossen ihnen weiterhin umfangreiche Mittel zu, was eine nochmalige Ausdehnung der Kreditfähigkeit erlaubte. Allerdings reichten weder die Zunahme der Publikumsgelder noch der Anstieg der Ausleihungen an die entsprechenden Vorjahresbetreffnisse heran. Insbesondere fiel die Ausdehnung der Debitoren weniger kräftig aus als in vorangegangenen Jahren. Die Verlangsamung der Kreditexpansion war im Interesse der Dämpfung der monetären Auftriebskräfte erwünscht.

Die Bilanzsumme von 62 monatlich berichtenden Instituten weitete sich bis Ende November um 5 179 Millionen oder 8,3% auf 67,8 Milliarden Franken aus. In der gleichen Zeitspanne 1963 hatte die Zunahme 9,9% betragen.

Auf der Passivseite der Bilanz zeigten die fremden Gelder einen Anstieg um 4 651 Millionen Franken, verglichen mit 4 936 Millionen in den ersten elf Monaten des Jahres 1963. In der Struktur des Mittelzuflusses traten gegenüber dem Vorjahr beträchtliche Verschiebungen ein. So waren an der Vermehrung der fremden Gelder die Bankenkreditoren, welche keine eigentlichen Betriebsmittel darstellen und nicht zur Finanzierung von Krediten herangezogen werden sollten,

mit 782 Millionen beteiligt, gegenüber nur 128 Millionen Franken im Jahr zuvor. Diese Gelder wurden in erheblichem Umfang an den Eurodevisenmärkten angelegt. Dagegen verringerte sich der Zufluss an Kundengeldern auf Sicht und Zeit von 2469 Millionen auf 1430 Millionen Franken oder um rund zwei Fünftel, was mit dem hohen Geldbedarf der Wirtschaft zur Finanzierung der Einfuhr, mit Umlagerungen auf andere Bilanzpositionen, mit dem Abfluss von ausländischen Guthaben in Schweizerfranken sowie mit der verminderten Kreditschöpfung der Banken zusammenhing. Das bankmässige Sparen in der Form von Spareinlagen, Einlagen auf Depositen- und Einlageheften sowie von Kassenobligationen übertraf mit 1514 Millionen Franken den Vorjahresbetrag um rund 200 Millionen. Obwohl die langfristigen Geldaufnahmen (Obligationenanleihen und Pfandbriefdarlehen) mit 936 Millionen Franken das Vorjahresbetreffnis nicht mehr ganz erreichten, standen den Kreditinstituten etwas mehr mittel- und langfristige neue Gelder zur Verfügung als in den ersten elf Monaten 1963.

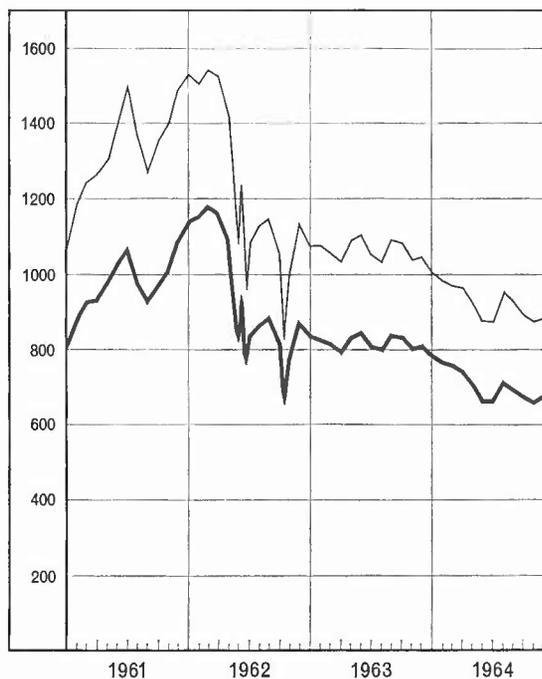
Von den neuen Ersparnissen des Publikums bei den Banken im genannten Betrag von 1514 Millionen Franken entfielen 590 Millionen auf Kassenobligationen. Nachdem dieser Bilanzposten in der Zeit von Januar bis November 1963 einen Anstieg um lediglich 114 Millionen Franken verzeichnet hatte, brachte die Steigerung des Zinsfusses wieder eine deutliche Belebung im Zufluss an solchen mittelfristigen Geldern. Der Zugang fiel namentlich im Januar und wiederum im Vor-sommer kräftig aus. Es zeigte sich aber, dass der höhere Zins für Kassenobligationen weniger eine Belebung der Ersparnisbildung als vielmehr eine längerfristige Bindung von bereits bei den Banken liegenden Mitteln bewirkte. Diese Feststellung wird durch die Entwicklung der Spareinlagen und der Einlagen auf Depositenheften bestätigt, die zusammen um 924 Millionen zunahmen, verglichen mit 1206 Millionen in der entsprechenden Periode 1963. An der Beschaffung langfristiger Betriebsmittel durch Geldaufnahmen waren Obligationenanleihen mit 665 Millionen und Pfandbriefdarlehen mit 271 Millionen Franken beteiligt.

Wegen der Kreditbegrenzung und der Notwendigkeit, die Liquiditätsbereitschaft zu verstärken, zeigten die Banken in der Kreditfähigkeit eine vermehrte Zurückhaltung. Der Anstieg der Debitoren blieb bei den 62 Banken mit 1214 Millionen Franken um rund 550 Millionen hinter dem Vorjahresbetrag zurück, wobei zu dieser Entwicklung auch die Abtragung von Krediten aus Anleihenserslösen beitrug. Die Zunahme der Hypothekaranlagen fiel mit 1159 Millionen um 123 Millionen schwächer aus als im Parallelzeitraum 1963, was nicht zuletzt auf die durch die Überbelastung der Bauwirtschaft bedingten Verzögerungen in der Ausführung von Bauten und in der Fertigstellung von Bauabrechnungen zurückzuführen war. Das Kreditwachstum verzeichnete eine merkbliche Abschwächung. So übertrafen die Debitoren Ende November ihren Stand vor Jahresfrist um 9,1%, nachdem der entsprechende Zuwachssatz damals 14,4% betragen hatte. Bei den Hypothekendarlehen ermässigte sich die Zuwachsrate von 7,7 auf 6,6%.

Infolge der Schwierigkeiten, denen die Konsolidierung von Baukrediten manchenorts begegnete, übten Banken in der Neueinräumung solcher Kredite Zurückhaltung. Im ersten Quartal übertrafen die Zusicherungen das Vorjahresbetreffnis, weil sich Bauinteressenten vor der Inkraft-

Schweizerischer Aktienindex

— Gesamtindex
— Industriek Aktien allein



setzung des Baubeschlusses mit Erfolg um die Gewährung von Baukrediten bemüht hatten. Vom Sommer an fielen die Zusagen hinter die entsprechenden Vorjahresziffern zurück. In der ganzen Berichtszeit bewilligten die Banken neue Baukredite im Gesamtbetrage von 2848 Millionen Franken, verglichen mit 3195 Millionen im Jahre 1963.

Besondere Probleme stellten sich den Banken im Sektor der Kreditgewährung an die öffentliche Hand. Namentlich die Kantonalbanken, bei denen sich die Kreditgesuche hauptsächlich für kommunale Bauvorhaben häuften, sahen sich einem starken Druck ausgesetzt. Auch ohne die Vorschriften über die Kreditbegrenzung wären die Institute mangels ausreichender Mittel nicht in der Lage gewesen, alle an sie gerichteten Begehren zu erfüllen. In einem anfangs September an die Banken gerichteten Rundschreiben ersuchte die Nationalbank die Kreditinstitute, vorab den Mittelbedarf für vordringliche Projekte zu befriedigen, wobei sie Richtlinien für eine Prioritätsordnung der öffentlichen Bauvorhaben aufstellte. Die Kontokorrentvorschüsse an öffentlich-rechtliche Körperschaften stiegen bei den 62 Banken um 406 Millionen Franken. Die Jahreswachstumsrate dieser Ausleihungen stellte sich Ende November auf 20,2%. Ende des gleichen Monats 1963 hatte sich die Vergleichsrate auf 26,1% belaufen.

An den *Aktienbörsen* zeigten die Kurse fallende Tendenz, die lediglich in den Monaten Juni und Juli sowie Ende Oktober durch vorübergehende Erholungen unterbrochen wurde. Angesichts der im allgemeinen weiterhin durchaus günstigen Beschäftigungslage der Unternehmungen stellten Finanzkreise Überlegungen über die Ursachen der rückläufigen Kursentwicklung an. Diese fiel um so mehr auf, als sie im Gegensatz zu dem anhaltend aufwärts gerichteten Kursverlauf an der New Yorker Börse stand, der sonst in früheren Jahren die Kursbewegung an den

Schweizer Börsen massgeblich beeinflusst hatte. Als Ursachen wurden bezeichnet: die Ernüchterung des Publikums nach der Wachstumseuphorie der vergangenen Jahre, die Hinwendung zu vermehrten Renditeüberlegungen, die zurückhaltende Dividendenpolitik der Unternehmungen und die konjunkturpolitischen Massnahmen. Ausschlaggebend dürften aber die starke Häufung von Anleihsen- und Aktienemissionen sowie der Anstieg der Zinssätze gewesen sein.

Der Aktienindex wich von 790 Punkten zu Beginn des Monats Januar auf 643 Punkte anfangs Juni, den tiefsten Stand des Jahres. Anschliessend trat eine Erholung ein, die bei teilweise lebhaften Umsätzen die Kurse anziehen liess, so dass der Index in der zweiten Hälfte Juli auf 718 Punkte stieg. Mit dem Wiederbeginn der Emissionstätigkeit nach der Sommerpause fielen die Kurse wieder bis nahe an das anfangs Juni erreichte Niveau zurück, auf dem sie bei leichten Fluktuationen alsdann im wesentlichen verharrten. Ende 1964 erreichte der Aktienindex den Stand von 656 Punkten und lag damit 127 Punkte oder 16,3% unter dem Niveau von Ende 1963.

BANKBEHÖRDEN UND PERSONAL

Die Zusammensetzung der *Bankbehörden* hat im Berichtsjahr folgende Änderungen erfahren: Anstelle des im Frühjahr 1963 verstorbenen Herrn Fritz Schnorf wählte die Generalversammlung zum Mitglied des Bankrates Herrn Dr. Hans Robert Schwarzenbach, vom Hause Robt. Schwarzenbach & Co. (Thalwil), Präsident des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, Horgen.

Der Bankrat traf seinerseits eine Ergänzungswahl in das Lokalkomitee Neuenburg, nachdem in diesem Gremium seit dem ebenfalls im vorletzten Frühjahr erfolgten Hinschied von Herrn Georges Madliger ein Mandat vakant geblieben war. Zum neuen Mitglied des Lokalkomitees Neuenburg wurde Herr Werner Wüthrich, Neuchâtel, Direktor der Cisag, Chimie des fermentations S. A. (Cressier), ernannt. Am 31. Dezember starb Herr Willy C. Forster, St. Gallen, der seit anfangs 1956 unserem dortigen Lokalkomitee als Mitglied angehört hatte. Bankbehörden und Direktorium werden dem Dahingegangenen ein ehrendes und dankbares Andenken bewahren.

Im *Direktionskörper* der Bank ist insofern eine Änderung eingetreten, als der Bankausschuss den Generalsekretär der Bank, Herrn Dr. Hans Rudolf Läng, zum Abteilungsdirektor beförderte. Der Genannte wird seine bisherigen Funktionen als Generalsekretär beibehalten.

Unter den übrigen im Laufe des Berichtsjahres eingetretenen personellen Mutationen ist der Wechsel in der Leitung der Agentur La Chaux-de-Fonds zu erwähnen. Als Nachfolger des altershalber zurückgetretenen Herrn René Zintgraff wurde vom Bankausschuss Herr Francis von Arx zum neuen Geschäftsführer dieser Agentur gewählt.

Der Personalbestand belief sich am 31. Dezember 1964 auf 417 (1963: 409) Beamte und Angestellte; darin waren 48 provisorische Angestellte inbegriffen.

JAHRESRECHNUNG



1. GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR 1964

2. JAHRESSCHLUSSBILANZ VOM 31. DEZEMBER 1964

GEWINN- UND

SOLL

Abgeschlossen auf

	Fr.
Verwaltungskosten	
Bankbehörden	Fr. 160 715. 25
Personal	Fr. 10 496 427. 55
Geschäfts- und Bureaukosten	Fr. 1 075 970. 80
Verschiedenes	Fr. 439 079. 40
	12 172 193. —
Zinsen für Bundesschatzanweisungen	7 913 660. 60
Zinsen an Deponenten	346 653. 21
Aufwendungen für Bankgebäude	1 133 856. 89
Abschreibungen auf Mobiliar	791 965. 23
Rückstellung für Banknotenherstellungskosten	10 000 000. —
Rückstellung für nicht versicherte Schadensfälle	1 000 000. —
Rückstellung für Umbauten in den Bankgebäuden	1 000 000. —
Rückstellung für Steuern	400 000. —
Zuwendung an die Pensionskasse	1 000 000. —
Reingewinn	6 843 248. 80
	42 601 577. 73

VERLUSTRECHNUNG

31. Dezember 1964

HABEN

	Fr.
Ertrag aus dem Verkehr mit Gold und Devisen	24 897 584. 99
Diskontoertrag und Inkassogebühren	2 033 026. 74
Ertrag des Lombardgeschäftes	936 130. 75
Ertrag der eigenen Wertschriften einschliesslich ausländische	
Schatzanweisungen in Schweizerfranken	12 366 597. 22
Zinsen von Inlandkorrespondenten	200 423. 09
Kommissionen	634 490. 04
Übrige Nutzposten	1 533 324. 90
	42 601 577. 73

JAHRESSCHLUSSBILANZ

AKTIVEN

	Fr.	
Kasse		
Gold im Inland und Ausland	Fr. 11 793 560 961. 15	
andere Kassenbestände	Fr. 8 321 043. 83	11 801 882 004. 98
Devisen		1 679 063 756. 20
Kursgesicherte Guthaben bei ausländischen Notenbanken		431 300 000. —
Inlandportefeuille		
Schweizerwechsel	Fr. 109 830 688. 91	
Schatzanweisungen des Bundes	Fr. 24 750 000. —	
Diskontierte Obligationen	Fr. 28 012 430. 90	162 593 119. 81
Lombardvorschüsse		77 654 286. 57
Ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken		432 000 000. —
Eigene Wertschriften		
deckungsfähige	Fr. 1 339 200. —	
andere	Fr. 63 976 801. —	65 316 001. —
Korrespondenten		
im Inland	Fr. 75 304 597. 52	
im Ausland	Fr. 17 018 371. 75	92 322 969. 27
Inkassowechsel		3 081 549. 67
Postcheckguthaben		5 308 219. 31
Diverse Debitoren		4 808 360. 30
Coupons		53 084. —
Bankgebäude		1 500 000. —
Mobiliar		1. —
Sonstige Aktiven		5 685 576. 40
Nicht einbezahltes Grundkapital		25 000 000. —
		14 787 568 928. 51

VOM 31. DEZEMBER 1964

PASSIVEN

	Fr.
Notenumlauf	9 721 756 245. —
Girorechnungen	
Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie Fr. 2 907 862 296. 32	
Girorechnungen von Banken mit vorübergehender zeitlicher Bindung	Fr. 1 035 000 000. —
Girorechnungen ausländischer Banken	<u>Fr. 25 608 759. 87</u>
Bundesverwaltungen	291 543 405. 11
Deponenten	21 175 229. 60
Zahlungs- und Clearingabkommen mit dem Ausland	24 463 550. 92
Verbindlichkeiten auf Zeit	433 150 000. —
Pflichtdepots gemäss Bundesbeschluss vom 13. März 1964	3 378 680. 50
Diverse Kreditoren	158 256 287. 01
Ausstehende Checks	563 346. 41
Sonstige Passiven	48 251 955. 22
Grundkapital	50 000 000. —
Reservefonds	31 000 000. —
Rückstellung für Banknotenherstellungskosten	14 656 811. 80
Rückstellung für nicht versicherte Schadensfälle	6 500 000. —
Rückstellung für Umbauten in den Bankgebäuden	5 922 374. 50
Rückstellung für Steuern	636 737. 45
Rückstellung für Zinsen auf Bundesschatzanweisungen	1 000 000. —
Reingewinn	6 843 248. 80
	14 787 568 928. 51

ERLÄUTERUNGEN ZUR JAHRESRECHNUNG

AKTIVEN DER BILANZ

KASSENVERKEHR

Kassenbestand am 31. Dezember 1963, einschliesslich Gold im Ausland	Fr. 18 443 493 637. 10
Eingang im Jahre 1964	Fr. 25 094 326 402. 45
Ausgang im Jahre 1964	Fr. 23 289 984 579. 57
Kassenumsatz	Fr. 48 384 310 982. 02
Überschuss der Einzahlungen	Fr. 1 804 341 822. 88
Kassenbestand am 31. Dezember 1964, einschliesslich Gold im Ausland	Fr. 20 247 835 459. 98
Der Kassenbestand vom 31. Dezember 1964 setzte sich wie folgt zusammen:	
Gold	Fr. 11 793 560 961. 15
Scheidemünzen	Fr. 8 311 043. 96
Verschiedenes	Fr. 9 999. 87
Total laut Bilanz	Fr. 11 801 882 004. 98
Dazu: eigene Noten in den Kassen der Bank	Fr. 8 445 953 455. —
Total	Fr. 20 247 835 459. 98

Das Gold ist mit Fr. 4 869. 80 pro Kilogramm Feingold verbucht, entsprechend dem für Goldbarren loco Bern geltenden Ankaufspreis.

DEISENVERKEHR

Bestand am 31. Dezember 1963	Fr. 1 083 293 222. 89
Eingang im Jahre 1964	Fr. 24 194 866 472. 15
	Fr. 25 278 159 695. 04
Ausgang im Jahre 1964	Fr. 23 599 095 938. 84
Bestand am 31. Dezember 1964	Fr. 1 679 063 756. 20

KURSGESICHERTE GUTHABEN BEI AUSLÄNDISCHEN NOTENBANKEN

Bestand am 31. Dezember 1963	Fr. —
Eingang im Jahre 1964	Fr. 431 300 000. —
Bestand am 31. Dezember 1964	Fr. 431 300 000. —

DISKONTOVERKEHR

Schweizerwechsel

Bestand am 31. Dezember 1963	718 Wechsel mit	Fr.	87 516 018. 45
Im Jahre 1964 wurden diskontiert	3 200 Wechsel mit	Fr.	475 328 178. 75
	3 918 Wechsel mit	Fr.	562 844 197. 20
Davon wurden 1964 eingelöst	3 205 Wechsel mit	Fr.	453 013 508. 29
Bestand am 31. Dezember 1964	713 Wechsel mit	Fr.	109 830 688. 91

Schatzanweisungen des Bundes

Bestand am 31. Dezember 1963	Fr.	35 000 000. —
Im Jahre 1964 wurden diskontiert:		
eingereicht vom Bund	Fr.	—
eingereicht vom Markt	Fr. 158 300 000.—	Fr. 158 300 000. —
		Fr. 193 300 000. —
Davon wurden 1964 eingelöst	Fr.	168 550 000. —
Bestand am 31. Dezember 1964	Fr.	24 750 000. —

Obligationen

Bestand am 31. Dezember 1963	Fr.	19 640 530. 15
Im Jahre 1964 wurden diskontiert	Fr.	73 810 384. 05
	Fr.	93 450 914. 20
Davon wurden 1964 eingelöst	Fr.	65 438 483. 30
Bestand am 31. Dezember 1964	Fr.	28 012 430. 90

LOMBARDVERKEHR

Bestand der Lombardvorschüsse am 31. Dezember 1963	Fr.	97 488 956. 91
Neue Vorschüsse im Jahre 1964	Fr.	643 978 260. 72
	Fr.	741 467 217. 63
Rückzahlungen im Jahre 1964	Fr.	663 812 931. 06
Bestand der Lombardvorschüsse am 31. Dezember 1964	Fr.	77 654 286. 57

Die Zahl der offenen Lombardrechnungen belief sich am 31. Dezember 1964 auf 173.

Von den Hinterlagen am 31. Dezember 1964 entfielen 76% auf eidgenössische Schuldverschreibungen und Schuldbuchforderungen, kantonale und kommunale Obligationen sowie auf Obligationen von Kantonalbanken im Sinne des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen.

VERKEHR IN AUSLÄNDISCHEN SCHATZANWEISUNGEN IN SCHWEIZERFRANKEN

Bestand am 31. Dezember 1963	Fr.	207 000 000. —
Eingang im Jahre 1964	Fr.	225 000 000. —
Bestand am 31. Dezember 1964	Fr.	<u>432 000 000. —</u>

VERKEHR IN EIGENEN WERTSCHRIFTEN

Bestand am 31. Dezember 1963	Fr.	51 712 001. —
Eingang im Jahre 1964	Fr.	17 257 884. —
	Fr.	68 969 885. —
Ausgang im Jahre 1964	Fr.	3 653 884. —
Bestand am 31. Dezember 1964	Fr.	<u>65 316 001. —</u>

VERKEHR MIT DEN KORRESPONDENTEN IM INLAND

Guthaben der Bank am 31. Dezember 1963	Fr.	61 537 590. 35
Im Jahre 1964 wurden der Bank von den Korrespondenten		
gutgeschrieben	Fr.	8 673 646 016. 88
belastet	Fr.	<u>8 659 879 009. 71</u>
Gesamtumsatz	Fr.	17 333 525 026. 59
Überschuss der Gutschriften	Fr.	<u>13 767 007. 17</u>
Guthaben der Bank am 31. Dezember 1964	Fr.	<u>75 304 597. 52</u>

Am 31. Dezember 1964 verfügte die Bank für den Inlandverkehr über ein Netz von Korrespondenten, das 363 Bank- und 179 Nebenplätze umfasst. Die Zahl der Korrespondentenmandate belief sich auf 460.

VERKEHR MIT DEN KORRESPONDENTEN IM AUSLAND

Bestand am 31. Dezember 1963	Fr.	9 391 896. 13
Eingang im Jahre 1964	Fr.	<u>4 300 601 101. 40</u>
	Fr.	4 309 992 997. 53
Ausgang im Jahre 1964	Fr.	<u>4 292 974 625. 78</u>
Bestand am 31. Dezember 1964	Fr.	<u>17 018 371. 75</u>

INKASSOVERKEHR

Den Bankstellen der Nationalbank sind im Berichtsjahr an Checks und Wechseln zum Inkasso eingereicht worden

auf Mitglieder der Abrechnungsstellen	24 384 Stück mit	Fr.	740 973 186. 20
auf andere Bezogene	<u>11 044 Stück mit</u>	Fr.	<u>156 214 416. 89</u>
Total	<u>35 428 Stück mit</u>	Fr.	<u>897 187 603. 09</u>

hievon wurden als Deckung für Rechnungen der

Korrespondenten in der Schweiz eingereicht	1 421 Stück mit	Fr.	73 126 819. 99
--	-----------------	-----	----------------

VERKEHR AUF POSTCHECKRECHNUNGEN

Postcheckguthaben am 31. Dezember 1963	Fr.	5 946 583. 60
--	-----	---------------

Im Jahre 1964 wurden unsern Postcheckrechnungen

gutgeschrieben	Fr. 33 713 086 332. 98
--------------------------	------------------------

belastet	<u>Fr. 33 713 724 697. 27</u>
--------------------	-------------------------------

Gesamtumsatz	Fr. 67 426 811 030. 25
------------------------	------------------------

Überschuss der Belastungen	Fr.	<u>638 364. 29</u>
--------------------------------------	-----	--------------------

Postcheckguthaben am 31. Dezember 1964	Fr.	<u>5 308 219. 31</u>
--	-----	----------------------

Der Überweisungsverkehr zwischen den Kunden der Nationalbank und den Inhabern von Postcheckrechnungen gestaltete sich im Berichtsjahr wie folgt:

18 796 Giroüberweisungen von der Nationalbank an die Post	Fr.	1 170 137 297. 14
---	-----	-------------------

32 288 Giroüberweisungen von der Post an die Nationalbank	Fr.	<u>18 069 318 735. 27</u>
---	-----	---------------------------

Total	Fr.	<u>19 239 456 032. 41</u>
-----------------	-----	---------------------------

Die Postcheckämter sind ermächtigt, gegen Postchecks Checks auf die Nationalbank zur Verrechnung auf Girokonto abzugeben.

Von 25 Postcheckämtern wurden im Berichtsjahr 2 244 Checks ausgestellt mit	Fr.	<u>171 150 773. 80</u>
--	-----	------------------------

BANKGEBÄUDE UND MOBILIAR

Bankgebäude

Der Buchwert der Gebäude der Bank betrug am 31. Dezember 1964 wie im Vorjahr Fr. 1 500 000. —

Die Feuerversicherungssumme stellte sich insgesamt auf Fr. 36 386 300. —.

Die Auslagen für Neueinrichtungen, Renovationen, Unterhalt, Beleuchtung, Heizung,

Bewachung, Reinigung beliefen sich auf Fr. 1 424 958. 99

Nach Verrechnung der vereinnahmten Mietzinse von Fr. 291 102. 10

verbleibt ein Überschuss der Aufwendungen von Fr. 1 133 856. 89

Mobiliar

Das Mobiliarkonto war am 31. Dezember 1963 belastet mit Fr. 1. —

Die Neuanschaffungen im Betrage von Fr. 791 965. 23

wurden vollständig abgeschrieben.

Der Buchwert am 31. Dezember 1964 beträgt somit wiederum Fr. 1. —

PASSIVEN DER BILANZ

AUSGABE UND DECKUNG DER BANKNOTEN (Vgl. Beilagen Nr. 1 und 2)

Der Notenumlauf der Nationalbank belief sich

am 31. Dezember 1963	auf	Fr. 9 035 424 715
am 31. Dezember 1964	auf	<u>Fr. 9 721 756 245</u>
Zunahme		<u>Fr. 686 331 530</u>

Der Notenumlauf betrug im Jahresdurchschnitt Fr. 8 638 571 330; er erreichte im Maximum (am 23. Dezember) Fr. 9 897 623 225 und im Minimum (am 15. Februar) Fr. 8 037 651 350.

Im Berichtsjahr sind insgesamt 30 232 450 Stück zurückgerufene oder beschädigte Banknoten im Nennwert von Fr. 1 749 600 000 zur Vernichtung ausgeschieden und durch neue Noten ersetzt worden.

Von den zurückgerufenen Noten der Nationalbank waren am 31. Dezember 1964 noch ausstehend:

Noten zu 1000 Franken mit dem Bild der Giesserei auf der Rückseite	Fr.	37 000 000
Noten zu 500 Franken mit dem Bild der Handstickerinnen auf der Rückseite ...	Fr.	11 145 000
Noten zu 100 Franken mit dem Bild des Mähers auf der Rückseite	Fr.	34 248 100
Noten zu 50 Franken mit dem Bild des Holzfällers auf der Rückseite	Fr.	10 000 050
Noten zu 20 Franken mit dem Pestalozzikopf auf der Vorderseite	Fr.	<u>8 733 980</u>
Zusammen	Fr.	<u>101 127 130</u>

Die Nationalbank ist verpflichtet, die erwähnten Noten zu 1000, 500, 100 und 50 Franken bis zum 30. September 1978, die Noten zu 20 Franken mit dem Pestalozzikopf bis zum 31. März 1976 zum Nennwert umzutauschen.

Deckung des Notenumlaufs am 31. Dezember 1964:

Gold		Fr. 11 793 560 961
Übrige deckungsfähige Aktiven		
Devisen	Fr.	1 679 063 756
Inlandportefeuille	Fr.	162 593 120
Lombardvorschüsse	Fr.	77 654 286
Wertschriften	Fr.	<u>1 339 200</u>
Gesamte Notendeckung		<u>Fr. 13 714 211 323</u>

Die Deckung des Notenumlaufs durch Gold allein betrug im Maximum 142,57% (15. Januar), im Minimum 117,93% (1. Dezember). Die Deckung des Notenumlaufs und der täglich fälligen Verbindlichkeiten durch Gold allein erreichte im Maximum 104,21% (7. März), im Minimum 90,77% (31. Dezember).

GIROVERKEHR (Vgl. Beilage Nr. 3)

Bestand der Giroguthaben am 31. Dezember 1963	Fr.	3 766 796 621. 66
Im Jahre 1964 wurden den Girorechnungen		
gutgeschrieben	Fr.	314 536 276 399. 26
belastet	Fr.	<u>314 334 601 964. 73</u>
Gesamtumsatz	Fr.	628 870 878 363. 99
Überschuss der Gutschriften	Fr.	<u>201 674 434. 53</u>
Bestand der Giroguthaben am 31. Dezember 1964.....	Fr.	<u>3 968 471 056. 19</u>

Vom Gesamtumsatz wurden 97,57% unter Vermeidung von Barzahlungen durch Umschreibung in den Büchern der Bank erledigt.

Vom Gesamtumsatz von	3 671 310 Posten mit	Fr.	628 870 878 363. 99
entfielen auf den Bankenclearingverkehr über die Giro-			
rechnungen bei der Nationalbank	3 051 672 Posten mit	Fr.	419 609 090 282. 14
davon wurden über die bei der Nationalbank geführten			
Bankenclearingkonti verrechnet	3 015 632 Posten mit	Fr.	113 897 842 810. 14

Der Bestand der Giroguthaben betrug im Maximum (am 15. Januar) Fr. 3 999 024 921.32, im Minimum (am 7. Oktober) Fr. 2 723 538 900. 68; er belief sich im Jahresdurchschnitt auf Fr. 3 126 451 150. —.

Die Zahl der Girorechnungen stellte sich am 31. Dezember 1964 auf 1 536.

VERKEHR MIT DEN BUNDESVERWALTUNGEN

Ein- und Auszahlungsverkehr

Bestand der Guthaben der Bundesverwaltungen am 31. Dezember 1963 . . .	Fr.	389 400 656. 45
Im Jahre 1964 wurden den Rechnungen der Bundesverwaltungen		
gutgeschrieben	Fr.	33 579 711 826. 88
belastet	Fr.	<u>33 677 569 078. 22</u>
Gesamtumsatz	Fr.	67 257 280 905. 10
Überschuss der Belastungen	Fr.	<u>97 857 251. 34</u>
Bestand der Guthaben der Bundesverwaltungen am 31. Dezember 1964 . . .	Fr.	<u>291 543 405. 11</u>
Vom Verkehr entfallen auf		
	Gutschriften	Belastungen
die Eidgenössische Staatskasse	Fr. 9 240 511 793. 62	Fr. 9 336 009 549. 56
die PTT-Verwaltung	Fr. 22 156 667 442. 58	Fr. 22 156 593 075. 90
die Schweizerischen Bundesbahnen	Fr. 1 935 437 928. 07	Fr. 1 936 167 345. 47
die übrigen Verwaltungen	Fr. 247 094 662. 61	Fr. 248 799 107. 29
Total	Fr. <u>33 579 711 826. 88</u>	Fr. <u>33 677 569 078. 22</u>

Verwaltung von Wertschriften

Die Schweizerische Nationalbank ist laut Art. 15, Absatz 1, des Bankgesetzes verpflichtet, die dem Bunde gehörenden und die unter seiner Verwaltung stehenden Wertschriften und Wertgegenstände unentgeltlich zur Aufbewahrung und Verwaltung zu übernehmen.

Bestand der verwalteten Wertschriften am 31. Dezember 1964	
für den Bund	Fr. 1 302 652 408. —
für die Schweizerischen Bundesbahnen	Fr. 357 000. —
Total	Fr. <u>1 303 009 408. —</u>

Eidgenössisches Schuldbuch

Gemäss Art. 10 des Bundesgesetzes vom 21. September 1939 über das eidgenössische Schuldbuch ist die Schweizerische Nationalbank mit der Führung des Schuldbuches betraut. Sie übt diese Obliegenheit im Namen und Auftrage des Bundes aus.

Am 31. Dezember 1963 waren im eidgenössischen Schuldbuch eingetragen:

1 051 Einzelforderungen mit Fr. 1 593 746 000. —

Zuwachs im Jahre 1964:

Zeichnungen von Schuldbuchforderungen bei einer Anleihsenmission Fr. 5 895 000. —

Fr. 1 599 641 000. —

Abgang im Jahre 1964:

Rückzahlungen Fr. 122 046 000. —

Am 31. Dezember 1964 waren somit im Schuldbuch eingetragen:

927 Einzelforderungen mit Fr. 1 477 595 000. —

Im Berichtsjahre wurden 117 Übertragungen von Schuldbuchforderungen auf

andere Gläubiger vorgenommen im Gesamtbetrage von Fr. 188 222 000. —

An Zinsen auf Schuldbuchforderungen wurden im Berichtsjahre vergütet in

1 915 Gutschriften Fr. 34 684 676. —

Das eidgenössische Schuldbuch wurde im Berichtsjahre für die Umwandlung bestehender Schuldverschreibungen in Schuldbuchforderungen nicht geöffnet.

Einlösung von Titeln und Coupons

Als Domizilstelle hat die Nationalbank im Berichtsjahr an rückzahlbaren Titeln und fälligen Coupons für den Bund und die Bundesbahnen eingelöst:

rückzahlbare Titel 8 495 Stück mit Fr. 15 675 000. —

Coupons 259 057 Stück mit Fr. 12 550 742. —

Total 267 552 Stück mit Fr. 28 225 742. —

VERKEHR MIT DEPONENTEN

Bestand der Guthaben der Deponenten am 31. Dezember 1963 Fr. 27 358 158. 39

Im Jahre 1964 wurden den Depotrechnungen

gutgeschrieben Fr. 378 193 281. 13

belastet Fr. 384 376 209. 92

Gesamtumsatz Fr. 762 569 491. 05

Überschuss der Belastungen Fr. 6 182 928. 79

Bestand der Guthaben der Deponenten am 31. Dezember 1964 Fr. 21 175 229. 60

ZAHLUNGSVERKEHR MIT DEM AUSLAND
AUF GRUND VON ZAHLUNGS- UND CLEARINGABKOMMEN

Die Rechnungen, die der Durchführung des gebundenen Zahlungsverkehrs dienen, wiesen am 31. Dezember 1963 Guthaben Dritter auf im Betrage von Fr. 39 254 195. 45

Im Jahre 1964 wurden diesen Rechnungen

gutgeschrieben	Fr. 1 084 254 562. 67
belastet	Fr. 1 099 045 207. 20
Gesamtumsatz	Fr. 2 183 299 769. 87

Überschuss der Belastungen Fr. 14 790 644. 53

Bestand der Guthaben am 31. Dezember 1964 Fr. 24 463 550. 92

VERBINDLICHKEITEN AUF ZEIT

Bestand am 31. Dezember 1963 Fr. 357 250 000. —

Zu Beginn des Jahres 1964 wurden zu Lasten von Girorechnungen der Banken auf dieses Konto übertragen Fr. 42 750 000. —

Fr. 400 000 000. —

Am 4. August 1964 wurden zu Lasten von Girorechnungen der Banken auf dieses Konto übertragen Fr. 225 000 000. —

Fr. 625 000 000. —

Zur Rückgabe von solchen Zeitgeldern an Banken über Jahresende wurden am 29. und 31. Dezember 1964 dem Konto belastet Fr. 191 850 000. —

Bestand am 31. Dezember 1964 Fr. 433 150 000. —

Die Verbindlichkeiten auf Zeit rühren von der am 1. Oktober 1960 und 4. August 1964 erfolgten Plazierung von Schatzanweisungen bei den Banken zur Bindung überschüssiger Marktmittel her.

PFLICHTDEPOTS GEMÄSS BUNDESBESCHLUSS VOM 13. MÄRZ 1964

Bestand am 31. Dezember 1963 Fr. —

Im Jahre 1964 wurden diesem Konto

gutgeschrieben	Fr. 27 763 273. —
	<u>Fr. 27 763 273. —</u>
belastet	Fr. 24 384 592. 50

Bestand am 31. Dezember 1964 Fr. 3 378 680. 50

AUSGESTELLTE CHECKS

Am 31. Dezember 1963 waren an Ziehungen auf die Bank ausstehend	134 Checks mit	Fr.	1 605 906. 09
Im Jahre 1964 beliefen sich die von den eigenen Bankstellen und den Kunden ausgestellten Checks, die nicht über Girokonto verrechnet wurden, auf	8 043 Checks mit	Fr.	502 935 542. 10
	8 177 Checks mit	Fr.	504 541 448. 19
Im Jahre 1964 sind eingelöst worden	8 016 Checks mit	Fr.	503 978 101. 78
Am 31. Dezember 1964 waren ausstehend	161 Checks mit	Fr.	563 346. 41

EIGENE GELDER

Grundkapital

Das Grundkapital beträgt unverändert Fr. 50 000 000. —, eingeteilt in 100 000 Aktien von je Fr. 500. —, auf welche 50 % = Fr. 250. — einbezahlt sind.

Im Laufe des Berichtsjahres hat der Bankausschuss die Übertragung von 1 380 Aktien auf neue Eigentümer genehmigt.

Nach den Eintragungen im Aktienregister war das Aktienkapital am 31. Dezember 1964 wie folgt verteilt:

2 137 Privataktionäre mit je	1	Aktie
1 378 Privataktionäre mit je	2	Aktien
1 233 Privataktionäre mit je	3—	5 Aktien
626 Privataktionäre mit je	6—	10 Aktien
352 Privataktionäre mit je	11—	25 Aktien
166 Privataktionäre mit je	26—	50 Aktien
52 Privataktionäre mit je	51—	100 Aktien
22 Privataktionäre mit je	101—	200 Aktien
13 Privataktionäre mit je	über	200 Aktien
<u>5 979 Privataktionäre mit zusammen</u>	<u>41 807</u>	<u>Aktien</u>
24 Kantone und Halbkantone mit zusammen	38 774	Aktien
28 Kantonalbanken mit zusammen	16 895	Aktien
50 andere öffentlich-rechtliche Körperschaften und Anstalten mit zusammen . . .	2 524	Aktien
<u>6 081 Aktionäre mit zusammen</u>	<u>100 000</u>	<u>Aktien</u>

Vom gesamten Aktienkapital sind demnach 58,19 % im Besitz von Kantonen, Kantonalbanken sowie anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten und 41,81 % im Besitz von Privataktionären.

Reservefonds

Laut Beschluss der Generalversammlung vom 21. März 1964 erreicht der Reservefonds	Fr. 31 000 000. —
Nach Verbuchung der Zuweisung von	Fr. 1 000 000. —
aus dem Reingewinn des Jahres 1964 wird sich der Reservefonds erhöhen auf	Fr. 32 000 000. —

RÜCKSTELLUNG FÜR BANKNOTENANFERTIGUNGSKOSTEN

Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1963	Fr. 12 853 692. 55
Ihr wurden zur Bezahlung der Kosten für die Banknotenherstellung entnommen ..	Fr. 8 196 880. 75
Saldo	Fr. 4 656 811. 80
Die Rückstellung wurde zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung um	Fr. 10 000 000. —
erhöht auf	Fr. 14 656 811. 80

RÜCKSTELLUNG FÜR NICHT VERSICHERTE SCHADENSFÄLLE

Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1963	Fr. 5 500 000. —
Die Rückstellung wurde zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung um	Fr. 1 000 000. —
erhöht auf	Fr. 6 500 000. —

RÜCKSTELLUNG FÜR UMBAUTEN IN DEN BANKGEBÄUDEN

Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1963	Fr. 6 204 991. —
Ihr wurden zur Deckung von Umbaukosten im Bankgebäude in Bern entnommen ...	Fr. 1 282 616. 50
Saldo	Fr. 4 922 374. 50
Die Rückstellung wurde zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung um	Fr. 1 000 000. —
erhöht auf	Fr. 5 922 374. 50

RÜCKSTELLUNG FÜR STEUERN

Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1963	Fr. 570 749. 15
Ihr wurden zur Bezahlung der Wehrsteuer entnommen	Fr. 334 011. 70
Saldo	Fr. 236 737. 45
Die Rückstellung wurde zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung um	Fr. 400 000. —
erhöht auf	Fr. 636 737. 45

GEWINNVERTEILUNG

Gemäss Art. 27 des Nationalbankgesetzes vom 23. Dezember 1953 ist von dem durch die Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Reingewinn zunächst dem Reservefonds ein Betrag zuzuweisen, der 2% des Grundkapitals, d. h. 1 Million Franken nicht übersteigen darf.

Sodann kann eine Dividende bis zu 6% des einbezahlten Grundkapitals ausgerichtet werden, was einen Betrag von höchstens Fr. 1 500 000. — erfordert.

Der verbleibende Rest ist der eidgenössischen Staatskasse zur Ausrichtung einer Entschädigung an die Kantone bis zu 80 Rappen je Kopf der Bevölkerung zu überweisen. Der auf dieser Grundlage berechnete Aufwand würde sich per 31. Dezember 1964 auf Fr. 4 343 248. 80 belaufen.

ANTRÄGE

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beehren wir uns, folgende Anträge zu stellen:

1. Es wird der vorliegende Geschäftsbericht samt Gewinn- und Verlustrechnung und Schlussbilanz auf 31. Dezember 1964 genehmigt.
2. Es wird der Verwaltung Entlastung erteilt.
3. Der durch die Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Reingewinn von Fr. 6 843 248. 80 ist wie folgt zu verwenden:

Einlage in den Reservefonds	Fr. 1 000 000. —
Ausrichtung einer Dividende von 6%	Fr. 1 500 000. —
Ablieferung an die eidgenössische Staatskasse	Fr. 4 343 248. 80
	<hr/>
	Fr. 6 843 248. 80

Am Schluss unserer Berichterstattung über das abgelaufene Geschäftsjahr ist es uns ein aufrichtiges Anliegen, Herrn Bundesrat R. Bonvin, Vorsteher des Eidg. Finanz- und Zolldepartements, für sein grosses Verständnis und seine der Nationalbank auch im zurückliegenden Jahr gewährte wertvolle Unterstützung den verbindlichen Dank abzustatten. Wir nehmen sodann gerne die Gelegenheit wahr, unsern Korrespondenten und Berichterstattern aus Bank- und Wirtschaftskreisen für ihre geschätzte Mitarbeit sowie unsern Beamten und Angestellten für ihre treue Pflichterfüllung zu danken.

Zürich, den 20. Januar 1965.

Namens des Direktoriums
der Schweizerischen Nationalbank

Der Präsident: *Schwegler*

Der Generalsekretär: *Läng*

DER BANKAUSSCHUSS
DER SCHWEIZERISCHEN NATIONALBANK

hat in seiner Sitzung vom 4. Februar 1965 den vorstehenden Geschäftsbericht über das Jahr 1964 zur Kenntnis genommen und ihm die Genehmigung erteilt. Gemäss Art. 43, Absatz 1, Ziffer 4, und Art. 49, Absatz 1, des Nationalbankgesetzes wird der Bericht mit den nachstehenden Anträgen dem Bankrate überwiesen.

Der Bankausschuss

BEANTRAGT

der Bankrat möge beschliessen:

1. Der Geschäftsbericht für das Jahr 1964 mit Gewinn- und Verlustrechnung und Schlussbilanz vom 31. Dezember 1964 wird zur Vorlage an den Bundesrat und an die Generalversammlung der Aktionäre genehmigt.
2. Die auf Seite 52 des Berichtes formulierten Anträge werden vom Bankrat der Generalversammlung unterbreitet.

Bern, den 4. Februar 1965.

Im Namen des Bankausschusses
der Schweizerischen Nationalbank,

Der Präsident des Bankrates: *Dr. B. Galli*

Der Protokollführer: *Flückiger*

BERICHT DER REVISIONSKOMMISSION
AN DIE GENERALVERSAMMLUNG DER AKTIONÄRE
DER SCHWEIZERISCHEN NATIONALBANK

Hochgeehrter Herr Präsident,
Hochgeehrte Herren Aktionäre,

Die von Ihnen bestellte Revisionskommission führte im Laufe des vergangenen Jahres bei allen Zweiganstalten sowie bei den Agenturen Biel, La Chaux-de-Fonds und Winterthur Revisionen durch. Sie hat auch die Hauptbuchhaltung sowie die Bestände an den Sitzen Zürich und Bern einer Prüfung unterzogen.

Die Kommission hat alles in bester Ordnung befunden und erklärt, dass die Gewinn- und Verlustrechnung und die Schlussbilanz vom 31. Dezember 1964, wie sie Ihnen vorgelegt werden, mit den Saldi der im Generalhauptbuch der Bank geführten Konti übereinstimmen. Sie stellt mit Befriedigung fest, dass sowohl die Hauptbuchhaltung als auch die Buchhaltungen der Sitze, Zweiganstalten und eigenen Agenturen übersichtlich geführt sind und dass in allen Dienstzweigen gute Ordnung herrscht.

Wir beantragen Ihnen, hochgeehrter Herr Präsident, hochgeehrte Herren Aktionäre, die vorgelegte Gewinn- und Verlustrechnung und die Bilanz vom 31. Dezember 1964 mit dem ausgewiesenen Reingewinn von Fr. 6 843 248.80 zu genehmigen und die Ihnen vom Bankrate vorgeschlagene Verteilung des Reingewinnes gutzuheissen.

Bern, den 19. Februar 1965.

Mit Hochachtung,
Die Revisionskommission :
E. Gsell
N. Senn
A. von der Weid

DER SCHWEIZERISCHE BUNDESRAT

in Ausführung des Art. 63, Ziffer 2, lit. i, des Bundesgesetzes vom 23. Dezember 1953 über die Schweizerische Nationalbank;

nach erfolgter Kenntnisnahme von dem im Art. 51, Absatz 2, des genannten Gesetzes vorgesehenen Bericht der Revisionskommission vom 19. Februar 1965;

auf Antrag des Eidg. Finanz- und Zolldepartements,

BESCHLIESST:

Dem Geschäftsbericht und der Jahresrechnung der Schweizerischen Nationalbank für das Jahr 1964 wird die gesetzlich vorgesehene Genehmigung erteilt.

Bern, den 26. Februar 1965.

Im Namen
des Schweizerischen Bundesrates,

Der Bundespräsident: *Tschudi*

Der Kanzler: *Ch. Oser*

AN DIE GENERALVERSAMMLUNG DER AKTIONÄRE DER SCHWEIZERISCHEN NATIONALBANK

Hochgeehrte Herren Aktionäre,

Der Bankrat der Schweizerischen Nationalbank hat in seiner Sitzung vom 19. Februar 1965 auf Antrag des Bankausschusses den vom Direktorium vorgelegten Geschäftsbericht über die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1964 zur Vorlage an den Bundesrat und die Generalversammlung der Aktionäre genehmigt.

Nachdem auch die Revisionskommission ihren in Art. 51, Absatz 2, des Bankgesetzes vorgesehenen Bericht am 19. Februar 1965 erstattet hat und die in Art. 25, Absatz 3, vorgesehene Genehmigung durch den Bundesrat am 26. Februar 1965 erfolgt ist, beehren wir uns, Ihnen den siebenundfünfzigsten Geschäftsbericht zu unterbreiten und Ihnen die Abnahme der Rechnung wie auch die Beschlussfassung über die Verwendung des Reingewinnes im Sinne der auf Seite 52 aufgeführten Anträge zu empfehlen.

Bern, den 1. März 1965.

Mit Hochachtung,

Im Namen des Bankrates

der Schweizerischen Nationalbank,

Der Präsident des Bankrates: *Dr. B. Galli*

Ein Mitglied des Direktoriums: *R. Motta*

VERZEICHNIS DER BEILAGEN

- Nr. 1 Zusammenstellung der veröffentlichten Ausweise.
- Nr. 2 Gliederung des Notenumlaufs nach Abschnitten.
- Nr. 3 Giroverkehr.
- Nr. 4 Geschäftsverkehr der einzelnen Bankstellen.
- Nr. 5 Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank:
Tabelle I: Bestände am Jahresende.
Tabelle II: Jahresdurchschnitte.
Tabelle III: Umsätze.
Tabelle IV: Geschäftsergebnisse.
- Nr. 6 Graphische Darstellung:
Schweizerische Nationalbank 1959—1964.
- Nr. 7 Diskontosatz und Lombardzinsfuß seit Eröffnung der Bank.
- Nr. 8 Abrechnungsverkehr:
Verkehr der schweizerischen Abrechnungsstellen (Kol. 2—10).
Wertschriften-Clearing für Kassageschäfte auf den Plätzen Basel und Zürich
(Kol. 11 und 12).
- Nr. 9 Verzeichnis der Mitglieder der Bankbehörden und der Bankorgane.

1964	Aktiven												Sonstige Aktiven
	Goldbestand	Devisen	Kurs-gesicherte Guthaben bei ausländischen Noten-banken	Inlandportefeuille			Lom-bard-vor-schüsse	Aus-ländische Schatzan-weisungen in sFr.	Wertschriften		Korrespondenten		
				Wechsel	Schatzan-weisungen des Bundes	Total			Total	davon deckungs-fähige	im Inland	im Ausland	
In 1000 Franken													
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Jan. 7.	11 880 283	1 070 852	—	106 276	22 000	128 276	72 328	207 000	51 712	327	842	18 237	31 233
15.	11 787 251	1 107 693	—	103 042	—	103 042	26 633	207 000	51 712	327	14 417	15 957	29 877
23.	11 155 622	996 047	—	88 034	—	88 034	18 576	207 000	53 518	327	5 938	10 388	24 366
31.	11 032 339	951 056	—	85 402	—	85 402	14 563	207 000	53 518	329	16 725	11 119	32 315
Febr. 7.	11 039 668	928 507	—	89 108	—	89 108	10 603	207 000	53 518	329	5 209	10 040	32 126
15.	11 039 668	913 462	—	78 877	—	78 877	9 831	207 000	53 518	329	8 846	10 138	32 833
22.	11 039 668	882 124	—	79 041	—	79 041	9 725	207 000	55 338	329	7 916	10 316	30 161
29.	11 039 668	857 082	—	78 604	—	78 604	12 805	207 000	55 338	329	17 037	10 606	34 011
März 7.	11 024 224	856 726	—	78 803	—	78 803	15 100	207 000	55 338	329	8 255	10 356	32 721
14.	11 024 224	855 471	—	78 294	—	78 294	13 948	207 000	55 338	642	15 917	13 963	32 474
23.	11 002 668	854 342	—	80 673	—	80 673	18 696	207 000	57 125	642	11 069	13 528	30 872
31.	11 002 668	855 396	—	82 233	128 000	210 233	40 887	207 000	57 125	642	21 809	9 608	34 681
April 7.	10 983 240	856 963	—	81 147	68 000	149 147	29 115	207 000	57 125	642	8 251	22 584	32 206
15.	10 945 559	857 721	—	81 549	—	81 549	20 358	207 000	57 124	1 296	8 933	30 277	31 277
23.	10 923 961	909 623	—	82 529	—	82 529	18 844	207 000	57 124	1 296	22 056	11 422	33 041
30.	10 923 961	1 193 968	—	79 452	—	79 452	21 050	207 000	57 446	983	30 379	10 288	33 783
Mai 6.	10 930 469	1 165 800	—	79 831	—	79 831	28 832	207 000	57 446	983	13 278	12 487	35 772
15.	10 930 469	1 229 033	—	77 053	—	77 053	24 375	207 000	57 446	983	21 507	21 566	34 202
23.	10 930 469	1 167 930	—	74 813	—	74 813	25 684	207 000	57 446	983	26 221	11 398	37 574
30.	10 930 469	1 139 633	—	78 130	—	78 130	34 873	207 000	57 446	983	19 444	10 092	37 839
Juni 6.	10 936 095	1 274 790	—	82 185	—	82 185	37 413	207 000	57 446	983	12 212	12 548	36 458
15.	10 936 095	1 496 215	—	83 151	—	83 151	27 751	207 000	59 041	983	18 374	10 044	33 447
23.	11 177 823	1 438 800	—	86 751	—	86 751	28 035	207 000	59 041	983	28 173	40 333	35 690
30.	11 247 430	1 489 749	—	89 390	—	89 390	46 043	207 000	59 041	983	33 852	24 683	40 889
Juli 7.	11 148 055	1 474 453	—	88 507	—	88 507	39 848	207 000	59 041	983	23 441	62 176	42 269
15.	11 113 062	1 475 175	—	87 043	—	87 043	35 009	207 000	59 041	983	30 276	38 490	43 553
23.	11 113 062	1 473 654	—	83 133	—	83 133	31 468	207 000	59 041	983	26 424	41 354	45 502
31.	11 078 533	1 472 835	—	80 633	—	80 633	33 722	207 000	59 041	983	25 327	31 164	49 045
Aug. 7.	10 983 142	1 294 348	—	78 970	—	78 970	31 647	432 000	59 041	983	3 914	34 436	46 486
14.	10 983 142	1 311 987	—	76 474	—	76 474	23 372	432 000	59 041	983	13 386	24 708	45 313
21.	10 983 142	1 312 144	—	77 220	—	77 220	19 933	432 000	59 041	983	5 744	14 378	46 568
31.	10 948 619	1 309 296	—	73 881	750	74 631	19 663	432 000	59 041	983	17 250	31 139	50 108
Sept. 7.	10 955 523	1 309 286	—	75 335	750	76 085	22 585	432 000	59 041	983	14 665	16 232	48 360
15.	10 955 523	1 309 200	—	75 504	750	76 254	20 475	432 000	59 041	983	30 821	44 811	47 604
23.	10 955 523	1 310 545	—	76 784	750	77 534	19 603	432 000	59 784	983	22 671	33 617	47 396
30.	10 955 523	1 311 746	—	180 559	750	181 309	28 501	432 000	59 784	983	35 099	57 114	46 754
Okt. 7.	10 955 523	1 307 928	—	80 493	500	80 993	32 001	432 000	59 784	983	14 912	20 714	49 023
15.	10 955 523	1 305 412	—	80 720	1 000	81 720	25 638	432 000	59 784	983	20 713	27 356	49 221
23.	10 955 523	1 302 966	—	78 155	1 000	79 155	27 373	432 000	59 784	983	17 108	32 167	50 999
30.	10 955 523	1 302 018	—	80 459	1 000	81 459	41 661	432 000	59 784	983	28 737	24 599	52 301
Nov. 6.	10 955 523	1 302 508	—	79 661	—	79 661	49 750	432 000	59 784	983	13 451	23 017	53 512
13.	10 955 523	1 403 380	—	77 936	—	77 936	33 183	432 000	59 784	983	17 253	22 736	58 075
23.	10 955 523	1 581 493	—	81 622	—	81 622	19 276	432 000	59 784	859	10 260	26 472	59 017
30.	10 955 523	1 894 125	—	81 669	750	82 419	31 214	432 000	63 550	859	23 018	20 909	56 106
Dez. 7.	11 387 561	1 412 534	345 000	83 864	—	83 864	38 440	432 000	63 550	859	20 505	26 698	53 077
15.	11 543 748	1 344 413	345 000	109 553	—	109 553	45 334	432 000	65 316	1 339	42 580	29 752	53 486
23.	11 695 089	1 607 412	345 000	133 123	—	133 123	59 605	432 000	65 316	1 339	49 666	19 725	51 106
31.	11 793 561	1 679 064	431 300	137 843	24 750	162 593	77 654	432 000	65 316	1 339	75 305	17 018	28 758

VERÖFFENTLICHTEN AUSWEISE

Passiven										Deckung	
Eigene Gelder	Notenumlauf	Täglich fällige Verbindlichkeiten			Girorechnungen von Banken mit vorübergehender zeitlicher Bindung	Verbindlichkeiten auf Zeit	Pflichtdepots gemäss Bundesbeschluss vom 13. März 1964	Sonstige Passiven	Bilanzsumme	des Notenumlaufs	des Notenumlaufs und der täglich fälligen Verbindlichkeiten
		Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie	Übrige täglich fällige Verbindlichkeiten	Total							
In 1000 Franken											
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26
55 000	8 605 923	2 511 837	627 636	3 139 473	1 035 000	400 000	—	225 367	13 460 763	138.05	101.15
55 000	8 267 923	2 927 610	445 081	3 372 691	1 035 000	400 000	—	212 968	13 343 582	142.57	101.26
55 000	8 248 273	2 268 808	336 382	2 605 190	1 035 000	400 000	—	216 026	12 559 489	135.25	102.78
55 000	8 354 806	1 965 554	374 928	2 340 482	1 035 000	400 000	—	218 749	12 404 037	132.05	103.15
55 000	8 178 791	2 048 152	439 677	2 487 829	1 035 000	400 000	—	219 159	12 375 779	134.98	103.50
55 000	8 037 651	2 238 653	367 632	2 606 285	1 035 000	400 000	—	220 237	12 354 173	137.35	103.72
55 000	8 110 010	2 233 931	267 135	2 501 066	1 035 000	400 000	—	220 213	12 321 289	136.12	104.04
55 000	8 456 868	1 920 946	224 135	2 145 081	1 035 000	400 000	—	220 202	12 312 151	130.54	104.13
55 000	8 291 268	1 956 901	330 189	2 287 090	1 035 000	400 000	—	220 165	12 288 523	132.96	104.21
55 000	8 214 679	2 113 164	258 083	2 371 247	1 035 000	400 000	—	220 703	12 296 629	134.20	104.14
56 000	8 400 967	1 963 242	206 874	2 170 116	1 035 000	400 000	—	213 890	12 275 973	130.97	104.08
56 000	8 682 017	1 769 451	277 036	2 046 487	1 035 000	400 000	—	219 903	12 439 407	126.73	102.56
56 000	8 425 002	1 665 386	521 785	2 187 171	1 035 000	400 000	—	242 458	12 345 631	130.36	103.50
56 000	8 318 042	1 936 570	251 623	2 188 193	1 035 000	400 000	—	242 563	12 239 798	131.59	104.18
56 000	8 455 649	1 930 052	166 904	2 096 956	1 035 000	400 000	—	221 994	12 265 600	129.19	103.52
56 000	8 674 142	1 953 543	215 034	2 168 577	1 035 000	400 000	—	223 609	12 557 327	125.94	100.75
56 000	8 537 422	1 865 471	409 433	2 274 904	1 035 000	400 000	—	227 589	12 530 915	128.03	101.09
56 000	8 416 871	2 088 830	379 477	2 468 307	1 035 000	400 000	—	226 473	12 602 651	129.86	100.42
56 000	8 486 695	1 955 469	373 518	2 328 987	1 035 000	400 000	5 584	226 270	12 538 536	128.80	101.06
56 000	8 737 828	1 692 459	359 441	2 051 900	1 035 000	400 000	6 372	227 826	12 514 926	125.09	101.30
56 000	8 511 753	1 885 615	534 857	2 420 472	1 035 000	400 000	6 043	226 879	12 656 147	128.48	100.03
56 000	8 430 704	2 350 638	364 039	2 714 677	1 035 000	400 000	7 822	226 915	12 871 118	129.72	98.12
56 000	8 496 733	2 536 359	340 950	2 877 309	1 035 000	400 000	8 456	228 148	13 101 646	131.55	98.28
56 000	8 823 254	2 369 874	315 767	2 685 641	1 035 000	400 000	8 730	229 452	13 238 077	127.47	97.73
56 000	8 658 732	2 207 356	541 380	2 748 736	1 035 000	400 000	8 845	237 476	13 144 789	128.75	97.73
56 000	8 604 288	2 298 400	449 415	2 747 815	1 035 000	400 000	6 288	239 258	13 088 649	129.16	97.89
56 000	8 768 477	2 178 544	396 145	2 574 689	1 035 000	400 000	5 056	241 416	13 080 638	126.74	97.97
56 000	8 847 855	2 037 979	411 271	2 449 250	1 035 000	400 000	4 468	244 727	13 037 300	125.21	98.07
56 000	8 674 949	1 818 607	509 791	2 328 398	1 035 000	625 000	3 183	241 454	12 963 984	126.61	99.82
56 000	8 569 600	1 917 511	518 296	2 435 807	1 035 000	625 000	5 118	242 898	12 969 423	128.16	99.80
56 000	8 638 809	1 881 324	464 012	2 345 336	1 035 000	625 000	5 383	244 642	12 950 170	127.14	99.99
56 000	8 889 439	1 733 943	420 676	2 154 619	1 035 000	555 000	5 383	246 306	12 941 747	123.16	99.14
56 000	8 715 383	1 726 486	520 128	2 246 614	1 035 000	625 000	5 182	250 598	12 933 777	125.70	99.94
56 000	8 609 094	1 940 498	454 880	2 395 378	1 035 000	625 000	7 613	247 645	12 975 729	127.26	99.55
56 000	8 718 239	1 954 615	383 350	2 337 965	1 035 000	555 000	7 777	248 692	12 958 673	125.66	99.09
56 000	8 973 219	2 081 269	250 995	2 332 264	1 035 000	455 000	7 777	248 570	13 107 830	122.09	96.90
56 000	8 791 258	1 660 833	526 659	2 187 492	1 035 000	625 000	7 777	250 352	12 952 879	124.62	99.79
56 000	8 639 918	1 943 371	399 711	2 343 082	1 035 000	625 000	3 690	254 677	12 957 367	126.80	99.75
56 000	8 850 544	1 915 844	214 292	2 130 136	1 035 000	625 000	3 434	256 960	12 957 074	123.78	99.77
56 000	9 020 651	1 742 584	238 988	1 981 572	1 035 000	625 000	3 344	256 515	12 978 082	121.45	99.58
56 000	8 845 642	1 765 362	381 397	2 146 759	1 035 000	625 000	3 302	257 502	12 969 206	123.85	99.66
56 000	8 776 363	2 007 195	299 065	2 306 260	1 035 000	625 000	2 238	259 009	13 059 870	124.83	98.85
56 000	8 876 132	2 164 732	205 142	2 369 874	1 035 000	625 000	2 440	261 001	13 225 447	123.43	97.42
56 000	9 288 858	2 076 513	215 600	2 292 113	1 035 000	625 000	2 440	259 453	13 558 864	117.94	94.60
56 000	9 247 365	2 053 838	578 971	2 632 809	1 035 000	625 000	1 821	265 234	13 863 229	123.14	95.85
56 000	9 438 895	2 322 719	257 266	2 579 985	1 035 000	625 000	3 361	272 941	14 011 182	122.30	96.05
56 000	9 897 623	2 357 491	216 186	2 573 677	1 035 000	625 000	3 379	267 363	14 458 042	118.16	93.47
56 000	9 721 756	2 907 862	362 791	3 270 653	1 035 000	433 150	3 379	242 631	14 762 569	121.31	90.77

GLIEDERUNG DES NOTENUMLAUFS NACH ABSCHNITTEN

1964	Abschnitte zu Franken								Total	Abschnitte zu Franken							
	1000	500	100	50	20	10	5	1000		500	100	50	20	10	5		
	In Millionen Franken									Prozentuale Verteilung							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16		
Januar	7.	2 591,5	982,5	3 740,0	598,9	472,3	209,7	11,0	8 605,9	30.11	11.42	43.46	6.96	5.49	2.43	0.13	
	15.	2 518,0	934,9	3 554,8	583,3	461,1	204,8	11,0	8 267,9	30.46	11.31	42.99	7.05	5.58	2.48	0.13	
	23.	2 498,7	957,4	3 556,5	570,6	452,2	201,9	11,0	8 248,3	30.29	11.61	43.12	6.92	5.48	2.45	0.13	
	31.	2 507,8	965,0	3 642,5	573,5	452,8	202,2	11,0	8 354,8	30.02	11.55	43.60	6.86	5.42	2.42	0.13	
Februar	7.	2 466,9	918,7	3 555,0	573,7	452,2	201,3	11,0	8 178,8	30.16	11.23	43.47	7.02	5.53	2.46	0.13	
	15.	2 433,0	899,8	3 477,2	568,9	448,5	199,3	11,0	8 037,7	30.27	11.19	43.26	7.08	5.58	2.48	0.14	
	22.	2 433,4	925,7	3 526,8	567,8	446,7	198,6	11,0	8 110,0	30.01	11.41	43.49	7.00	5.51	2.45	0.13	
	29.	2 471,4	980,7	3 758,5	580,9	453,4	201,1	10,9	8 456,9	29.22	11.60	44.44	6.87	5.36	2.38	0.13	
März	7.	2 436,2	933,8	3 666,7	583,7	457,6	202,4	10,9	8 291,3	29.38	11.26	44.23	7.04	5.52	2.44	0.13	
	14.	2 434,3	920,7	3 605,5	584,0	457,5	201,8	10,9	8 214,7	29.63	11.21	43.89	7.11	5.57	2.46	0.13	
	23.	2 487,1	962,5	3 695,7	585,8	456,9	202,1	10,9	8 401,0	29.60	11.46	43.99	6.97	5.44	2.41	0.13	
	31.	2 510,3	1010,4	3 884,1	597,0	464,2	205,1	10,9	8 682,0	28.91	11.64	44.74	6.88	5.35	2.36	0.12	
April	7.	2 460,2	948,6	3 747,6	591,1	461,8	204,8	10,9	8 425,0	29.20	11.26	44.48	7.02	5.48	2.43	0.13	
	15.	2 449,9	931,5	3 685,6	581,9	455,6	202,6	10,9	8 318,0	29.45	11.20	44.31	6.99	5.48	2.44	0.13	
	23.	2 451,6	970,2	3 778,9	583,9	456,8	203,4	10,8	8 455,6	28.99	11.47	44.69	6.91	5.40	2.41	0.13	
	30.	2 479,0	997,6	3 925,9	592,3	462,6	205,9	10,8	8 674,1	28.58	11.50	45.26	6.83	5.33	2.37	0.13	
Mai	6.	2 447,9	958,5	3 855,4	592,7	464,8	207,3	10,8	8 537,4	28.67	11.23	45.16	6.94	5.44	2.43	0.13	
	15.	2 439,6	937,8	3 773,9	585,3	462,2	207,3	10,8	8 416,9	28.99	11.14	44.84	6.95	5.49	2.46	0.13	
	23.	2 427,4	976,8	3 819,7	583,7	461,0	207,3	10,8	8 486,7	28.60	11.51	45.01	6.88	5.43	2.44	0.13	
	30.	2 450,4	1016,5	3 985,9	595,5	468,1	210,6	10,8	8 737,8	28.04	11.63	45.62	6.82	5.36	2.41	0.12	
Juni	7.	2 408,7	957,5	3 863,2	592,8	467,6	211,2	10,8	8 511,8	28.30	11.25	45.39	6.96	5.49	2.48	0.13	
	15.	2 406,5	945,8	3 806,9	586,7	463,9	210,1	10,8	8 430,7	28.54	11.22	45.16	6.96	5.50	2.49	0.13	
	23.	2 416,5	975,5	3 835,0	586,2	462,5	210,2	10,8	8 496,7	28.44	11.48	45.14	6.90	5.44	2.47	0.13	
	30.	2 476,7	1022,0	4 031,0	600,2	469,7	212,9	10,8	8 823,3	28.07	11.59	45.69	6.80	5.32	2.41	0.12	
Juli	7.	2 433,5	973,3	3 950,9	602,4	473,0	214,9	10,7	8 658,7	28.11	11.24	45.63	6.96	5.46	2.48	0.12	
	15.	2 426,3	962,1	3 917,0	600,3	472,2	215,7	10,7	8 604,3	28.20	11.18	45.52	6.98	5.49	2.51	0.12	
	23.	2 422,1	1015,5	4 027,2	603,7	473,1	216,2	10,7	8 768,5	27.62	11.58	45.93	6.88	5.40	2.47	0.12	
	31.	2 434,8	1017,7	4 078,5	610,6	477,2	218,4	10,7	8 847,9	27.52	11.50	46.10	6.90	5.39	2.47	0.12	
August	7.	2 391,0	979,6	3 988,8	609,6	477,2	218,0	10,7	8 674,9	27.56	11.29	45.98	7.03	5.50	2.51	0.13	
	14.	2 389,1	963,3	3 911,9	604,0	474,1	216,5	10,7	8 569,6	27.88	11.24	45.65	7.05	5.53	2.53	0.12	
	21.	2 403,4	991,5	3 941,9	602,8	472,9	215,7	10,6	8 638,8	27.82	11.48	45.63	6.98	5.47	2.50	0.12	
	31.	2 432,9	1041,2	4 096,0	612,9	478,3	217,5	10,6	8 889,4	27.37	11.71	46.08	6.89	5.38	2.45	0.12	
September	7.	2 405,2	996,2	3 998,8	609,7	477,9	217,0	10,6	8 715,4	27.60	11.43	45.88	7.00	5.48	2.49	0.12	
	15.	2 411,3	980,4	3 919,0	601,1	472,2	214,5	10,6	8 609,1	28.01	11.39	45.52	6.98	5.49	2.49	0.12	
	23.	2 436,4	1016,0	3 975,2	597,3	469,4	213,3	10,6	8 718,2	27.95	11.65	45.60	6.85	5.38	2.45	0.12	
	30.	2 478,2	1058,2	4 130,6	606,2	474,8	214,6	10,6	8 973,2	27.62	11.79	46.03	6.76	5.29	2.39	0.12	
Oktober	7.	2 441,3	1008,0	4 038,3	603,1	475,3	214,7	10,6	8 791,3	27.77	11.47	45.93	6.86	5.41	2.44	0.12	
	15.	2 430,7	986,0	3 941,1	591,9	468,1	211,6	10,5	8 639,9	28.13	11.41	45.62	6.85	5.42	2.45	0.12	
	23.	2 455,0	1048,6	4 064,0	592,2	468,5	211,7	10,5	8 850,5	27.74	11.85	45.92	6.69	5.29	2.39	0.12	
	30.	2 493,5	1068,4	4 166,8	597,6	471,3	212,6	10,5	9 020,7	27.64	11.84	46.19	6.63	5.22	2.36	0.12	
November	6.	2 474,6	1020,7	4 057,2	596,6	472,7	213,3	10,5	8 845,6	27.98	11.54	45.87	6.74	5.34	2.41	0.12	
	13.	2 489,6	1009,3	3 994,9	590,1	470,0	212,0	10,5	8 776,4	28.37	11.50	45.52	6.72	5.35	2.42	0.12	
	23.	2 518,3	1054,9	4 027,5	587,3	466,8	210,8	10,5	8 876,1	28.37	11.89	45.37	6.62	5.26	2.37	0.12	
	30.	2 583,2	1127,0	4 271,6	603,0	477,8	215,8	10,5	9 288,9	27.81	12.13	45.99	6.49	5.15	2.32	0.11	
Dezember	7.	2 584,3	1 099,9	4 236,1	611,4	485,7	219,5	10,5	9 247,4	27.95	11.90	45.81	6.61	5.25	2.37	0.11	
	15.	2 690,2	1 141,7	4 268,3	615,7	490,8	221,7	10,5	9 438,9	28.50	12.10	45.22	6.52	5.20	2.35	0.11	
	23.	2 843,7	1 250,4	4 435,0	632,1	499,9	226,1	10,4	9 897,6	28.73	12.63	44.81	6.39	5.05	2.28	0.11	
	31.	2 888,9	1 199,9	4 286,3	619,2	492,5	224,6	10,4	9 721,8	29.71	12.34	44.09	6.37	5.07	2.31	0.11	
Jahresdurchschnitt	1962	2 151,0	764,6	3 266,6	550,4	431,2	182,5	12,6	7 358,9	29.23	10.39	44.39	7.48	5.86	2.48	0.17	
	1963	2 324,3	872,5	3 567,3	578,5	451,9	196,9	11,4	8 002,8	29.04	10.90	44.58	7.23	5.65	2.46	0.14	
	1964	2 471,1	997,1	3 891,3	592,4	466,2	209,8	10,7	8 638,6	28.60	11.54	45.05	6.86	5.40	2.43	0.12	

GIROVERKEHR

Umsätze	Jahr	Barzahlungen	Verrechnungen	Platzübertragungen 1)	Übertragungen von und nach andern Bankplätzen	Total	Barzahlungen	Verrechnungen	Platzübertragungen 1)	Übertragungen von und nach andern Bankplätzen	Total										
												Zahl der Posten					In 1000 Franken				
												1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Gutschriften	1960	22 166	96 237	1 188 385	81 128	1 387 916	1 157 370	19 750 444	123 688 700	18 275 611	162 872 125										
	1961	21 406	95 949	1 297 275	81 657	1 496 287	1 063 090	23 493 715	145 992 946	22 339 964	192 889 715										
	1962	20 958	95 579	1 431 353	80 102	1 627 992	1 115 475	30 825 917	199 178 430	23 052 736	254 172 558										
	1963	20 278	94 661	1 551 009	76 295	1 742 243	1 205 635	37 602 134	238 203 998	23 599 551	300 611 318										
	1964	18 721	89 611	1 630 671	84 818	1 823 821	1 326 285	40 022 441	239 793 901	33 393 649	314 536 276										
Belastungen	1960	28 947	88 944	1 188 385	89 226	1 395 502	9 196 295	11 301 293	123 688 700	18 728 121	162 914 409										
	1961	29 780	97 566	1 297 275	91 714	1 516 335	10 481 499	13 149 729	145 992 946	22 291 240	191 915 414										
	1962	30 348	93 359	1 431 353	92 989	1 648 049	11 831 491	20 048 484	199 178 430	22 949 640	254 008 045										
	1963	30 760	87 324	1 551 009	93 111	1 762 204	12 701 635	25 745 737	238 203 998	23 620 337	300 271 707										
	1964	31 581	85 236	1 630 671	100 001	1 847 489	14 009 715	26 497 011	239 793 901	34 033 975	314 334 602										
Total	1960	51 113	185 181	2 376 770	170 354	2 783 418	10 353 665	31 051 737	247 377 400	37 003 732	325 786 534										
	1961	51 186	193 515	2 594 550	173 371	3 012 622	11 544 589	36 643 444	291 985 892	44 631 204	384 805 129										
	1962	51 306	188 938	2 862 706	173 091	3 276 041	12 946 966	50 874 401	398 356 860	46 002 376	508 180 603										
	1963	51 038	181 985	3 102 018	169 406	3 504 447	13 907 270	63 347 871	476 407 996	47 219 888	600 883 025										
	1964	50 302	174 847	3 261 342	184 819	3 671 310	15 336 000	66 519 452	479 587 802	67 427 624	628 870 878										
Prozentuale Verteilung																					
Gutschriften	1960	1.60	6.93	85.62	5.85	100	0.71	12.13	75.94	11.22	100										
	1961	1.43	6.41	86.70	5.46	100	0.55	12.18	75.69	11.58	100										
	1962	1.29	5.87	87.92	4.92	100	0.44	12.13	78.36	9.07	100										
	1963	1.17	5.43	89.02	4.38	100	0.40	12.51	79.24	7.85	100										
	1964	1.03	4.91	89.41	4.65	100	0.42	12.72	76.24	10.62	100										
Belastungen	1960	2.08	6.37	85.16	6.39	100	5.64	6.94	75.92	11.50	100										
	1961	1.96	6.43	85.56	6.05	100	5.46	6.85	76.07	11.62	100										
	1962	1.84	5.67	86.85	5.64	100	4.66	7.89	78.41	9.04	100										
	1963	1.75	4.95	88.02	5.28	100	4.23	8.57	79.33	7.87	100										
	1964	1.71	4.61	88.27	5.41	100	4.45	8.43	76.29	10.83	100										
Total	1960	1.84	6.65	85.39	6.12	100	3.18	9.53	75.93	11.36	100										
	1961	1.70	6.42	86.12	5.76	100	3.00	9.52	75.88	11.60	100										
	1962	1.57	5.77	87.38	5.28	100	2.55	10.01	78.39	9.05	100										
	1963	1.46	5.19	88.52	4.83	100	2.32	10.54	79.28	7.86	100										
	1964	1.37	4.76	88.83	5.04	100	2.44	10.58	76.26	10.72	100										

1) Mit Einschluss des Bankenclearing.

GESCHÄFTSVERKEHR DER

Jahr	Aarau	Basel	Bern	Genf	Lausanne	Lugano	Luzern	Neuen- burg	St. Gallen	Zürich	Total
In 1000 Franken											
Kassenumsatz											
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1960	824 331	2 734 012	10 028 521 ¹⁾	2 639 440	2 319 588	1 064 189	1 119 298	678 406	1 580 786	6 309 007	29 297 578 ¹⁾
1961	1 011 423	3 074 878	13 724 791 ¹⁾	2 796 211	2 733 018	1 143 432	1 195 075	779 859	1 770 115	7 628 142	35 856 944 ¹⁾
1962	1 192 070	3 354 295	12 989 118 ¹⁾	3 219 911	3 366 578	1 337 212	1 313 232	894 019	2 021 531	8 804 045	38 492 011 ¹⁾
1963	1 267 796	3 487 487	15 963 864 ¹⁾	3 397 180	3 518 004	1 556 723	1 411 739	964 556	2 197 599	9 931 398	43 696 346 ¹⁾
1964	1 393 643	3 774 964	17 518 091 ¹⁾	3 897 199	4 187 699	1 662 319	1 525 309	1 032 367	2 292 324	11 100 396	48 384 311 ¹⁾
Devisenverkehr											
1960	—	—	—	—	—	—	—	—	—	33 172 518	33 172 518
1961	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30 831 843	30 831 843
1962	—	—	—	—	—	—	—	—	—	51 924 537	51 924 537
1963	—	—	—	—	—	—	—	—	—	52 243 448	52 243 448
1964	—	—	—	—	—	—	—	—	—	47 793 962	47 793 962
Diskontierungen von Schweizerwechslern, Schatzanweisungen des Bundes und Obligationen											
1960	9 083	2 498	352 872	8 036	18 200	4 028	53 319	18 988	29 441	47 360	543 825
1961	8 918	4 488	349 660	8 107	17 037	6 094	52 922	20 781	29 886	48 425	546 318
1962	6 826	3 705	278 989	14 264	17 236	2 775	59 273	18 088	39 425	121 901	562 482
1963	12 904	18 214	86 431	15 094	13 553	3 795	63 542	22 281	46 219	132 978	415 011
1964	22 517	33 470	117 029	16 508	15 884	3 865	83 800	24 413	46 280	343 673	707 439
Neue Lombardvorschüsse											
1960	8 789	6 245	90 799	26 274	60 590	3 230	64 964	6 786	38 060	25 234	330 971
1961	8 089	6 738	110 586	34 078	68 094	2 376	64 562	3 445	44 091	24 741	366 800
1962	15 290	9 886	152 869	26 897	47 775	8 554	58 837	4 585	61 756	26 143	412 592
1963	30 815	8 208	198 840	30 865	74 439	6 527	53 715	22 969	93 446	14 798	534 622
1964	26 001	9 047	234 582	51 467	60 498	5 663	118 359	18 144	99 137	21 080	643 978
Verkehr mit den Korrespondenten im Inland											
1960	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11 176 513	11 176 513
1961	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12 575 487	12 575 487
1962	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14 348 652	14 348 652
1963	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15 746 124	15 746 124
1964	—	—	—	—	—	—	—	—	—	17 333 525	17 333 525
Verkehr mit den Korrespondenten im Ausland											
1960	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2 527 794	2 527 794
1961	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25 985 973	25 985 973
1962	—	—	—	—	—	—	—	—	—	22 492 386	22 492 386
1963	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3 920 027	3 920 027
1964	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8 593 576	8 593 576

¹⁾ Einschliesslich Gold im Ausland.

EINZELNEN BANKSTELLEN²⁾

Jahr	Aarau	Basel	Bern	Genf	Lausanne	Lugano	Luzern	Neuen- burg	St. Gallen	Zürich	Total
In 1000 Franken											
Inkassoverkehr (Einreichungen)											
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1960	912	33 781	296 037	23 694	11 669	126	10 571	6 457	2 987	91 433	477 667
1961	2 767	29 511	403 111	19 007	12 657	182	8 255	7 398	2 962	136 383	622 233
1962	1 975	13 396	470 957	28 344	14 083	68	7 319	7 211	3 476	110 013	656 842
1963	2 345	9 944	595 909	21 735	15 724	113	8 412	6 609	2 066	156 352	819 209
1964	1 468	11 287	715 327	33 271	17 174	120	8 728	6 548	3 518	99 747	897 188
Giroverkehr											
1960	2 234 508	21 989 732	10 836 841	13 911 884	6 764 881	1 470 137	2 397 114	1 751 248	3 713 878	260 716 311	325 786 534
1961	2 471 628	26 222 888	12 405 287	16 735 050	7 775 884	1 760 423	2 796 491	1 882 711	4 333 799	308 420 968	384 805 129
1962	2 519 207	25 880 174	14 549 871	20 270 430	7 697 792	2 227 051	2 860 123	1 886 228	4 819 617	425 470 110	508 180 603
1963	2 842 246	25 799 172	15 514 674	20 565 763	7 667 148	2 165 607	3 017 670	2 015 568	5 145 104	516 150 073	600 883 025
1964	3 182 911	25 603 742	15 702 320	22 232 209	8 527 612	1 945 245	3 567 694	2 092 876	5 721 136	540 295 133	628 870 878
Verkehr mit den Bundesverwaltungen											
1960	—	—	42 908 748	—	—	—	—	—	—	—	42 908 748
1961	—	—	47 980 529	—	—	—	—	—	—	—	47 980 529
1962	—	—	58 630 922	—	—	—	—	—	—	—	58 630 922
1963	—	—	62 531 666	—	—	—	—	—	—	—	62 531 666
1964	—	—	67 257 281	—	—	—	—	—	—	—	67 257 281
Verkehr mit Deponenten											
1960	3 895	16 421	69 175	23 294	9 105	4 716	4 321	8 357	5 362	955 708	1 100 364
1961	3 730	13 815	82 671	28 263	8 910	3 741	10 205	11 041	5 947	1 438 857	1 607 180
1962	4 799	13 116	60 590	23 556	20 099	3 641	5 122	10 075	5 869	1 295 320	1 442 187
1963	4 279	14 982	71 076	22 139	9 258	3 658	6 233	9 881	3 983	2 486 939	2 632 428
1964	5 985	37 949	82 289	23 851	8 962	5 432	8 321	7 971	5 786	576 023	762 569
Gesamtumsatz in doppelter Aufrechnung (ohne Abrechnungsstellen)											
1960	7 159 489	42 231 560	138 060 378	25 694 326	17 975 749	5 118 728	8 013 097	5 278 523	12 421 286	384 553 610	646 506 746
1961	7 906 451	50 002 501	159 887 233	29 720 467	20 208 465	5 972 727	9 124 622	5 739 898	14 343 271	467 076 984	769 982 619
1962	8 583 945	49 466 479	188 620 767	34 983 019	22 293 500	7 153 282	9 639 245	5 953 226	16 421 554	614 610 036	957 725 053
1963	9 628 514	51 462 857	205 298 839	35 679 366	23 083 781	7 539 637	10 613 625	6 261 874	17 740 551	698 679 344	1 065 988 388
1964	11 199 806	52 691 471	223 843 205	39 084 892	26 602 778	7 464 233	12 216 298	6 630 124	19 785 813	732 211 261	1 131 729 881
Umsatz der Abrechnungsstellen											
1960	—	2 133 759	237 136	2 301 416	601 264	—	—	42 186 ³⁾	72 856	1 164 978	6 553 595
1961	—	2 514 322	296 435	2 980 611	751 525	—	—	50 336 ³⁾	96 365	1 361 862	8 051 456
1962	—	3 277 282	337 340	4 051 252	804 640	—	—	64 930 ³⁾	93 778	1 481 038	10 110 260
1963	—	2 824 012	355 255	3 915 794	750 230	—	—	75 611 ³⁾	93 053	1 638 001	9 651 956
1964	—	3 131 453	374 441	3 889 284	804 049	—	—	73 052 ³⁾	101 405	1 827 361	10 201 045

²⁾ Der Verkehr der Agenturen ist in den Verkehrszahlen der vorgesetzten Bankstelle enthalten.

³⁾ Einschliesslich Umsatz der Abrechnungsstelle in La Chaux-de-Fonds.

BESTÄNDE AM JAHRESENDE

Jahr	Metallbestand			Devisen ²⁾	Inlandportefeuille				Wechsel der eidg. Darlehens- kasse	Lombard- vorschüsse
	Gold ¹⁾	Silber	Total		Schweizer- wechsel	Schatz- anweisungen ³⁾	Diskon- tierte Obli- gationen	Total		
	In Millionen Franken									
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1907	75,5	5,8	81,3	27,7	77,9	—	—	77,9	—	2,7
1908	117,5	7,2	124,7	44,7	63,7	—	—	63,7	—	10,4
1909	124,0	14,4	138,4	48,2	111,0	—	—	111,0	—	14,7
1910	155,6	10,2	165,8	59,1	99,8	—	—	99,8	—	18,0
1911	160,7	9,2	169,9	24,6	130,4	—	7,0	137,4	—	16,8
1912	173,1	12,8	185,9	26,7	146,2	—	5,1	151,3	—	25,5
1913	170,0	20,8	190,8	42,3	100,0	—	9,4	109,4	—	28,4
1914	237,9	24,9	262,8	34,4	114,7	58,0	8,3	181,0	—	19,6
1915	250,1	51,3	301,4	49,6	63,9	75,0	3,5	142,4	—	21,0
1916	345,0	52,5	397,5	63,3	56,3	123,0	4,5	183,8	—	22,1
1917	357,7	51,8	409,5	47,8	88,4	233,0	6,0	327,4	—	45,2
1918	414,7	58,4	473,1	70,6	249,8	312,0	6,5	568,3	—	40,9
1919	517,0	73,6	590,6	94,8	184,1	301,0	2,0	487,1	—	32,7
1920	542,9	121,6	664,5	25,4	167,1	280,0	5,8	452,9	—	36,6
1921	549,5	108,3	657,8	58,8	44,8	287,0	2,9	334,7	—	76,2
1922	535,1	103,9	639,0	74,1	33,9	325,0	2,0	360,9	—	62,2
1923	537,2	90,7	627,9	94,4	102,5	155,0	4,5	262,0	—	85,3
1924	505,9	87,2	593,1	193,3	81,2	78,0	5,7	164,9	—	70,8
1925	467,1	89,3	556,4	222,5	70,2	68,5	3,2	141,9	—	72,4
1926	471,8	72,8	544,6	222,0	91,7	83,1	5,5	180,3	—	60,6
1927	517,0	62,9	579,9	197,9	128,8	71,7	6,2	206,7	—	78,5
1928	533,0	45,8	578,8	258,6	157,1	53,9	6,8	217,8	—	82,9
1929	595,0	23,5	618,5	362,3	95,2	39,1	15,1	149,4	—	75,2
1930	712,9	—	712,9	353,4	86,7	—	8,0	94,7	—	53,4
1931	2 346,9	—	2 346,9	107,0	27,7	0,4	6,5	34,6	—	64,7
1932	2 471,2	—	2 471,2	88,6	12,8	0,2	6,7	19,7	4,6	48,7
1933	1 998,1	—	1 998,1	17,7	19,0	15,2	16,7	50,9	58,3	94,7
1934	1 909,8	—	1 909,8	7,5	13,4	4,0	8,9	26,3	5,9	118,0
1935	1 388,8	—	1 388,8	8,3	25,3	114,6	12,6	152,5	85,5	142,2

¹⁾ Bewertung vom 20. Juni 1907 bis 10. November 1921: 1 kg Feingold = Fr. 3440; vom 11. November 1921 an: 1 kg = Fr. 3435.555.
²⁾ 1907 und 1908 nur Auslandswchsel; von 1909 bis 1927 nur Auslandswchsel und Sichtguthaben im Ausland.
³⁾ Bis 1930 nur Schatzanweisungen des Bundes.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

BESTÄNDE AM JAHRESENDE

Eigene Wert-schriften	Guthaben bei Korrespondenten im Inland ⁴⁾	Notenumlauf	Deckung des Notenumlaufs durch den Metallbestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten					Bilanz-summe	Jahr
				Girorechnungen von Banken, Handel u. Industrie	Rechnungen der Bundesverwaltungen	Rechnungen der Deponenten	Konti Zahlungs-u. Clearing-abkommen	Total		
In Millionen Franken			%	In Millionen Franken						
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
3,8	10,5	159,2	51.09	19,5	5,7	0,6	—	25,8	243,8	1907
6,2	8,2	204,1	61.11	21,1	13,1	0,8	—	35,0	292,9	1908
10,8	28,4	261,5	52.91	29,4	39,6	1,4	—	70,4	386,0	1909
10,0	35,0	297,2	55.77	22,4	45,7	0,7	—	68,8	421,0	1910
16,5	18,9	314,8	53.96	24,6	23,8	0,9	—	49,3	419,3	1911
7,1	19,2	339,2	54.80	28,9	25,4	1,2	—	55,5	451,0	1912
6,4	16,1	313,8	60.79	27,4	30,6	1,0	—	59,0	429,9	1913
9,3	14,7	455,9	57.65	54,6	8,6	7,6	—	70,8	589,2	1914
8,1	29,0	465,6	64.72	61,0	14,3	7,4	—	82,7	608,7	1915
6,8	18,2	536,5	74.07	89,8	12,7	27,3	—	129,8	735,1	1916
7,3	18,0	702,3	58.30	89,0	42,6	7,1	—	138,7	908,7	1917
8,6	28,1	975,7	48.49	79,1	20,1	88,4	—	187,6	1 239,0	1918
6,6	36,1	1 036,1	57.00	121,0	18,7	41,5	—	181,2	1 298,2	1919
5,9	35,0	1 023,7	64.90	146,4	11,4	5,4	—	163,2	1 273,1	1920
6,5	27,2	1 009,3	65.17	116,5	7,7	4,4	—	128,6	1 224,7	1921
9,8	18,9	976,4	65.44	147,4	11,0	5,7	—	164,1	1 224,3	1922
8,6	30,0	982,0	63.94	80,0	13,0	10,4	—	103,4	1 166,4	1923
6,8	38,6	913,9	64.89	102,8	8,3	6,0	—	117,1	1 107,5	1924
6,6	34,4	875,8	63.53	113,2	4,7	6,3	—	124,2	1 075,1	1925
6,4	33,6	873,9	62.31	127,0	4,3	5,5	—	136,8	1 087,6	1926
9,2	34,6	917,4	63.20	123,8	18,4	9,2	—	151,4	1 147,5	1927
19,0	40,6	952,6	60.75	141,5	54,0	6,6	—	202,1	1 236,4	1928
5,4	40,2	999,2	61.90	171,7	28,5	7,1	—	207,3	1 288,9	1929
104,0	32,7	1 062,1	67.12	213,2	28,0	7,9	—	249,1	1 391,9	1930
37,9	25,6	1 609,4	145.82	883,2	40,1	44,9	—	968,2	2 659,5	1931
50,8	15,7	1 612,6	153.24	922,3	51,0	67,9	—	1 041,2	2 743,5	1932
27,7	19,9	1 509,5	132.36	629,6	9,4	51,4	—	690,4	2 309,7	1933
52,5	19,2	1 440,3	132.60	539,4	39,6	45,9	—	624,9	2 179,2	1934
44,9	26,7	1 366,3	101.65	357,9	7,6	24,8	16,4	406,7	1 887,4	1935

⁴⁾ 1907 und 1908 einschliesslich Auslandskorrespondenten und Sichtguthaben im Ausland; von 1909 bis 1927 mit Einschluss der Auslandguthaben unter Weglassung der Sichtguthaben im Ausland.

BESTÄNDE AM JAHRESENDE

Jahr	Goldbestand ¹⁾	Devisen	Kursgesicherte Guthaben bei ausländischen Notenbanken	Inlandportefeuille				Wechsel der eidg. Darlehenskasse	Lombardvorschüsse	Ausländische Schatzanweisungen in sFr.	Eigene Wertchriften	Guthaben bei Korrespondenten	
				Schweizerwechsel	Schatzanweisungen ²⁾	Diskontierte Obligationen	Total					im Inland	im Ausland
In Millionen Franken													
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1936	2 709,0	57,6	—	7,7	9,5	2,3	19,5	28,5	46,8	—	15,9	14,2	—
1937	2 679,2	513,1	—	5,3	1,7	1,9	8,9	10,3	34,8	—	30,7	11,4	—
1938	2 889,6	279,7	—	52,5	101,5	1,1	155,1	3,8	21,9	—	90,9	9,6	—
1939	2 261,6	361,7	—	46,3	46,4	5,7	98,4	6,8	89,6	—	80,9	16,6	—
1940	2 173,2	996,8	—	63,2	149,3	2,1	214,6	2,8	45,4	—	87,8	20,0	—
1941	2 878,5	679,0	—	32,5	4,4	2,3	39,2	12,8	25,0	—	69,6	15,8	—
1942	3 565,2	61,8	—	123,8	85,3	0,8	209,9	12,0	25,2	—	63,9	16,3	—
1943	4 172,7	83,0	—	92,0	0,4	0,7	93,1	0,3	18,4	—	64,5	14,2	—
1944	4 554,1	102,4	—	69,5	—	1,6	71,1	—	27,6	—	64,2	13,9	—
1945	4 777,0	162,5	—	78,1	39,9	5,9	123,9	6,7	67,6	—	62,1	27,5	—
1946	4 949,9	158,0	—	46,1	14,5	13,9	74,5	9,6	164,2	—	52,7	51,7	—
1947	5 256,2	102,5	—	116,3	20,1	18,8	155,2	13,6	246,6	—	48,4	68,6	—
1948	5 821,0	236,6	—	115,2	1,5	8,8	125,5	1,6	79,0	—	47,4	50,4	—
1949	6 240,2	260,0	—	81,4	2,0	0,7	84,1	0,1	31,0	—	39,7	26,7	—
1950	5 975,8	256,4	—	165,3	31,5	4,4	201,2	—	85,0	—	40,9	60,3	—
1951	6 003,8	227,6	—	233,8	4,6	12,7	251,1	1,4	58,9	—	39,9	53,0	—
1952	5 876,1	490,9	—	243,9	—	1,8	245,7	—	64,0	—	40,1	37,5	—
1953	6 086,1	522,2	—	190,8	14,7	1,1	206,6	—	65,2	—	35,5	34,9	—
1954	6 323,4	649,8	—	91,6	2,0	9,6	103,2	—	116,6	—	46,5	41,3	—
1955	6 686,3	624,1	—	129,2	2,0	23,0	154,2	—	131,8	—	45,9	47,8	—
1956	7 102,9	627,0	—	170,9	21,5	80,0	272,4	—	186,9	—	45,7	56,1	—
1957	7 383,5	781,4	—	193,9	—	31,9	225,8	—	52,0	—	45,3	41,4	—
1958	8 329,3	560,9	—	56,0	—	2,3	58,3	—	21,8	—	44,6	33,0	—
1959	8 369,3	534,6	—	50,6	—	7,3	57,9	—	39,7	—	44,2	45,2	6,4
1960	9 454,7	583,0	—	49,2	—	4,3	53,5	—	37,8	—	43,3	45,1	6,8
1961	11 078,0	842,4	—	62,2	—	7,3	69,5	—	66,3	—	42,9	58,3	6,8
1962	11 543,3	867,4	—	67,4	45,0	11,2	123,6	—	71,7	207,0	42,8	77,8	10,2
1963	12 203,8	1 083,3	—	87,5	35,0	19,7	142,2	—	97,5	207,0	51,7	61,5	9,4
1964	11 793,6	1 679,1	431,3	109,8	24,8	28,0	162,6	—	77,7	432,0	65,3	75,3	17,0

¹⁾ Bewertung bis 6. Oktober 1936: 1 kg Feingold = Fr. 3435.555; vom 7. Oktober 1936 bis 30. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4639.13; seit 31. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4869.80.

²⁾ Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.

SEIT EROFFNUNG DER BANK

BESTÄNDE AM JAHRESENDE

Notenumlauf	Deckung des Notenumlaufs durch den Goldbestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten						Girorechnungen von Banken mit vorübergehender zeitlicher Bindung	Verbindlichkeiten auf Zeit	Pflichtdepots gemäss Bundesbeschluss vom 13. März 1964	Bilanzsumme	Jahr
		Girorechnungen von Banken, Handel u. Industrie	Rechnungen der Bundesverwaltungen	Rechnungen der Depo- nenten	Konti Zahlungs- u. Clearing- abkommen	Guthaben ausländischer Banken ³⁾	Total					
In Millionen Franken	%	In Millionen Franken										
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27
1 482,2	182.76	1 093,9	183,4	29,9	62,9	—	1 370,1	—	—	—	3 505,9	1936
1 530,5	175.05	1 602,6	12,5	35,4	71,9	—	1 722,4	—	—	—	3 902,3	1937
1 751,0	165.02	1 592,6	8,2	31,2	39,9	—	1 671,9	—	—	—	4 081,0	1938
2 049,9	110.33	686,7	10,9	32,0	67,8	—	797,4	—	—	—	3 501,8	1939
2 273,4	95.59	1 018,6	6,8	41,6	119,9	—	1 186,9	—	—	—	3 727,7	1940
2 336,7	123.18	896,9	194,7	44,6	108,9	—	1 245,1	—	—	—	3 880,6	1941
2 637,3	135.18	1 147,8	13,6	42,0	95,7	—	1 299,1	—	—	—	4 226,4	1942
3 048,5	136.87	1 065,3	9,2	47,1	126,7	—	1 248,3	—	—	—	4 597,2	1943
3 548,0	128.35	835,5	27,7	50,9	109,7	—	1 023,8	—	—	—	4 868,6	1944
3 835,2	124.55	843,2	6,6	106,8	162,0	—	1 118,6	—	—	—	5 266,5	1945
4 090,7	121.00	662,3	194,6	84,2	223,5	—	1 164,6	—	—	—	5 499,8	1946
4 383,4	119.91	722,3	127,2	59,4	263,4	—	1 172,3	—	—	—	5 932,1	1947
4 594,3	126.70	960,0	11,2	49,9	221,7	—	1 242,8	—	337,1	—	6 400,6	1948
4 566,3	136.66	1 334,8	105,8	40,9	249,6	—	1 731,1	—	200,0	—	6 721,9	1949
4 663,8	128.13	1 042,1	485,6	75,2	170,2	—	1 773,1	—	—	—	6 658,6	1950
4 927,3	121.85	1 101,9	225,4	41,6	159,9	—	1 528,8	—	—	—	6 675,9	1951
5 121,9	114.73	1 209,2	78,9	39,0	126,8	—	1 453,9	—	—	—	6 796,8	1952
5 228,5	116.40	1 147,3	157,3	64,8	171,5	—	1 540,9	—	—	—	6 996,8	1953
5 411,6	116.85	1 255,2	216,1	49,4	171,5	—	1 692,2	—	—	—	7 327,2	1954
5 515,5	121.23	1 623,8	268,9	15,6	82,1	—	1 990,4	—	—	—	7 738,2	1955
5 809,7	122.26	1 570,6	609,2	17,4	89,2	—	2 286,4	—	—	—	8 340,1	1956
5 931,2	124.49	1 831,1	471,0	16,2	74,7	—	2 393,0	—	—	—	8 574,6	1957
6 109,3	136.34	2 541,2	105,7	18,2	61,3	—	2 726,4	—	—	—	9 098,9	1958
6 343,9	131.93	2 330,7	165,6	16,9	22,1	—	2 535,3	—	—	—	9 141,5	1959
6 854,1	137.94	2 288,4	416,6	18,1	33,3	—	2 756,4	—	390,3	—	10 266,2	1960
7 656,0	144.70	1 996,1	662,5	19,7	37,2	231,5	2 947,0	1 035,0	293,5	—	12 206,6	1961
8 506,1	135.71	2 294,2	355,9	21,6	30,0	98,0	2 799,7	1 035,0	373,0	—	12 994,7	1962
9 035,4	135.07	2 700,0	389,4	27,3	39,3	31,8	3 187,8	1 035,0	357,3	—	13 910,2	1963
9 721,8	121.31	2 907,9	291,5	21,2	24,4	25,6	3 270,6	1 035,0	433,2	3,4	14 787,6	1964

³⁾ Vor Ende Juni 1961 in den Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie inbegriffen.

JAHRESDURCHSCHNITTE

Jahr	Metallbestand			Devisen ²⁾	Inlandportefeuille				Wechsel der eidg. Darlehens- kasse	Lombard- vor- schüsse
	Gold ¹⁾	Silber	Total		Schweizer- wechsel ³⁾	Schatz- anwei- sungen ⁴⁾	Diskontierte Obligationen	Total		
	In Millionen Franken									
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1907	52,1	6,3	58,4	19,0	36,7	—	—	36,7	—	0,6
1908	98,3	8,1	106,4	39,0	24,0	—	—	24,0	—	2,5
1909	121,5	15,2	136,7	49,6	41,7	—	—	41,7	—	4,4
1910	143,3	16,1	159,4	44,7	70,9	—	—	70,9	—	5,9
1911	158,5	14,8	173,3	56,1	60,5	—	5,6	66,1	—	7,0
1912	168,1	13,0	181,1	34,7	78,1	—	4,5	82,6	—	12,2
1913	170,5	23,1	193,6	48,7	57,9	—	2,3	60,2	—	15,7
1914	195,1	17,2	212,3	45,9	103,5	—	7,2	110,7	—	20,1
1915	241,5	47,8	289,3	35,1	108,6	—	3,5	112,1	—	16,9
1916	271,5	54,0	325,5	72,1	126,1	—	1,2	127,3	—	17,7
1917	344,6	52,7	397,3	52,7	170,6	—	0,9	171,5	—	28,3
1918	377,1	55,3	432,4	53,7	321,7	—	2,1	323,8	—	36,4
1919	451,5	64,8	516,3	62,1	418,2	—	1,5	419,7	—	38,7
1920	534,2	93,0	627,2	84,6	303,1	—	4,0	307,1	—	32,3
1921	544,2	122,7	666,9	26,5	308,5	—	1,9	310,4	—	41,9
1922	532,4	111,1	643,5	72,8	251,3	—	1,6	252,9	—	49,1
1923	531,5	100,0	631,5	79,3	254,2	—	4,4	258,6	—	49,1
1924	518,6	94,5	613,1	122,9	153,0	—	4,3	157,3	—	66,6
1925	485,7	89,4	575,1	211,8	87,3	—	2,0	89,3	—	48,6
1926	429,1	85,9	515,0	218,0	105,0	—	2,0	107,0	—	45,6
1927	450,5	69,3	519,8	205,1	131,9	—	5,1	137,0	—	48,6
1928	450,3	56,2	506,5	219,8	144,5	—	7,9	152,4	—	62,8
1929	506,6	37,0	543,6	248,6	125,7	—	8,5	134,2	—	61,3
1930	607,2	5,6	612,8	361,6	40,0	—	8,4	48,4	—	42,2
1931	1 165,0	—	1 165,0	353,7	35,3	—	5,7	41,0	—	45,2
1932	2 546,0	—	2 546,0	81,4	13,9	4,6	4,5	23,0	3,0	45,8
1933	2 119,5	—	2 119,5	21,7	10,2	4,2	5,9	20,3	19,5	53,1
1934	1 788,1	—	1 788,1	14,1	12,3	20,2	6,1	38,6	21,5	75,0
1935	1 457,1	—	1 457,1	18,7	34,0	42,8	8,5	85,3	41,3	87,6

¹⁾ Bewertung vom 20. Juni 1907 bis 10. November 1921: 1 kg Feingold = Fr. 3440; vom 11. November 1921 an: 1 kg = Fr. 3435.555.
²⁾ 1907 und 1908 nur Auslandswchsel; von 1909 bis 1927 nur Auslandswchsel und Sichtguthaben im Ausland.
³⁾ Bis 1931 einschliesslich Schatzanweisungen.
⁴⁾ Vor 1932 nicht berechnet.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

JAHRESDURCHSCHNITTE

Eigene Wert-schriften	Guthaben bei Korre-spondenten im Inland ⁵⁾	Noten-umlauf	Deckung des Notenum-laufs durch den Metall-bestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten					Jahr
				Girorechnun-gen von Ban-ken, Handel, u. Industrie	Rechnungen der Bundes-verwaltungen	Rechnungen der Deponenten	Konti Zahlungs-u. Clearing-abkommen	Total	
In Millionen Franken			%	In Millionen Franken					
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
3,2	9,6	88,9	65.74	15,3	9,4	1,0	—	25,7	1907
9,0	8,5	145,9	72.95	13,6	10,6	1,2	—	25,4	1908
8,0	6,3	191,4	71.41	17,5	18,2	1,3	—	37,0	1909
12,2	28,8	241,4	66.03	15,1	43,0	1,8	—	59,9	1910
12,5	22,4	253,6	68.35	16,3	40,8	1,6	—	58,7	1911
11,1	10,9	269,3	67.25	16,4	25,4	1,4	—	43,2	1912
9,3	11,2	272,4	71.09	15,8	28,5	0,7	—	45,0	1913
11,7	10,4	335,1	63.33	34,5	19,0	4,0	—	57,5	1914
8,9	23,6	409,9	70.57	44,0	20,4	6,3	—	70,7	1915
7,8	13,6	430,3	75.63	94,9	15,8	8,1	—	118,8	1916
7,6	13,4	535,8	74.15	80,9	19,9	10,3	—	111,1	1917
9,7	17,6	733,1	58.98	71,1	14,8	33,0	—	118,9	1918
7,7	21,4	905,8	57.00	73,9	16,7	29,0	—	119,6	1919
6,6	27,6	933,8	67.16	96,0	14,5	10,4	—	120,9	1920
5,8	20,2	925,1	72.09	95,3	12,5	4,8	—	112,6	1921
8,6	21,9	817,6	78.71	181,5	15,6	6,2	—	203,3	1922
8,9	18,4	875,0	72.17	130,0	14,0	8,6	—	152,6	1923
7,1	25,5	850,5	72.08	66,9	28,3	10,0	—	105,2	1924
7,1	21,7	797,6	72.10	98,3	11,8	6,3	—	116,4	1925
6,5	19,1	769,0	66.96	81,7	13,5	7,1	—	102,3	1926
6,5	24,6	798,8	65.06	85,4	19,2	6,3	—	110,9	1927
6,3	22,3	818,3	61.89	82,4	21,3	6,9	—	110,6	1928
3,9	24,9	855,7	63.52	89,4	15,5	7,4	—	112,3	1929
59,9	20,4	894,0	68.54	167,8	31,6	6,8	—	206,2	1930
85,8	15,1	1 141,0	102.09	483,0	25,8	19,1	—	527,9	1931
40,6	9,7	1 508,4	168.79	1 075,1	59,1	61,8	—	1 196,0	1932
61,7	12,0	1 440,1	147.17	702,7	24,8	62,6	—	790,1	1933
46,9	10,3	1 349,2	132.52	515,0	12,5	46,1	—	573,6	1934
55,7	11,2	1 283,0	113.57	349,9	14,0	29,4	5,0	398,3	1935

⁵⁾ 1907 und 1908 einschliesslich Auslandkorrespondenten und Sichtguthaben im Ausland; von 1909 bis 1927 mit Einschluss der Auslandguthaben unter Weglassung der Sichtguthaben im Ausland.

JAHRESDURCHSCHNITTE

Jahr	Goldbestand ¹⁾	Devisen	Inlandportefeuille				Wechsel der eidg. Darlehenskasse	Lombardvorschüsse	Eigene Wertschriften	Guthaben bei Korrespondenten	
			Schweizerwechsel	Schatzanweisungen ²⁾	Diskontierte Obligationen	Total				im Inland	im Ausland
In Millionen Franken											
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1936	1 690,5	23,7	9,4	79,9	4,5	93,8	50,7	63,8	42,4	8,7	—
1937	2 640,0	191,6	6,2	2,0	3,8	12,0	14,3	32,3	17,9	6,6	—
1938	2 849,0	384,3	17,1	16,3	1,5	34,9	5,7	22,7	74,4	6,0	—
1939	2 530,2	280,3	24,3	64,8	3,0	92,1	7,8	36,4	93,2	7,5	—
1940	2 144,9	517,0	67,5	143,1	3,4	214,0	6,5	66,8	86,2	8,5	—
1941	2 347,3	1 153,5	63,8	63,9	1,6	129,3	9,3	25,4	73,5	7,5	—
1942	3 390,6	175,1	76,2	25,4	1,2	102,8	6,8	19,4	66,3	7,1	—
1943	3 774,4	65,6	87,1	61,2	0,7	149,0	0,4	16,7	64,8	7,4	—
1944	4 384,3	90,1	76,2	20,0	1,0	97,2	1,4	17,0	64,3	7,6	—
1945	4 691,1	117,3	68,1	112,8	1,1	182,0	0,3	19,6	63,8	9,3	—
1946	4 818,0	171,7	48,1	6,4	2,8	57,3	1,0	36,3	58,8	13,3	—
1947	5 129,9	113,6	36,2	8,0	7,7	51,9	3,9	59,7	50,8	16,8	—
1948	5 662,7	135,7	118,7	1,6	11,3	131,6	4,5	59,5	47,7	16,8	—
1949	6 046,1	305,2	102,4	0,3	2,2	104,9	0,2	27,6	41,7	9,7	—
1950	6 179,4	297,9	86,8	0,7	1,2	88,7	0,0	23,3	41,2	11,3	—
1951	6 000,9	225,5	150,0	2,6	2,3	154,9	0,1	30,9	40,1	13,8	—
1952	5 847,5	337,1	201,2	0,8	3,4	205,4	0,3	30,0	40,1	13,0	—
1953	5 998,7	511,4	191,6	0,7	0,9	193,2	—	24,7	35,8	13,0	—
1954	6 176,7	517,5	111,9	0,5	1,5	113,9	—	26,1	43,7	14,5	—
1955	6 304,5	597,9	88,9	1,2	8,6	98,7	—	44,7	46,1	17,1	—
1956	6 794,6	585,8	100,5	1,6	15,8	117,9	—	47,7	45,4	19,8	—
1957	7 096,4	538,3	128,5	0,5	15,8	144,8	—	31,6	45,4	16,3	—
1958	7 957,8	539,2	108,6	0,1	2,6	111,3	—	11,4	44,9	11,2	—
1959	8 285,9	444,1	46,6	—	0,7	47,3	—	8,5	44,3	10,5	4,9
1960	8 151,0	522,4	48,2	0,0	1,7	49,9	—	15,6	43,6	13,4	7,1
1961	10 049,6	1 121,6	48,0	—	1,5	49,5	—	13,8	43,0	13,0	8,1
1962	10 613,6	827,3	53,6	1,1	5,3	60,0	—	16,1	42,8	16,1	10,4
1963	10 753,3	844,1	59,6	2,7	4,5	66,8	—	17,5	91,9	16,3	11,5
1964	11 080,6	1 232,4	77,0	5,2	9,8	92,0	—	29,4	58,3	20,0	22,5

¹⁾ Bewertung bis 6. Oktober 1936: 1 kg Feingold = Fr. 3435.555; vom 7. Oktober 1936 bis 30. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4639.13; seit 31. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4869.80.
²⁾ Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

JAHRESDURCHSCHNITTE

Notenumlauf	Deckung des Notenumlaufs durch den Goldbestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten						Girorechnungen von Banken mit vorübergehender zeitlicher Bindung	Verbindlichkeiten auf Zeit	Jahr
		Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie	Rechnungen der Bundesverwaltungen	Rechnungen der Deponenten	Konti Zahlungs- u. Clearingabkommen	Guthaben ausländischer Banken ³⁾	Total			
In Millionen Franken	%	In Millionen Franken								
13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
1 293,9	130.64	541,3	29,0	27,7	27,2	—	625,2	—	—	1936
1 378,4	191.51	1 305,3	86,1	28,4	69,5	—	1 489,3	—	—	1937
1 555,4	183.17	1 703,7	18,1	44,1	45,0	—	1 810,9	—	—	1938
1 802,3	140.38	1 093,2	12,0	33,1	44,4	—	1 182,7	—	—	1939
2 081,9	103.02	744,3	4,4	38,6	80,5	—	867,8	—	—	1940
2 107,8	111.36	1 309,1	60,8	50,5	102,0	—	1 522,4	—	—	1941
2 251,4	150.60	1 197,1	86,7	52,5	99,4	—	1 435,7	—	—	1942
2 646,5	142.62	1 195,9	54,3	45,4	127,1	—	1 422,7	—	—	1943
3 025,1	144.93	1 097,2	146,1	60,2	129,8	—	1 433,3	—	—	1944
3 517,6	133.36	1 017,8	42,7	83,0	137,1	—	1 280,6	—	—	1945
3 633,2	132.61	813,8	131,9	90,8	189,9	—	1 226,4	—	—	1946
3 940,6	130.18	734,0	147,2	74,4	242,9	—	1 198,5	—	—	1947
4 167,9	135.86	935,0	64,5	51,6	256,6	—	1 307,7	—	401,9	1948
4 259,9	141.93	1 373,0	149,1	54,2	240,9	—	1 817,2	—	269,3	1949
4 239,6	145.75	1 512,1	305,5	58,6	242,4	—	2 118,6	—	176,0 ⁴⁾	1950
4 419,5	135.78	1 269,2	384,0	51,3	153,0	—	1 857,5	—	—	1951
4 596,2	127.22	1 176,7	319,5	41,7	154,2	—	1 692,1	—	—	1952
4 783,6	125.40	1 373,9	203,8	99,8	127,7	—	1 805,2	—	—	1953
4 904,0	125.95	1 354,5	229,1	54,4	164,2	—	1 802,2	—	—	1954
5 056,8	124.67	1 397,2	303,2	30,3	142,9	—	1 873,6	—	—	1955
5 189,7	130.92	1 672,0	458,7	17,7	74,3	—	2 222,7	—	—	1956
5 467,2	129.80	1 788,4	283,8	17,6	106,4	—	2 196,2	—	—	1957
5 501,2	144.66	2 600,3	270,6	17,9	66,5	—	2 955,3	—	—	1958
5 705,3	145.23	2 610,3	264,9	17,8	36,4	—	2 929,4	—	—	1959
6 042,4	134.90	2 112,3	289,0	17,6	23,8	—	2 442,7	—	399,2 ⁵⁾	1960
6 672,9	150.60	2 346,5	684,9	21,2	29,8	222,6 ⁶⁾	3 198,4	1 035,0 ⁷⁾	397,8	1961
7 358,9	144.23	2 034,2	326,4	21,7	23,6	187,6	2 593,5	1 035,0	399,4	1962
8 002,8	134.37	2 046,3	195,1	26,0	21,6	59,7	2 348,7	1 035,0	399,1	1963
8 638,6	128.27	2 059,2	283,1	24,5	27,0	32,2	2 426,0	1 035,0	483,3	1964

³⁾ Vor Ende Juni 1961 in den Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie inbegriffen.

⁶⁾ Durchschnitt Ende Juni bis Dezember.

⁴⁾ Durchschnitt Januar bis Juli.

⁷⁾ Durchschnitt Ende März bis Dezember.

⁵⁾ Durchschnitt Oktober bis Dezember.

UMSÄTZE

Jahr	Kassenumsatz	Devisenverkehr 1)	Diskontierungen					Wechsel der eidg. Darlehenskasse	Lombardvorschüsse	Verkehr in eigenen Wertchriften
			Inlandportefeuille							
			Schweizerwechsel		Schatzanweisungen 2)	Obligationen	Total			
			Betrag	Durchschnittl. Laufzeit						
In Millionen Franken			Tage	In Millionen Franken						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1907	1 819,5	124,4	317,7	28	—	—	317,7	—	13,4	6,4
1908	2 567,9	310,2	465,2	18	—	—	465,2	—	85,5	37,5
1909	2 890,5	337,4	569,4	29	—	—	569,4	—	113,6	44,0
1910	3 265,4	381,7	965,8	26	—	—	965,8	—	126,7	40,4
1911	3 548,0	364,8	903,0	26	—	12,4	915,4	—	127,9	46,5
1912	3 920,1	424,8	1 082,0	26	—	28,3	1 110,3	—	174,4	16,0
1913	3 798,2	472,3	956,9	21	—	27,3	984,2	—	215,1	12,4
1914	4 434,9	350,5	907,5	38	124,0	48,2	1 079,7	—	152,7	15,6
1915	3 649,1	430,6	484,1	33	444,0	22,5	950,6	—	94,1	5,6
1916	4 250,7	662,6	237,2	29	954,0	10,5	1 201,7	—	90,5	8,3
1917	4 479,0	513,8	336,9	28	1 392,0	12,5	1 741,4	—	175,4	6,8
1918	6 219,3	484,5	1 158,8	37	1 962,0	21,6	3 142,4	—	300,4	4,4
1919	5 690,1	740,2	1 384,0	32	2 365,0	11,4	3 760,4	—	275,8	2,9
1920	6 181,3	558,7	1 373,1	38	1 949,0	33,9	3 356,0	—	315,3	6,7
1921	5 964,1	428,8	516,1	35	1 884,0	15,2	2 415,3	—	262,7	6,5
1922	5 997,1	579,4	160,3	47	1 083,0	10,9	1 254,2	—	226,1	7,4
1923	5 818,9	584,2	476,2	35	1 419,0	27,7	1 922,9	—	341,9	4,5
1924	5 684,6	716,8	741,4	38	181,0	30,4	952,8	—	576,8	4,0
1925	6 314,6	1 098,6	292,1	35	174,4	11,8	478,3	—	317,4	27,3
1926	6 520,5	1 125,9	451,7	26	153,0	15,2	619,9	—	350,6	7,3
1927	7 056,5	1 199,3	828,7	28	93,0	30,5	952,2	—	470,4	12,8
1928	6 801,1	11 228,6	1 093,0	28	14,0	49,9	1 156,9	—	681,7	72,5
1929	6 689,1	10 499,3	957,9	29	24,0	56,4	1 038,3	—	712,7	37,5
1930	6 948,2	9 369,0	294,2	35	62,0	43,8	400,0	—	449,6	309,0
1931	9 386,6	15 370,5	229,7	41	193,0	33,4	456,1	—	406,7	449,9
1932	6 566,4	3 747,8	79,4	57	62,9	29,1	171,4	7,5	282,8	58,8
1933	6 171,0	5 310,7	73,7	52	139,7	43,7	257,1	143,8	394,2	88,0
1934	5 248,5	3 025,3	79,9	53	573,5	33,1	686,5	88,5	437,9	52,5
1935	5 706,7	4 566,6	245,7	52	431,6	57,5	734,8	272,8	664,9	119,9

1) 1907 bis 1927 ist nur der Betrag der diskontierten und angekauften Auslandswchsel angegeben ; der Verkehr der Auslandskorrespondenten ist bis 1927 im Umsatz der Korrespondentenrechnungen im Inland (Kol. 12) inbegriffen.

2) Bis 1930 nur Schatzanweisungen des Bundes.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

UMSÄTZE

Verkehr mit den Korrespondenten im Inland ³⁾	Inkassoverkehr Einreichungen	Giroverkehr	Verkehr zwischen Nationalbankkunden und Postcheckkonti	Verkehr mit den Bundesverwaltungen	Verkehr mit Deponenten	Verkehr der Konti Zahlungs- u. Clearingabkommen	Auf die Bank ausgestellte Checks und Generalmandate ⁴⁾	Gesamtumsatz in doppelter Aufrechnung (ohne Abrechnungsstellen)	Umsatz der Abrechnungsstellen	Jahr
In Millionen Franken										
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
1 143,2	64,5	5 019,5	—	367,0	5,5	—	—	15 876,2	2 133,7	1907
1 839,4	131,0	10 610,1	37,9	1 066,5	12,0	—	22,9	31 056,2	2 997,4	1908
1 819,1	286,5	13 683,3	178,1	1 411,8	23,5	—	48,6	37 578,2	3 483,7	1909
2 205,8	360,9	16 616,6	297,6	1 663,9	42,8	—	48,6	44 845,6	4 036,0	1910
2 553,6	399,4	17 480,0	364,8	1 997,1	45,4	—	34,5	47 493,6	4 305,0	1911
2 852,8	454,8	19 641,0	454,8	2 115,1	57,7	—	34,7	55 760,6	4 614,6	1912
2 982,7	483,3	18 799,0	487,1	2 238,5	51,9	—	31,9	54 962,4	5 471,6	1913
2 353,7	323,5	17 438,1	502,6	2 353,8	194,9	—	23,9	56 172,0	4 146,8	1914
2 785,7	276,5	18 920,7	575,2	3 933,7	197,7	—	31,1	59 920,6	3 923,7	1915
3 980,9	254,0	26 918,2	707,1	5 655,7	329,0	—	42,6	86 220,6	4 914,9	1916
3 784,5	266,3	28 891,5	962,2	7 217,3	405,5	—	68,8	103 332,4	5 793,2	1917
4 088,9	381,2	38 016,6	1 328,7	10 155,4	1 122,8	—	59,5	142 371,6	7 578,0	1918
5 481,0	420,6	43 616,2	1 361,5	12 381,5	856,6	—	41,6	159 069,8	9 664,3	1919
6 312,9	477,2	51 599,2	1 554,5	12 693,5	382,9	—	34,9	169 423,4	14 831,3	1920
4 870,3	371,8	48 803,6	1 433,5	12 563,1	192,5	—	22,0	161 033,0	12 701,4	1921
4 712,9	293,9	46 262,0	1 368,9	10 601,1	311,6	—	26,0	121 686,4	10 281,2	1922
6 233,5	358,4	51 646,4	1 467,7	13 058,3	377,7	—	30,3	136 914,8	11 372,0	1923
7 274,2	459,2	57 981,2	1 652,5	10 874,4	494,3	—	22,2	130 707,2	13 128,4	1924
7 778,8	433,0	58 206,0	1 726,9	10 956,9	407,3	—	63,5	131 395,0	13 185,0	1925
6 405,5	430,4	63 755,5	1 707,0	10 280,9	436,2	—	55,5	133 765,6	13 617,9	1926
7 702,0	488,9	76 062,7	1 800,8	11 017,4	465,5	—	60,9	150 757,6	15 652,8	1927
2 933,8	593,3	79 462,8	1 951,0	11 276,1	1 204,3	—	66,4	159 714,6	14 747,6	1928
2 956,3	589,0	77 063,9	2 121,7	11 626,5	1 985,5	—	61,3	158 593,7	13 761,5	1929
2 888,1	549,0	78 448,4	2 204,5	13 656,5	1 755,1	—	142,2	158 659,2	12 586,0	1930
2 706,1	628,6	74 074,5	2 139,2	12 082,0	1 047,1	—	179,7	170 066,7	10 243,8	1931
2 456,3	584,1	41 755,3	2 028,2	10 291,6	526,8	—	169,3	108 175,0	5 193,3	1932
2 321,2	511,2	44 954,6	2 048,4	9 904,4	566,7	—	160,0	113 801,0	4 824,6	1933
2 292,0	467,0	39 524,8	2 151,1	11 038,7	790,2	—	136,0	104 803,8	4 013,8	1934
2 222,7	320,5	39 566,4	2 113,7	9 803,0	542,0	2 157,9	110,5	109 537,7	3 267,8	1935

³⁾ 1907 bis 1927 einschliesslich Verkehr der Auslandskorrespondenten, ab 1928 nur Verkehr der Korrespondenten im Inland.
⁴⁾ Bis 1924 nur Generalmandate.

UMSÄTZE

Jahr	Kassen- umsatz ¹⁾	Devisen- verkehr	Diskontierungen						Lombard- vorschüsse	Verkehr in eigenen Wert- schriften
			Inlandportefeuille					Wechsel der eidg. Darlehens- kasse		
			Schweizerwechsel		Schatz- anwei- sungen ²⁾	Obli- gationen	Total			
			Betrag	Durch- schnittl. Laufzeit						
In Millionen Franken			Tage	In Millionen Franken						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1936	6 899,0	2 313,5	53,3	54	650,0	22,0	725,3	234,0	343,7	215,4
1937	6 030,0	7 893,4	39,0	55	10,6	21,0	70,6	63,0	165,9	31,5
1938	8 435,8	4 736,6	122,6	74	295,2	9,3	427,1	28,6	107,5	102,4
1939	9 870,8	5 348,1	106,3	75	449,8	19,7	575,8	41,4	277,2	118,5
1940	9 291,5	6 105,8	324,2	79	1 281,4	20,4	1 626,0	46,4	404,0	22,0
1941	7 836,4	7 844,4	290,1	86	728,9	10,5	1 029,5	58,5	158,1	24,0
1942	9 194,0	5 280,4	462,3	86	474,6	6,9	943,8	49,9	152,6	15,3
1943	9 683,4	1 936,9	459,2	85	663,2	3,9	1 126,3	16,4	134,0	4,4
1944	10 522,5	3 119,5	566,8	77	404,1	8,3	979,2	19,8	141,5	4,9
1945	12 005,6	6 734,2	408,3	74	977,8	10,7	1 396,8	65,7	276,1	7,0
1946	14 043,1	4 716,9	363,5	74	236,8	26,6	626,9	61,5	498,0	17,4
1947	21 023,4	3 584,3	275,6	66	74,4	63,8	413,8	84,1	864,9	11,5
1948	17 787,7	4 936,2	808,4	71	27,6	60,2	896,2	59,5	664,6	5,0
1949	15 720,1	6 421,6	465,6	85	6,2	8,8	480,6	41,4	244,8	16,1
1950	17 841,5	6 316,2	470,3	78	32,7	9,6	512,6	20,0	308,0	5,9
1951	15 933,8	6 960,0	842,5	79	27,5	23,1	893,1	2,9	437,7	4,4
1952	16 645,0	9 518,0	1 264,9	85	8,1	12,5	1 285,5	1,6	448,6	4,7
1953	17 130,8	13 518,0	1 100,3	88	23,7	4,7	1 128,7	—	358,8	63,9
1954	18 230,1	17 961,2	817,7	86	2,0	14,7	834,4	—	474,9	22,3
1955	18 609,2	21 665,5	836,9	83	23,7	63,7	924,3	—	774,8	4,6
1956	23 143,6	22 895,8	922,1	81	36,5	124,7	1 083,3	—	847,6	27,7
1957	35 038,4	19 667,6	1 053,6	43 ³⁾	0,3	63,2	1 117,1	—	559,9	0,6
1958	33 429,7	24 195,4	827,5	45 ⁴⁾	0,3	6,7	834,5	—	217,0	23,4
1959	29 399,6	19 956,0	523,3	50 ⁴⁾	—	9,8	533,1	—	202,9	19,3
1960	29 297,6	33 172,5	533,8	51 ⁴⁾	0,5	9,5	543,8	—	331,0	7,7
1961	35 856,9	30 831,8	532,4	49 ⁴⁾	—	13,9	546,3	—	366,8	10,3
1962	38 492,0	51 924,5	476,8	61 ⁴⁾	49,5	36,2	562,5	—	412,6	45,2
1963	43 696,3	52 243,4	307,3	47 ⁴⁾	68,6	39,1	415,0	—	534,6	585,0
1964	48 384,3	47 794,0	475,3	25 ⁴⁾	158,3	73,8	707,4	—	644,0	20,9

¹⁾ Seit 1938 einschliesslich Gold im Ausland.
²⁾ Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.
³⁾ Durchschnittliche Laufzeit der im 2. Halbjahr 1957 diskontierten Wechsel ohne eigene Pflichtlagerkredite.
⁴⁾ Durchschnittliche Laufzeit der diskontierten Wechsel ohne eigene Pflichtlagerkredite.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

UMSÄTZE

Verkehr mit den Korrespondenten		Inkassoverkehr Einreichungen	Giroverkehr	Verkehr zwischen Nationalbankkunden und Postcheckkonti	Verkehr mit den Bundesverwaltungen	Verkehr mit Deponenten	Verkehr der Konti Zahlungen- u. Clearingabkommen	Auf die Bank ausgestellte Checks und Generalmandate	Gesamtumsatz in doppelter Aufrechnung (ohne Abrechnungsstellen)	Umsatz der Abrechnungsstellen	Jahr
im Inland	im Ausland										
In Millionen Franken											
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
2 150,5	—	296,6	41 231,0	1 990,9	11 230,1	609,4	2 627,7	104,0	118 067,9	3 066,7	1936
2 311,6	—	287,5	44 139,2	2 357,1	9 161,2	574,6	3 680,8	134,8	128 825,4	3 712,9	1937
2 298,6	—	272,5	41 076,5	2 492,3	9 636,8	496,5	3 589,6	138,4	113 198,6	3 563,9	1938
2 446,0	—	307,5	41 412,6	2 677,2	11 175,3	589,3	3 905,3	181,9	125 049,3	3 331,8	1939
2 496,4	—	283,9	34 238,1	3 764,3	16 059,7	674,5	5 179,8	161,4	141 568,3	2 130,3	1940
2 748,6	—	322,3	32 947,5	3 986,0	17 767,6	653,2	9 933,9	205,5	138 483,8	1 791,6	1941
3 006,0	—	406,7	35 633,6	4 039,9	18 487,5	562,3	9 913,8	164,8	143 977,4	2 010,8	1942
3 233,4	—	386,4	34 775,8	4 075,5	23 190,7	425,1	9 855,9	167,6	150 645,4	1 877,5	1943
3 369,4	—	341,5	33 575,0	4 196,7	23 427,9	776,4	6 788,2	152,5	150 264,2	1 661,1	1944
3 884,4	—	372,3	37 791,6	4 334,4	26 930,4	1 182,0	3 590,8	188,1	169 458,1	1 827,8	1945
5 086,4	—	489,7	48 765,6	5 160,5	26 501,4	613,7	18 759,7	227,5	209 443,8	2 467,6	1946
6 034,0	—	586,0	56 150,8	6 128,5	28 357,7	512,5	32 066,0	292,0	250 367,6	3 232,0	1947
6 347,5	—	647,0	60 726,3	6 475,6	27 141,3	401,4	38 499,3	325,8	264 778,4	3 762,7	1948
5 878,7	—	555,6	55 864,0	5 990,3	28 040,8	379,9	38 824,8	310,0	257 165,5	3 320,3	1949
6 104,3	—	579,9	61 896,7	6 449,1	25 148,7	547,7	24 140,2	259,2	246 919,6	3 162,1	1950
6 585,2	—	670,0	75 414,9	7 023,5	28 867,5	357,6	36 881,3	245,0	296 821,6	3 685,1	1951
6 817,3	—	680,4	81 565,3	7 408,2	29 370,4	289,9	22 289,3	255,9	291 769,5	3 496,5	1952
6 980,9	—	518,0	86 311,5	7 431,8	29 820,7	962,0	19 639,7	238,6	300 436,6	3 394,6	1953
7 466,1	—	535,7	101 534,2	7 812,4	30 470,3	825,9	18 819,1	252,9	324 828,1	3 589,4	1954
7 992,6	—	488,8	120 290,7	8 446,0	32 726,7	778,6	15 930,9	289,2	359 430,7	3 873,8	1955
8 810,3	—	494,1	138 809,8	9 241,4	33 896,8	457,8	15 351,0	351,9	386 756,6	4 135,0	1956
9 381,3	—	523,3	157 939,4	9 907,1	37 889,1	402,4	26 041,6	434,8	483 891,1	4 794,2	1957
9 423,3	—	475,4	175 439,9	10 287,8	37 910,9	688,9	18 024,4	399,1	477 050,6	4 200,2	1958
9 962,6	1 447,0	462,0	244 499,6	10 945,2	37 738,9	1 018,8	6 718,9	366,3	524 253,8	5 191,1	1959
11 176,5	2 527,8	477,7	325 786,5	12 191,1	42 908,7	1 100,4	2 934,5	485,8	646 506,7	6 553,6	1960
12 575,5	25 986,0	622,2	384 805,1	13 453,2	47 980,5	1 607,2	2 936,4	463,3	769 982,6	8 051,5	1961
14 348,7	22 492,4	656,8	508 180,6	15 271,4	58 630,9	1 442,2	2 793,7	476,5	957 725,1	10 110,3	1962
15 746,1	3 920,0	819,2	600 883,0	16 889,5	62 531,7	2 632,4	2 038,6	455,7	1 065 988,4	9 652,0	1963
17 333,5	8 593,6	897,2	628 870,9	19 239,5	67 257,3	762,6	2 183,3	502,9	1 131 729,9	10 201,0	1964

GESCHÄFTSERGEBNISSE

Jahr	Ertrag aus dem Verkehr mit Gold und Devisen	Diskontoertrag und Inkassogebühren					Ertrag des Lombardgeschäftes	Ertrag der eigenen Wertpapiere ²⁾	Zinsen von Inlandkorrespondenten ³⁾	Kommissionen ⁴⁾	Diverse Nutzen	Zinsen an Deponenten ⁵⁾	Bruttoertrag
		davon Diskontoertrag auf											
		Total	Schweizerwechseln	Schatzanweisungen ¹⁾	Obligationen	Wechseln der eidg. Darlehenskasse							
In 1000 Franken													
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1907/08	1 563	1 979	1 977	—	—	—	117	496	738	69	20	473	4 509
1909	1 098	1 304	1 303	—	—	—	158	360	337	116	29	444	2 958
1910	1 270	2 502	2 490	—	—	—	247	481	1 084	69	5	1 415	4 243
1911	1 628	2 315	2 267	—	35	—	302	527	866	87	19	1 313	4 431
1912	1 117	3 430	3 233	—	183	—	568	479	396	125	22	705	5 432
1913	1 849	2 994	2 868	—	110	—	830	407	454	149	18	841	5 860
1914	1 208	5 292	4 472	427	371	—	1 046	527	487	192	19	426	8 345
1915	÷ 421	5 458	2 264	3 014	168	—	840	418	1 096	259	9	323	7 336
1916	2 470	5 874	939	4 872	51	—	920	382	1 520	321	12	288	11 211
1917	900	8 155	1 076	7 027	42	—	1 471	366	1 474	458	8	475	12 357
1918	1 120	10 660	4 813	5 734	103	—	2 106	520	1 553	695	140	25	16 769
1919	999	15 887	6 628	9 162	87	—	2 402	552	1 734	656	192	163	22 259
1920	3 996	11 696	7 149	4 343	191	—	1 956	446	4 164	619	189	187	22 879
1921	1 715	11 612	2 915	8 593	91	—	2 162	1 387	833	677	117	333	18 170
1922	4 640	4 492	848	3 575	55	—	2 070	747	1 288	752	130	497	13 622
1923	2 839	5 918	1 344	4 408	156	—	2 201	770	1 126	627	87	473	13 095
1924	909	3 606	3 246	175	175	—	3 323	609	1 617	525	137	867	9 859
1925	4 273	1 841	1 199	551	85	—	2 403	704	1 527	653	188	252	11 337
1926	4 927	2 419	1 177	1 169	68	—	2 064	543	1 098	539	249	267	11 572
1927	4 775	3 352	2 145	1 029	174	—	2 184	485	1 784	621	315	390	13 126
1928	5 222	4 240	2 970	995	271	—	2 821	475	496	578	393	468	13 757
1929	6 402	4 149	2 862	994	287	—	2 738	339	550	539	289	373	14 633
1930	7 646	1 658	972	422	258	—	1 675	1 359	468	727	287	778	13 042
1931	6 941	997	611	250	116	—	1 384	831	316	789	310	328	11 240
1932	4 660	517	300	91	89	16	1 375	2 240	197	662	340	310	9 681
1933	3 626	713	214	100	108	268	1 400	2 391	144	930	251	204	9 251
1934	3 529	1 338	256	606	117	338	1 926	1 203	119	698	234	217	8 830
1935	1 630	2 930	799	1 028	186	898	2 806	1 374	169	677	100	186	9 500

¹⁾ Bis 1930 nur Schatzanweisungen des Bundes.
²⁾ Ohne Berücksichtigung der Abschreibungen.
³⁾ Einschliesslich Zinsen auf Postcheckrechnungen.
⁴⁾ Einschliesslich Aufbewahrungsgebühren und Schrankfachmieten.
⁵⁾ Einschliesslich Zinsen an Bundesverwaltungen.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

GESCHÄFTSERGEBNISSE

Verwaltungs-kosten	Steuern und Abgaben inkl. Rückstellungen hierfür	Banknoten-anfertigungs-kosten inkl. Rückstellungen hierfür	Rückstellungen und Verluste auf Gold ⁶⁾	Abschreibungen, Verluste und Rückstellungen		Ausser-ordentliche Zuweisung an die Wohlfahrtseinrichtungen der Bank	Rein-gewinn	Zuwei-sung an den Re-serve-fonds	Divi-dende	Ab-lieferung an die Eidg. Staats-kasse	Jahr
				auf Bankgebäuden und Mobiliar, ab-züglich Mehrerlös aus verkauften Liegenschaften	auf Wert-schriften und laufenden Ge-schäften, ab-züglich Wieder-eingänge						
In 1000 Franken											
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26
2 068	—	226	162	29	7	—	2 017	202	1 800	15	1907/08
1 399	—	151	8	22	43	20	1 315	131	1 000	184	1909
1 307	—	151	69	95	77	20	2 524	252	1 000	1 272	1910
1 355	—	225	68	91	87	30	2 575	258	1 000	1 317	1911
1 381	—	224	315	188	246	40	3 038	304	1 000	1 734	1912
1 426	—	271	165	163	248	100	3 487	349	1 000	2 138	1913
1 572	—	503	25	292	621	60	5 272	500	1 000	3 772	1914
1 498	—	566	2	140	598	80	4 452	445	1 000	3 007	1915
1 571	—	628	—	1 001	231	350	7 430	500	1 000	5 930	1916
1 844	—	501	—	1 195	419	440	7 958	500	1 000	6 458	1917
2 550	—	1 352	—	4 294	2 576	510	5 487	500	1 000	3 987	1918
3 577	—	454	1 878	5 046	2 861	1 000	7 443	500	1 000	5 943	1919
3 749	—	2 253	367	3 426	1 164	500	11 420	500	1 000	9 920	1920
3 715	2 500	1 000	146	1 233	÷ 48	500	9 124	500	1 500	7 124	1921
3 885	—	500	—	1 069	40	500	7 628	500	1 500	5 628	1922
3 825 ⁷⁾	1 500	176	—	67	490	—	7 037	500	1 500	5 037	1923
3 630	—	521	—	÷ 642	÷ 7	—	6 357	500	1 500	4 357	1924
3 708	—	415	—	33	÷ 5	500	6 686	500	1 500	4 686	1925
3 525	300	665	244	112	÷ 22	—	6 748	500	1 500	4 748	1926
3 597	800	779	77	830	290	—	6 753	500	1 500	4 753	1927
4 204 ⁷⁾	262	278	178	1 682	255	—	6 898	559	1 500	4 839	1928
4 153	—	437	624	1 618	÷ 10	500	7 311	500	1 500	5 311	1929
3 873	—	705	35	1 323	÷ 3	—	7 109	500	1 500	5 109	1930
3 913	—	688	—	66	869	—	5 704	500	1 500	3 704	1931
3 909	—	170	—	33	261	—	5 308	500	1 500	3 308	1932
3 532	—	204	234	28	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1933
3 390	170	123	—	27	÷ 133 ⁸⁾	—	5 253	500	1 500	3 253	1934
3 455	200	173	—	13	406	—	5 253	500	1 500	3 253	1935

⁶⁾ Einschliesslich Fr. 300 000 für einen Transportversicherungsfonds (Rückstellung für nicht versicherte Schadensfälle).

⁷⁾ Einschliesslich Fr. 635 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadensfälle.

⁸⁾ Einschliesslich Barschaftsimporkosten von 1907/08 bis 1915.

⁹⁾ Nicht beanspruchte Reservestellung für Verluste im laufenden Geschäft.

GESCHÄFTSERGEBNISSE

Jahr	Ertrag aus dem Verkehr mit Gold und Devisen ¹⁾	Diskontoertrag und Inkassogebühren					Ertrag des Lombardgeschäfts	Ertrag der eigenen Wertschriften ²⁾	Zinsen von Inlandkorrespondenten ⁴⁾	Kommissionen ⁵⁾	Diverse Nutzenposten	Zinsen an Deponenten ⁶⁾	Bruttoertrag
		Total	davon Diskontoertrag auf										
			Schweizerwechseln	Schatzanweisungen ²⁾	Obligationen	Wechseln der eidg. Darlehenskasse							
In 1000 Franken													
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1936	1 562	3 304	237	1 830	111	1 106	2 165	1 270	145	736	170	219	9 133
1937	5 904	365	108	22	56	165	818	1 272	55	737	193	171	9 173
1938	10 429	523	259	159	23	67	571	2 445	46	673	95	181	14 601
1939	4 857	1 153	323	692	41	82	895	2 511	59	475	198	147	10 001
1940	3 454	2 676	872	1 580	54	81	1 668	3 087	75	546	146	132	11 520
1941	6 503	1 513	783	520	23	114	642	2 555	56	634	122	134	11 891
1942	9 294	1 210	853	138	19	108	484	2 183	48	669	146	133	13 901
1943	7 098	1 365	963	335	10	18	419	2 269	49	568	82	137	11 713
1944	8 424	1 241	959	198	14	17	426	2 198	50	674	136	131	13 018
1945	8 550	2 232	725	1 455	14	7	480	2 072	52	624	223	130	14 103
1946	16 725	859	628	89	37	14	868	1 377	93	1 154	138	142	21 072
1947	10 756	811	517	127	108	55	1 427	1 515	147	1 899	—	175	16 380
1948	7 168	2 134	1 827	44	163	95	1 498	1 736	176	2 345	95	150	15 002
1949	7 689	1 902	1 814	14	34	37	700	1 386	80	1 409	116	164	13 118
1950	10 470	1 623	1 567	11	16	25	552	1 350	81	1 223	151	171	15 279
1951	7 888	2 811	2 641	127	31	1	770	1 459	130	1 266	179	176	14 327
1952	8 232	3 934	3 537	328	53	5	736	1 303	117	934	139	191	15 204
1953	9 699	3 751	3 295	435	14	—	605	1 258	114	1 214	171	206	16 606
1954	10 689	2 705	2 192	489	19	—	622	1 356	126	971	102	223	16 348
1955	16 735	2 298	1 832	347	115	—	1 090	1 366	168	967	607	231	23 000
1956	19 215	2 648	1 975	464	206	—	1 149	1 550	182	864	571	234	25 945
1957	16 894	3 329	2 860	176	289	—	981	1 702	187	712	591	246	24 150
1958	15 293	3 005	2 920	9	71	—	417	1 408	147	679	518	251	21 216
1959	16 167	1 385	1 368	—	13	—	254	1 793	99	502	564	251	20 513
1960	19 970	1 354	1 318	—	33	—	463	2 192	111	465	840	262	25 133
1961	25 750	1 337	1 297	—	27	—	390	1 776	112	537	912	284	30 530
1962	25 863	1 483	1 374	5	101	—	465	2 497	135	648	1 141	292	31 940
1963	25 889	1 541	1 396	58	83	—	505	8 416	147	601	1 088	302	37 885
1964	24 898	2 033	1 753	85	191	—	936	12 367	200	635	1 533	347	42 255

¹⁾ Einschliesslich Ertrag im Verkehr mit Auslandskorrespondenten.
²⁾ Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.
³⁾ Einschliesslich der ausländischen Schatzanweisungen in Schweizerfranken, ohne Berücksichtigung der Abschreibungen.
⁴⁾ Bis 1949 einschliesslich Zinsen auf Postcheckrechnungen.
⁵⁾ Einschliesslich Aufbewahrungsgebühren und Schrankfachmieten.
⁶⁾ Bis 1936 einschliesslich Zinsen an Bundesverwaltungen.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

GESCHÄFTSERGEBNISSE

Verwaltungs-kosten	Steuern und Abgaben inkl. Rückstellungen hiefür	Banknoten-anfertigungs-kosten inkl. Rückstellungen hiefür	Rückstellungen und Verluste auf Gold, Sterilisierungs-kosten	Abschreibungen, Verluste und Rückstellungen		Ausser-ordentliche Zuweisung an die Wohlfahrtseinrichtungen der Bank	Rein-gewinn	Zuwei-sung an den Re-serv-fonds	Divi-dende	Ab-lieferung an die Eidg. Staats-kasse	Jahr
				auf Bankgebäuden und Mobiliar, ab-züglich Mehrerlös aus verkauften Liegenschaften	auf Wert-schriften und laufenden Ge-schäften, ab-züglich Wieder-eingänge						
In 1000 Franken											
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26
3 459	112	258	—	46	5	—	5 253	500	1 500	3 253	1936
3 443	—	450	—	27	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1937
3 689	117	1 802	—	37	3 703	—	5 253	500	1 500	3 253	1938
3 764	—	946	—	38	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1939
4 308	735	1 058	—	166	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1940
3 774	1 147	1 134	—	583	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1941
4 238	188	2 500	—	562	—	1 000	5 413	500	1 500	3 413	1942
4 370	323	1 535	—	72	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1943
5 273	300	1 500	—	532	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1944
4 836	239	2 300	—	715	—	600	5 413	500	1 500	3 413	1945
5 293	—	5 000	4 140 ¹¹⁾	26	—	1 200	5 413	500	1 500	3 413	1946
6 563	480	3 243	—	681	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1947
7 056	—	2 000	—	83	—	450	5 413	500	1 500	3 413	1948
7 210	—	—	451 ¹²⁾	44	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1949
7 331	—	500	1 501 ¹³⁾	534	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1950
7 409	—	—	799 ¹³⁾	347	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1951
7 492	250	1 500	—	190	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1952
7 976 ⁷⁾	250	1 500	—	608	—	500	5 772	500	1 500	3 772	1953
7 786	—	2 500	—	290	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1954
8 501 ⁷⁾	—	6 000	—	727	—	1 500	6 272	1 000	1 500	3 772	1955
11 138 ⁸⁾	300	5 000	—	2 035	—	1 200	6 272	1 000	1 500	3 772	1956
10 088 ⁹⁾	300	5 000	—	990	—	1 500	6 272	1 000	1 500	3 772	1957
9 871 ¹⁰⁾	—	3 000	—	2 073	—	—	6 272	1 000	1 500	3 772	1958
8 959	—	3 000	—	2 282	—	—	6 272	1 000	1 500	3 772	1959
8 883	400	3 000	4 087 ¹²⁾	1 741	—	750	6 272	1 000	1 500	3 772	1960
9 432	—	6 000	5 362 ¹³⁾	1 893	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1961
10 366	400	6 000	4 358 ¹²⁾	2 973	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1962
11 603	200	10 000	5 812 ¹²⁾	2 427	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1963
13 172 ¹⁰⁾	400	10 000	7 914 ¹²⁾	2 926	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1964

⁷⁾ Einschliesslich Fr. 500 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadensfälle.

⁸⁾ Einschliesslich Fr. 1 000 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadensfälle und Fr. 1 700 000 Rückstellung für das 50jährige Jubiläum der Bank.

⁹⁾ Einschliesslich Fr. 1 500 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadensfälle.

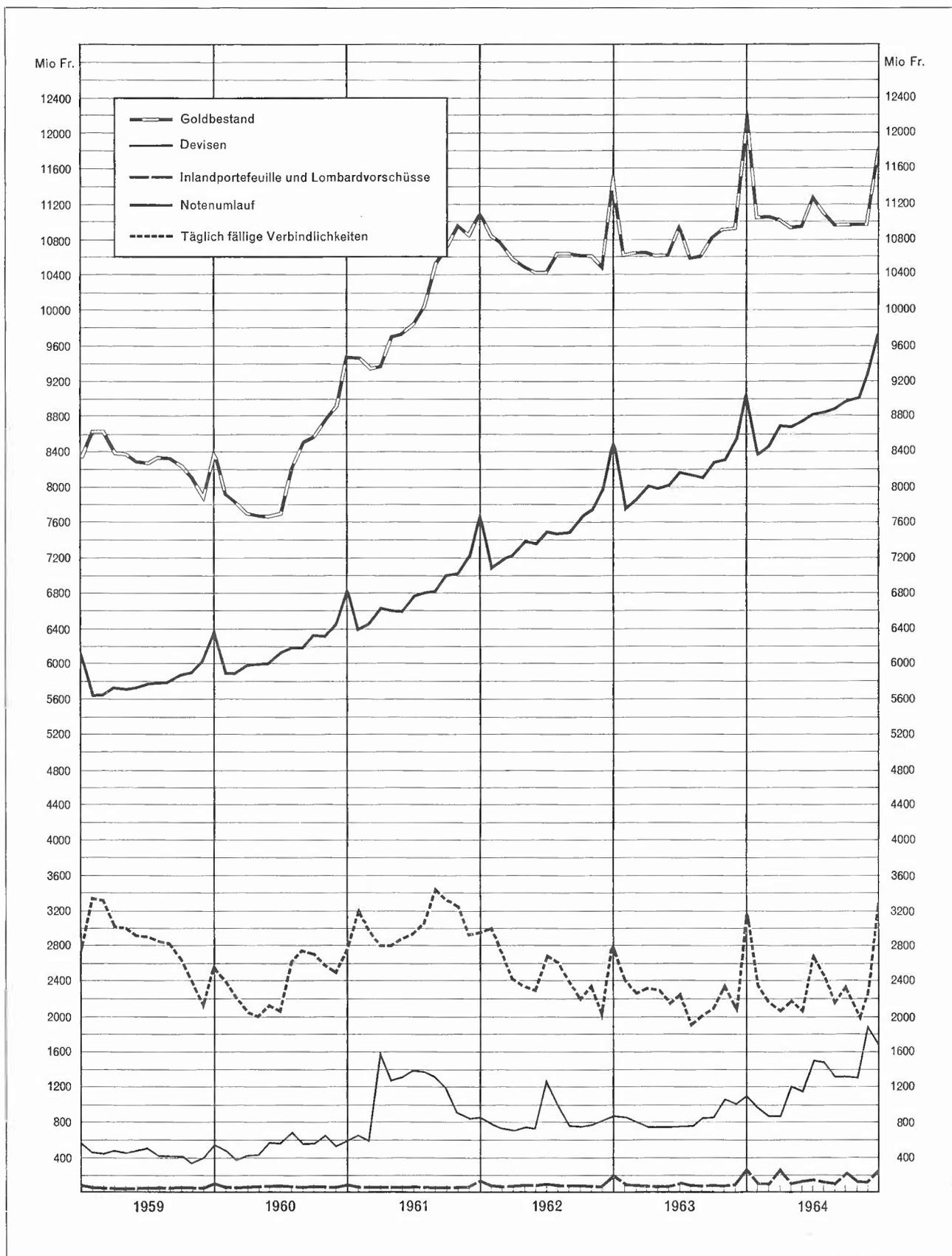
¹⁰⁾ Einschliesslich Fr. 1 000 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadensfälle.

¹¹⁾ Rückstellung für Zinsen von im Markt plazierten Bundesschatzanweisungen.

¹²⁾ Zinsen für im Markt plazierte Bundesschatzanweisungen.

¹³⁾ Zinsen für im Markt plazierte Bundesschatzanweisungen Fr. 4 362 000 und Rückstellung für Zinsen von im Markt plazierten Bundesschatzanweisungen Fr. 1 000 000.

BESTÄNDE AM MONATSENDE



LOMBARDZINSFUSS SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

Datum der Veränderung	Diskontosatz		Lombardzinsfuß		Datum der Veränderung	Diskontosatz		Lombardzinsfuß	
	%	Geltungsdauer Tage	%	Geltungsdauer Tage		%	Geltungsdauer Tage	%	Geltungsdauer Tage
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1907 20. Juni	4½	56	5	56	1914 10. September	5	113	6	14
15. August	5	84	5½	84	24. September	—	—	5½	99
7. November	5½	70	6	70	1915 1. Januar	4½	1 371	5	1 280
1908 16. Januar	5	7	5½	7	1918 4. Juli	—	—	5½	91
23. Januar	4½	28	5	28	3. Oktober	5½	322	6	917
20. Februar	4	28	4½	28	1919 21. August	5	595	—	—
19. März	3½	322	4	441	1921 7. April	4½	126	5½	126
1909 4. Februar	3	252	—	—	11. August	4	203	5	203
3. Juni	—	—	3½	133	1922 2. März	3½	168	4½	168
14. Oktober	3½	28	4	28	17. August	3	331	4	331
11. November	4	56	4½	56	1923 14. Juli	4	831	5	831
1910 6. Januar	3½	49	4	210	1925 22. Oktober	3½	1 624	4½	1 624
24. Februar	3	161	—	—	1930 3. April	3	98	4	98
4. August	3½	49	4½	84	10. Juli	2½	196	3½	196
22. September	4	35	—	—	1931 22. Januar	2	1 562	3	748
27. Oktober	4½	70	5	70	1933 8. Februar	—	—	2½	814
1911 5. Januar	4	42	4½	42	1935 3. Mai	2½	495	3½	495
16. Februar	3½	224	4	224	1936 9. September	2	78	3	78
28. September	4	350	4½	350	26. November	1½	7 475	2½	7 475
1912 12. September	4½	77	5	77	1957 15. Mai ¹⁾	2½	652	3½	652
28. November	5	259	5½	259	1959 26. Februar ²⁾	2	1 955	3	1 955
1913 14. August	4½	161	5	161	1964 3. Juli ³⁾	2½	181 ⁴⁾	3½	181 ⁴⁾
1914 22. Januar	4	28	4½	189					
19. Februar	3½	161	—	—					
30. Juli	4½	1	5½	1					
31. Juli	5½	3	6	3					
3. August	6	38	7	38					

¹⁾ Spezialdiskontsätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 1¾/10 (vom 1. April bis 24. Juli 1957), 2/10 (vom 25. Juli 1957 bis 25. Februar 1959); übrige Pflichtlager 2/10 (vom 1. April bis 24. Juli 1957).

²⁾ Spezialdiskontsätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 1¾/10 (seit 1. Juni 1959); übrige Pflichtlager 2½/10 (vom 26. Februar bis 31. Mai 1959).

³⁾ Spezialdiskontsätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 2¼/10 (seit 6. Juli 1964); übrige Pflichtlager 2½/10 (seit 6. Juli 1964).

⁴⁾ Bis 31. Dezember 1964.

ABRECHNUNGSVERKEHR

Jahr	Abrechnungsstellen für Wechsel- und Checkverkehr									Wertschriften-Clearing für Kassageschäfte	
	Basel	Bern	La Chaux- de-Fonds	Genf	Lausanne	Neuenburg	St. Gallen	Zürich	Total	Basel	Zürich
Mitglieder am 31. Dezember											
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1960	14	12	4	13	11	4	8	7	73	21	25
1961	14	12	4	13	12	4	8	7	74	20	25
1962	14	12	4	13	12	5	8	7	75	20	26
1963	14	12	4	13	12	6	8	7	76	20	26
1964	14	12	4	13	11	6	8	7	75	20	26
Zahl der eingereichten Stücke											
1960	60 287	37 590	1 937	190 795	88 813	4 100	11 006	171 280	565 808	—	—
1961	63 275	44 644	1 999	223 096	104 422	4 136	10 600	181 056	633 228	—	—
1962	66 588	46 507	2 185	253 406	117 754	4 883	10 990	189 445	691 758	—	—
1963	65 970	44 107	2 087	277 102	118 673	5 398	11 349	193 688	718 374	—	—
1964	63 191	47 131	1 904	310 896	122 514	4 797	11 599	207 475	769 507	—	—
Betrag der Einreichungen (in 1000 Franken)											
1960	2 133 759	237 136	23 472	2 301 416	601 264	18 714	72 856	1 164 978	6 553 595	802 280	2 766 713
1961	2 514 322	296 435	24 257	2 980 611	751 525	26 079	96 365	1 361 862	8 051 456	994 863	3 872 647
1962	3 277 282	337 340	28 739	4 051 252	804 640	36 191	93 778	1 481 038	10 110 260	913 511	3 688 554
1963	2 824 012	355 255	30 634	3 915 794	750 230	44 977	93 053	1 638 001	9 651 956	642 451	3 010 573
1964	3 131 453	374 441	32 481	3 889 284	804 049	40 571	101 405	1 827 361	10 201 045	682 880	3 065 277
Vom Betrag der Einreichungen wurden kompensiert (in Prozenten)											
1960	52.70	50.05	19.22	56.88	61.95	32.55	45.88	70.45	57.82	63.53	77.58
1961	50.46	49.95	23.84	58.05	64.85	25.21	40.98	68.85	57.43	66.55	78.68
1962	55.54	51.34	23.38	55.43	69.51	32.18	45.24	65.00	57.58	64.06	79.31
1963	54.52	48.99	20.20	56.43	69.20	34.80	46.43	63.35	57.45	64.39	77.93
1964	58.63	49.67	22.69	58.03	68.79	31.57	44.30	62.78	59.26	65.68	78.61

VERZEICHNIS DER MITGLIEDER DER BANKBEHÖRDEN UND DER BANKORGANE

AUF 1. JANUAR 1965

I. PRÄSIDIUM DER GENERALVERSAMMLUNG

(Amtsperiode 1963–1967)

Nationalrat Dr. B. Galli, Rechtsanwalt, Lugano, Präsident – Dr. P. Jäggi, Professor an der Universität Freiburg, Freiburg, Vizepräsident

II. BANKRAT

(Amtsperiode 1963–1967)

Die von der Generalversammlung der Aktionäre gewählten Mitglieder sind mit einem Stern (*) bezeichnet

- | | |
|--|---|
| Nationalrat Dr. B. Galli, Rechtsanwalt, Lugano, Präsident | * Dr. M. Haffter, Präsident der Thurgauischen Kantonalbank, Frauenfeld |
| Dr. P. Jäggi, Professor an der Universität Freiburg, Freiburg, Vizepräsident | Dr. E. Hatt, Vizepräsident des Verwaltungsrates der Aktiengesellschaft Heinr. Hatt-Haller, Hoch- & Tiefbau-Unternehmung, Zürich |
| * J. Ackermann, Direktor der Freiburgischen Elektrizitätswerke, Freiburg | Dr. Dr. h. c. O. Howald, Professor an der Eidgenössischen Technischen Hochschule, Brugg |
| * G. André, Präsident des Verwaltungsrates der Firma André et Cie, Aktien-Gesellschaft, Lausanne | M. Jaeger, Präsident des Bündner Handels- und Industrievereins, Bündner Handelskammer, Chur |
| F. Antognini, Direktor der Chocolat Cima-Norma S. A., Torre | A. Juillard, Direktor der Cortébert Watch Co., Juillard & Cie, Cortébert |
| E. Barbey, in Firma Lombard, Odier & Cie, Genf | Dr. Dr. h. c. R. Käppeli, Präsident des Verwaltungsrates der CIBA Aktiengesellschaft, Riehen |
| J.-L. Borel, Delegierter des Verwaltungsrates und Direktor der Uhrenfabrik Ernest Borel et Cie S. A., Neuenburg | E. Kronauer, Ing., Delegierter des Verwaltungsrates und Generaldirektor der Sécheron Werke Aktiengesellschaft, Genf |
| * O. de Chastonay, Direktor der Walliser Kantonalbank, Sitten | Dr. h. c. H. Küng, Delegierter des Verwaltungsrates und Direktor der Genossenschaftlichen Zentralbank, Basel |
| Dr. Dr. h. c. R. Devrient, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Unfall- und Lebensversicherungs-Gesellschaften «Die Schweiz», Präsident des Verbandes schweizerischer Versicherungsgesellschaften, Pully | Nationalrat H. Leuenberger, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Zürich |
| A. Ernst, Fürsprecher, Direktor der Aktiengesellschaft der von Moos'schen Eisenwerke in Luzern, Luzern | * Ständerat Dr. A. Lusser, Zug |
| Dr. G. Eugster, Präsident des Verbandes Schweiz. Darlehenskassen, Weinfelden | * Ständerat Dr. R. Mäder, Rechtsanwalt, St. Gallen |
| * Dr. J. Golay, Professor an der Universität Lausanne, Lausanne | |

- Ständerat R. Meier, Regierungsrat, Finanzdirektor des Kantons Zürich, Eglisau
- * Dr. H. Meyer-Scholer, Mitglied des Verwaltungsrates und Direktor der Tonwerk Lausen A. G., Liestal
- * Nationalrat U. Meyer-Boller, Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes, Zollikon
- * Ständerat Dr. K. Obrecht, Fürsprecher und Notar, Solothurn
- * a. Staatsrat A. Oulevay, Morges
- Regierungsrat A. Richner, Direktor des Innern und des Gesundheitswesens des Kantons Aargau, Oftringen
- * Ständerat Dr. W. Rohner, Altstätten
- F. W. Schulthess, Präsident des Verwaltungsrates der Schweizerischen Kreditanstalt, Zürich
- * Dr. H. R. Schwarzenbach, in Firma Robt. Schwarzenbach & Co., Präsident des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, Horgen

- Dr. S. Schweizer, Präsident des Verwaltungsrates des Schweizerischen Bankvereins, Arlesheim
- * W. F. Siegenthaler, Präsident des Bankrates der Kantonalbank von Bern, Muri b. Bern
- G. Sulzer, dipl. Ing., Präsident der Gebrüder Sulzer Aktiengesellschaft, Winterthur
- Nationalrat Dr. H. Tschumi, Regierungsrat, Justizdirektor des Kantons Bern, Interlaken
- * Dr. R. Vischer, in Firma Simonius, Vischer & Co., Basel
- H. Winzenried, Industrieller, Deisswil
- Nationalrat E. Wüthrich, Zentralpräsident des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes, Bern
- Nationalrat Dr. E. Wyss, Regierungsrat, Vorsteher des Departements des Innern des Kantons Basel-Stadt, Basel

III. BANKAUSSCHUSS

(Amtsperiode 1963-1967)

- Nationalrat Dr. B. Galli, Rechtsanwalt, Lugano, Präsident von Amtes wegen
- Dr. P. Jäggi, Professor an der Universität Freiburg, Freiburg, Vizepräsident von Amtes wegen
- E. Barbey, in Firma Lombard, Odier & Cie, Genf
- Dr. Dr. h. c. O. Howald, Professor an der Eidgenössischen Technischen Hochschule, Brugg
- Dr. Dr. h. c. R. Käppeli, Präsident des Verwaltungsrates der CIBA Aktiengesellschaft, Riehen

- Ständerat Dr. A. Lusser, Zug
- Ständerat Dr. K. Obrecht, Fürsprecher und Notar, Solothurn
- a. Staatsrat A. Oulevay, Morges
- Ständerat Dr. W. Rohner, Altstätten
- Nationalrat E. Wüthrich, Zentralpräsident des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes, Bern

IV. REVISIONSKOMMISSION

(Amtsperiode 1964/1965)

MITGLIEDER

- Dr. E. Gsell, Professor an der Hochschule St. Gallen für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Bühler, Präsident
- N. Senn, Direktor der Appenzell-Innerrhodischen Kantonalbank, Appenzell
- Dr. A. von der Weid, a. Direktor der Freiburger Staatsbank, Freiburg

ERSATZMÄNNER

- H. Villiger, Verwalter der Ersparniskasse Nidwalden, Stans
- G. Spälty-Leemann, Fabrikant, Netstal
- A. Cornaz, Direktor der Caisse d'Épargne et de Crédit, Lausanne

V. LOKALKOMITEES

(Amtsperiode 1963-1967)

AARAU

- Dr. O. Pfiffner, Vizepräsident des Verwaltungsrates der Elfa A.G. Elektrochemische Fabrik, Aarau, Vorsitzender
- K. Oehler, Delegierter des Verwaltungsrates der Eisen- und Stahlwerke Oehler & Co. Aktiengesellschaft, Aarau, Stellvertreter des Vorsitzenden
- A. Job, Direktionspräsident der UNION Schweizerische Einkaufs-Gesellschaft Olten USEGO, Olten

BASEL

- Dr. h. c. G. Bohny, Präsident des Verwaltungsrates der Nielsen-Bohny & Co. Aktiengesellschaft, Basel, Vorsitzender
- W. Rohner, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Rohner A. G., Basel, Stellvertreter des Vorsitzenden
- H. Hatt, Präsident des Verwaltungsrates und Generaldirektor der Danzas A. G., Basel

BERN

- A. Buser, Ing. agr., Mitglied des Verwaltungsausschusses des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften von Bern und benachbarter Kantone, Wabern, Vorsitzender
- Dr. W. Weyermann, Fürsprecher, Mitglied der Berner Handelskammer, Belp, Stellvertreter des Vorsitzenden
- H. Hauser, Präsident des Verwaltungsrates und Direktor der Firma Henri Hauser A. G., Biel

GENÈVE

- J. Gay, Direktor der Firma Gay Frères, S. A., Thônex, Vorsitzender
- J. Duckert, Generalagent der Genfer Lebensversicherungsgesellschaft und der Genfer Allgemeinen Versicherungsgesellschaft, Genève, Stellvertreter des Vorsitzenden
- Dr. E. Bordier, in Firma Bordier & Co., Genève

LAUSANNE

- Ch. Dentan, Bauunternehmer, Lausanne, Vorsitzender
- A. Langer, Präsident des Verwaltungsrates der Fabrique des Lactas Langer Gland S. A., Gland, Stellvertreter des Vorsitzenden
- R. Morandi, Delegierter des Verwaltungsrates der Firma Morandi frères, société anonyme, Payerne

LUGANO

- F. Antognini, Direktor der Chocolat Cima-Norma S. A., Torre, Vorsitzender
- E. Ferrari, Delegierter des Verwaltungsrates der Società Anonima Demetrio Ferrari, Chiasso, Stellvertreter des Vorsitzenden
- T. Frigerio, Ing., Delegierter des Verwaltungsrates der Société Anonyme de Participations à des Entreprises financières « Finapar », Muzzano

LUZERN

- J. Moser, Ing. agr., Direktor des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften der Zentralschweiz, Luzern, Vorsitzender
- Dr. J. Hug, Präsident des Verwaltungsrates der Zwieback- und Biscuitsfabrik HUG A. G. Malters, Luzern, Stellvertreter des Vorsitzenden
- Dr. W. Dubach, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Brauerei Eichhof, Präsident der Zentralschweiz-Handelskammer, Luzern

NEUCHÂTEAU

- J.-L. Borel, Delegierter des Verwaltungsrates und Direktor der Uhrenfabrik Ernest Borel et Cie S. A., Neuchâteau, Vorsitzender
- L. Huguenin, Delegierter des Verwaltungsrates der Société des Fabriques de Spiraux Réunies, La Chaux-de-Fonds, Stellvertreter des Vorsitzenden
- W. Wüthrich, Direktor der Cisac, Chimie des fermentations S. A., Neuchâteau

ST. GALLEN

- P. Markwalder, in Firma Markwalder & Co. A. G., St. Gallen, Vorsitzender
- R. Nef-Suter, in Firma Nef & Co., St. Gallen, Stellvertreter des Vorsitzenden
- (Ein Mandat vakant)

ZÜRICH

- O. Küderli, in Firma Küderli & Co., Zollikerberg, Vorsitzender
- R. H. Stehli-Pestalozzi, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Stehli Seiden A. G., Zürich, Stellvertreter des Vorsitzenden
- Dr. ing. agr. E. Jaggi, Direktionspräsident des Verbandes ostschweiz. landwirtschaftl. Genossenschaften (V.O.L.G.), Winterthur

VI. DIREKTORIUM

MITGLIEDER DES DIREKTORIUMS

Dr. W. Schwegler, Zürich (Präsident); Dr. R. Motta, Bern (Vizepräsident); Dr. M. Iklé, Zürich

DEPARTEMENTE DES DIREKTORIUMS

I. UND III. DEPARTEMENT IN ZÜRICH

Vorsteher des I. Departements: Dr. W. Schwegler, Präsident des Direktoriums

Vorsteher des III. Departements: Dr. M. Iklé, Mitglied des Direktoriums

Stellvertreter des Vorstehers des I. Departements: Direktor Dr. J. Leemann, Direktor Dr. W. Kull

Stellvertreter des Vorstehers des III. Departements: Direktor E. Colombo

Abteilungsdirektoren: Fürsprech H. Huber (Rechtskonsulent), Dr. J. Lademann, Dr. F. Leutwiler

Abteilungsvorsteher mit Prokura: Dr. R. Fontanellaz, O. Heyer, H. Lendi, H. Nägeli, J. Rudin, H. Stahel, J. Torgler

Prokuristen: Dr. J. Bonorand, E. Brunner, E. Harlacher, W. Haubensak, E. Maag, E. Meier,

L. Noseda, W. Obi, H. W. Preisig, R. Reutlinger, A. Ritter, H. Schmid, L. Stampanoni, R. Würmli

Handlungsbevollmächtigte: G. Allenbach, J. Bertschi, W. Brunner, J. Dolder, A. Dutli, Frl. F. Graf, A. Grolimund, E. Guyer,

R. Meier, R. Perret, R. Raths, E. Rentsch, A. Schoch, A. Weiss, Dr. R. Widmer, W. Wunderli, E. Zangger

Agentur Winterthur

Agenturführer mit Prokura: E. Maurer – Prokurist: E. Kaufmann – Handlungsbevollmächtigter: M. Weiss

II. DEPARTEMENT IN BERN

Departementsvorsteher: Dr. R. Motta, Vizepräsident des Direktoriums

Stellvertreter des Departementsvorstehers: Direktor A. Hay

Abteilungsdirektor: Dr. M. de Rivaz

Hauptkassier der Bank: O. Kunz

Abteilungsvorsteher mit Prokura: H. Baumgartner, Dr. P. Flückiger, Ch. Schweingruber, H. Stricker

Prokuristen: R. Aebersold, R. Bourqui, W. Bretscher, H. Brunner, H.-P. Dosch, H. Hulliger, R. Raschle, Dr. W. Stöcklin

Handlungsbevollmächtigte: W. Gutmann, M. Isenschmid, R. Kuhn, A. Lerch, H. Spahni, W. Wey, V. Zunwald

Agentur Biel

Agenturführer mit Prokura: J. Messmer – Prokurist: J. Immoos – Handlungsbevollmächtigter: P. Bürgi

GENERALSEKRETARIAT

Generalsekretär: Dr. H.R. Läng, Abteilungsdirektor, Zürich

Stellvertreter des Generalsekretärs: Dr. P. Flückiger, Bern

Prokuristen: Dr. G. Jaquemet und W. Schreyer, Zürich

VII. ZWEIGANSTALTEN

A A R A U

Direktor: Dr. R. Erb
Stellvertreter des Direktors und Prokurist: W. Schaffner
Prokuristen: Th. Hensler, A. Widmer
Handlungsbevollmächtigter: F. Merz

B A S E L

Direktor: J. Hablützel
Stellvertreter des Direktors und Prokurist: A. Bertschinger
Prokuristen: A. Spreyermann, R. Winteler
Handlungsbevollmächtigte: H. Brunner, M. Joho, K. Schär,
R. Ulbrich

G E N F

Direktor: L.-M. de Torrenté
Stellvertreter des Direktors und Prokurist: J. Terrier
Prokuristen: M. Berthoud, J. Rossi
Handlungsbevollmächtigte: D. Allamand, E. Bänninger,
E. Bersier, R. Jaccaz, Ph. Martin

L A U S A N N E

Direktor: R. Virieux
Stellvertreter des Direktors und Prokurist: R. Zuttel
Prokuristen: A. Delacrétaz, O. Grec, F. Verdon
Handlungsbevollmächtigte: Ch. Goy, G. Mounoud

L U C A N O

Direktor: R. Rossi
Stellvertreter des Direktors und Prokurist: G. Gaggini
Prokurist: B. Rüttsch
Handlungsbevollmächtigte: R. Ghiringhelli, T. Grassi, G. Steiger

L U Z E R N

Direktor: Dr. H. Aepli
Stellvertreter des Direktors und Prokurist: G. Sidler
Prokuristen: A. Birrer, A. Kunz, K. Schärli
Handlungsbevollmächtigte: J. Burri, Ch. Zelger

N E U E N B U R G

Direktor: R. Hügli
Stellvertreter des Direktors und Prokurist: R. Girardier
Prokuristen: Ch. Girod, J.-P. Veluzat
Handlungsbevollmächtigter: A. Tribolet

Agentur La Chaux-de-Fonds

Agenturführer mit Prokura: F. von Arx
Prokurist: J. Henny
Handlungsbevollmächtigter: J. Jolidon

S T . G A L L E N

Direktor: R. Sutter
Stellvertreter des Direktors und Prokurist: E. Schöbi
Prokuristen: H. P. Menet, R. Siegrist
Handlungsbevollmächtigte: J. Knecht, W. Stieger